

Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen
Wirtschaft im Herbst 2000

Die Lage der Weltwirtschaft	689
Die wirtschaftliche Lage in der Europäischen Union	699
Die wirtschaftliche Lage in Deutschland	706
Zur Wirtschaftspolitik	723

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 43/2000

Berlin

26. Oktober 2000

67. Jahrgang

Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2000

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft
deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V., Essen:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv, Hamburg

ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Rheinisch-Westfälisches Institut
für Wirtschaftsforschung, Essen

Abgeschlossen in Halle (Saale) am 20. Oktober 2000

1. Die Lage der Weltwirtschaft

Überblick

Weltkonjunktur am Wendepunkt

Die Weltwirtschaft expandierte im ersten Halbjahr 2000 abermals kräftig. Bis zum Sommer wurde die wirtschaftliche Aktivität durch den seit Anfang 1999 stark gestiegenen Ölpreis nicht sichtbar gedämpft. Insbesondere blieb der Aufschwung in den USA auch im zehnten Jahr dynamisch. In Westeuropa wurden Nachfrage und Produktion ebenfalls deutlich ausgeweitet, und Japan verzeichnete wieder spürbare Produktionszuwächse. Die Schwellen-

länder in Asien und in Lateinamerika erholten sich, ange-
regt durch eine lebhafte Auslandsnachfrage und zum Teil
begünstigt durch eine expansive Wirtschaftspolitik, weiter
von den Krisen der Jahre 1997/98 und erzielten zumeist
hohe Wachstumsraten. In Mittel- und Osteuropa blieb die
Dynamik hoch. Im Zuge des kräftigen Aufschwungs der
Weltwirtschaft nahm der Welthandel sehr lebhaft zu. Aller-
dings scheint die Konjunktur inzwischen ihren Höhepunkt
überschritten zu haben. So deutet eine Reihe von Früh-
indikatoren darauf hin, dass die dämpfenden Impulse der
strafferen Geldpolitik und des merklich höheren Ölpreises
nunmehr die Oberhand gewinnen.

Ölpreisanstieg bremst wirtschaftliche Expansion

Der Anstieg der Ölnotierungen setzte sich im Verlauf dieses Jahres entgegen der im Frühjahr gehegten Erwartung der Institute fort. Nachdem der Preis für ein Barrel Öl von rund 10 US-Dollar zu Beginn des Jahres 1999 auf etwa 25 US-Dollar im Frühjahr 2000 gestiegen war, erhöhte er sich weiter bis auf 35 US-Dollar im Herbst dieses Jahres. Für die Prognose wird unterstellt, dass der Preis im Winterhalbjahr 2000/01 durchschnittlich 31 US-Dollar pro Barrel beträgt und im weiteren Verlauf des kommenden Jahres auf 25 US-Dollar fällt. Für einen merklichen Rückgang des Rohölpreises spricht, dass die OPEC-Länder einen Preiskorridor von 22 bis 28 US-Dollar anstreben. Bei einem solchen Niveau wäre es — nach Erwartung der OPEC — weder für Konkurrenten profitabel, verstärkt neue Ölquellen zu explorieren, noch würden Änderungen des Konsumentenverhaltens und der Produktionstechnologie induziert, die den Ölverbrauch deutlich und nachhaltig verringern. Sollte der Richtpreis weiter überschritten werden, dürfte die OPEC eine erneute Erhöhung der Fördermengen beschließen. Zudem spricht für einen Rückgang des Ölpreises, dass die Nachfrage nach Rohöl im kommenden Jahr verlangsamt steigen

wird, wenn sich die Lagerhaltung normalisiert und die Weltkonjunktur weiter an Schwung verloren hat.

Der Rohölpreis dürfte im Durchschnitt dieses Jahres 29 US-Dollar pro Barrel betragen und damit um rund 70 % höher sein als 1999. Im kommenden Jahr wird er mit 27 US-Dollar im Jahresdurchschnitt nur leicht darunter liegen. Damit stellt sich die Frage, wie die Weltwirtschaft die höheren Energiekosten verarbeitet.

Der Anstieg des Rohölpreises verschlechtert unmittelbar die Terms of Trade der Öl importierenden Länder. Die damit verbundenen unausweichlichen Realeinkommensverluste beeinträchtigen den privaten Verbrauch und die Investitionen. In der Folge sinken die Einfuhren zeitgleich in allen betroffenen Ländern, so dass sich die Wirkungen über den Außenhandel verstärken. Darüber hinaus verringert ein dauerhaft höherer Ölpreis das Produktionspotential, zumal Teile des Kapitalstocks entwertet werden.

Aufgrund des höheren Rohölpreises müssen die Industrieländer einen größeren Teil ihrer gesamtwirtschaftlichen Produktion für die Einfuhr von Rohöl aufwenden. Am stärksten ins Gewicht fällt die Veränderung der Ölrechnung im Euroraum, der gemessen an seiner Wirtschaftsleistung, relativ viel Rohöl einführt und dessen Importpreise durch die Abwertung des Euro zusätzlich stei-

Tabelle 1.1

Ölrechnung ausgewählter Regionen

	1998	1999	2000	2001	
				Basisrechnung	Alternativrechnung
Ölpreis in US-Dollar/Barrel	12,5	17,2	29,0	27,0	35,0
			Euroraum		
Rohölimporte, netto					
in Mill. Barrel	3 439,5	3 240,8	3 240,8	3 240,8	3 240,8
in Mrd. US-Dollar	43,1	55,8	94,0	87,5	113,4
in Mrd. Euro	38,5	52,4	100,9	96,9	125,6
in % des nominalen BIP	0,66	0,86	1,56	1,43	1,76
Veränderung (Impuls) in Prozentpunkten		0,20	0,71	-0,13	0,20
			USA		
Rohölimporte, netto					
in Mill. Barrel	3 395,6	3 350,0	3 350,0	3 350,0	3 350,0
in Mrd. US-Dollar	42,5	57,7	97,1	90,4	117,2
in % des nominalen BIP	0,48	0,62	0,96	0,84	1,09
Veränderung (Impuls) in Prozentpunkten		0,14	0,34	-0,12	0,13
			Japan		
Rohölimporte, netto					
in Mill. Barrel	1 561,0	1 535,0	1 535,0	1 535,0	1 535,0
in Mrd. US-Dollar	19,5	26,5	44,5	41,4	53,7
in Bill. Yen	2,6	3,0	4,8	4,5	5,8
in % des nominalen BIP	0,51	0,61	0,95	0,87	1,12
Veränderung (Impuls) in Prozentpunkten		0,09	0,34	-0,08	0,17
Quellen: International Energy Agency; Berechnungen der Institute.					

gen.¹ Hier nehmen — unveränderte Mengen unterstellt — die Aufwendungen für den Import von Rohöl von 0,9 % des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 1999 auf 1,6 % in diesem Jahr zu (Tabelle 1.1). Der Entzugseffekt ist damit fast doppelt so stark wie von den Instituten im Frühjahr erwartet. In den USA ist die Belastung durch die verteuerten Einfuhren geringer als im Euroraum, weil sie einen immer noch hohen Teil des verbrauchten Rohöls im Inland fördern. Dabei sind hier die privaten Haushalte wesentlich stärker belastet, als es in der Außenhandelsbilanz zum Ausdruck kommt, aber der Unternehmenssektor insgesamt wegen der Windfall Profits in der Ölindustrie deutlich weniger als im Euroraum. Die Verteuerung der japanischen Öleinfuhr wurde durch die Aufwertung des Yen gemildert; die Ölrechnung erhöhte sich in ähnlichem Ausmaß wie die amerikanische. In Japan ist der Industriesektor stärker betroffen als die privaten Haushalte, da deren Anteil am Mineralölverbrauch geringer ist als in den anderen Industrieländern. Bei allen Berechnungen wurde davon abgesehen, dass auch Mineralölprodukte importiert werden und der Preis von Erdgas an den von Öl gekoppelt ist, wodurch die Gesamtwirkung etwas höher sein dürfte als dargestellt.

Im kommenden Jahr wird sich die Ölrechnung der Industrieländer, bei dem hier unterstellten Rückgang des Rohölpreises, um 0,1 % des Bruttoinlandsprodukts verringern. Sollte indes der Preis — entgegen der Annahme der Institute — auf das im September beobachtete Niveau von 35 US-Dollar pro Barrel zurückkehren und dort verharren, so käme es zu einem weiteren Anstieg der Ölrechnung, der sich auf etwa 0,2 % des Bruttoinlandsprodukts belaufen würde.

Während der Ölpreisanstieg bei den Ölimporteuren einen Kaufkraftentzug bewirkt, kommt es in den Öl exportierenden Ländern zu einem entsprechenden Terms-of-Trade-Gewinn. Soweit die höheren Öleinnahmen in zusätzliche Importe aus den Industrieländern umgesetzt werden, wirkt dies der Abschwächung der Nachfrage dort entgegen. Von einem Anstieg der Importe der Öl exportierenden Länder profitieren die Industrieländer entsprechend ihrer Exportstruktur in unterschiedlichem Maße. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt sind die zusammengefassten Exporte in die OPEC-Länder und nach Russland für die USA und für Japan mit reichlich 0,3 % sehr gering, während sie sich für den Euroraum auf nahezu 1 % belaufen (Tabelle 1.2). Dabei wird die Wettbewerbsfähigkeit der Exporteure im Euroraum derzeit durch die niedrige Bewertung des Euro begünstigt.

Die Importnachfrage der OPEC-Länder folgt allerdings der Ölpreisentwicklung üblicherweise mit Verzögerung. Hinzu kommt, dass die Einfuhr dieser Länder in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre bei sinkenden Ölpreisen nicht entsprechend verringert worden war. In der Folge hatte sich die Auslandsverschuldung dieser Ländergruppe erhöht. Die zusätzlichen Einnahmen aus dem Öl-

Tabelle 1.2

Gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Exporte in die Länder der OPEC sowie nach Russland für ausgewählte Industrieländer im Jahr 1999

	Exporte in % des Bruttoinlandsprodukts		
	OPEC	Russland	Zusammen
OECD gesamt ¹⁾	0,60	0,19	0,78
EUR 11	0,68	0,25	0,93
USA	0,31	0,03	0,34
Japan	0,33	0,01	0,34

¹⁾ 1998.
Quellen: OECD; Berechnungen der Institute.

geschäft dürften vor diesem Hintergrund auch dazu verwendet werden, die externe Verschuldung abzubauen und dürften nur zum Teil in höhere Importe fließen. Dafür spricht, dass die Exporte der Industrieländer in die OPEC-Staaten im ersten Quartal 2000 ihr Vorjahresniveau kaum überstiegen, obwohl sich der Ölpreis im selben Zeitraum mehr als verdoppelt hatte. Hingegen sind die Importe Russlands aus den OECD-Ländern seit Anfang 1999 — allerdings ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau — um reichlich 50 % ausgeweitet worden. Alles in allem sind spürbare Anstöße von der Nachfrage aus den Ölexportländern allenfalls für den Euroraum zu erwarten. Aus dem Rohölpreisanstieg ergibt sich für die Industrieländer in jedem Fall ein spürbarer negativer Nachfrageimpuls.

Sofern der Kaufkraftverlust in den Öl importierenden Ländern hingenommen wird, bleibt seine Wirkung auf die direkten Effekte beschränkt. Beschleunigt sich aber die Lohnentwicklung infolge des Ölpreisanstiegs, so wird aus dem einmaligen Preisniveauschub eine über eine Lohn-Preis-Spirale in Gang gehaltene inflationäre Entwicklung. Dieser müssten die Zentralbanken entsprechend ihrem Ziel der Geldwertstabilität entgegenwirken. Damit stiege die Gefahr einer Stabilisierungskrise. Stabilisierungskrisen erschütterten die Weltwirtschaft im Anschluss an die Ölpreisschocks der Jahre 1973/74 sowie 1979 und führten jeweils zu einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Die gegenwärtige Situation ist indes günstiger: Anders als in den siebziger Jahren wiesen die meisten Industrieländer im Vorfeld des Ölpreisanstiegs niedrige Inflationsraten auf. Zudem deutet sich eine zurückhaltende lohnpolitische Reaktion an, die erwarten lässt, dass der Preisniveauschub nicht in eine inflationäre Entwicklung münden, sondern ein Einmaleffekt bleiben wird. In vielen Tarifver-

¹ Der durchschnittliche Preis in Euro für ein Barrel Rohöl ist in diesem Jahr doppelt so hoch wie 1999.

trägen im Euroraum sind moderate Lohnerhöhungen bis Ende nächsten Jahres vereinbart, und die Wahrscheinlichkeit von Nachschlagsforderungen ist gering. In den USA reagieren die Löhne relativ schnell, wenn sich die konjunkturellen Aussichten verschlechtern, so dass es angesichts der erwarteten Abschwächung sogar eher zu geringeren Lohnerhöhungen kommen dürfte.

Für einen schwächeren Impuls als nach den früheren Ölpreisschocks spricht auch, dass die Ölintensität der gesamtwirtschaftlichen Produktion der Industrieländer gesunken ist: Sie hat sich in Deutschland, in den USA und in Japan etwa halbiert.² Hinzu kommt, dass die Wirkungen des Ölpreisschocks auf der Angebotsseite nicht so gravierend sind. Zwar nahm der Rohölpreis seit Anfang 1999 um rund 200 % zu, jedoch überzeichnet dieser Anstieg die Wirkung, weil der Ölpreis 1998 vorübergehend sehr tief gefallen war. Vergleicht man aber das derzeitige Niveau mit dem durchschnittlichen Niveau in den neunziger Jahren, an dem sich Produktionsstruktur und -technologie eher ausgerichtet haben dürften, ergibt sich ein Preisanstieg von etwa 70 %. Dies ist wesentlich weniger als 1973/74 (300 %) und 1979 (150 %).

Alles in allem sind die Auswirkungen des Ölpreisschocks zwar spürbar, aber keineswegs so ausgeprägt wie nach den beiden Ölpreiskrisen. Eine Abschätzung des Gesamteffektes mit makroökonomischen Modellen deutet darauf hin, dass sich der Produktionsanstieg in den Industrieländern infolge eines Anstiegs des Rohölpreises um 10 US-Dollar — dies entspricht etwa der jahresdurchschnittlichen Erhöhung von 1999 auf 2000 — um rund 0,4 Prozentpunkte verringert.

Geldpolitik straffer — Finanzpolitik leicht expansiv

Seit dem Sommer 1999 haben die Zentralbanken angesichts einer kräftigen konjunkturellen Aufwärtsentwicklung in den westlichen Industrieländern und zunehmend ausgelasteter Kapazitäten die geldpolitischen Zügel gestrafft. Die amerikanische Notenbank hat die Leitzinsen seit Juni vergangenen Jahres um 1 ¼ Prozentpunkte angehoben und die Europäische Zentralbank (EZB) seit vergangener Herbst sogar um 2 ¼ Prozentpunkte; die Bank von Japan ist kürzlich mit einer leichten Zinserhöhung von ihrer Nullzinspolitik abgerückt. Damit ist die Geldpolitik in den USA deutlich und im Euroraum leicht restriktiv. Die Geldpolitik in Japan bleibt hingegen vor dem Hintergrund einer weiterhin fragilen wirtschaftlichen Entwicklung und eines sinkenden Preisniveaus expansiv ausgerichtet. Für den Prognosezeitraum erwarten die Institute, dass die Leitzinsen lediglich in den USA erhöht werden, und zwar um 0,25 Prozentpunkte.

Auf den Anstieg der Ölpreise in jüngster Zeit haben die Zentralbanken unterschiedlich reagiert. Während in den

USA die Leitzinsen seit Mai unverändert gelassen wurden, hat die EZB die Refinanzierungssätze auch mit Blick auf den Außenwert des Euro Anfang September und Anfang Oktober um jeweils einen viertel Prozentpunkt angehoben.

Die Finanzpolitik ist in den Industrieländern in diesem Jahr weitgehend neutral. Im nächsten Jahr wird sie leicht anregend wirken. Dabei ist sie im Euroraum infolge zahlreicher Steuerentlastungen expansiv ausgerichtet, während in den USA der Budgetüberschuss zyklisch bedingt etwas sinkt. In Japan wird zwar ein weiteres Konjunkturprogramm aufgelegt; dieses stabilisiert jedoch nur das bestehende Niveau der staatlichen Ausgaben, ohne konjunkturelle Anstöße zu geben. Auch die Finanzpolitik reagiert auf den Ölpreisanstieg. In zahlreichen Ländern des Euroraums werden die Folgen des Ölpreisschocks für einige Gruppen durch steuerliche Vergünstigungen gemildert.

Wirtschaftliche Expansion setzt sich abgeschwächt fort

Angesichts einer strafferen Geldpolitik, höherer Ölpreise sowie nachlassender Impulse aus der übrigen Welt wird sich der Aufschwung in den Industrieländern im Prognosezeitraum verlangsamen. In den USA geht das Expansionstempo aufgrund einer spürbar restriktiven Geldpolitik besonders deutlich zurück, die Produktion bleibt aber merklich aufwärts gerichtet. Auch im Euroraum verliert die konjunkturelle Expansion an Schwung. Zwar gehen von der Abwertung des Euro bis ins kommende Jahr hinein expansive Effekte aus, zu denen im ersten Halbjahr 2001 finanzpolitische Impulse hinzukommen. Dem stehen aber dämpfende Einflüsse durch den Ölpreisanstieg gegenüber, und die Straffung der Geldpolitik schlägt mehr und mehr durch. Da zudem die Anregungen von der Auslandsnachfrage und von der Abwertung des Euro nachlassen, wird sich die konjunkturelle Grundtendenz im Jahresverlauf spürbar abschwächen. Gleichwohl sind die Perspektiven günstig, dass die Wirtschaft im Euroraum auf Expansionskurs bleibt.

Die Weltwirtschaft expandiert in diesem und im nächsten Jahr weiter zügig, wenn auch in geringerem Tempo als bisher. Entsprechend kräftig wird der Welthandel ausgeweitet. In den Industrieländern wird die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahr 2000 um 3,8 % und im Jahr 2001 um 2,8 % zunehmen (Tabelle 1.3). Die Teuerung bleibt moderat und schwächt sich im Verlauf des Prognose-

² Der spezifische Ölverbrauch in Barrel Rohöl pro tausend Einheiten des Bruttoinlandsprodukts (in konstanten US-Dollar-Preisen von 1990) sank von 1973 bis 1998 in den USA von 0,22 auf 0,12, in Japan von 0,16 auf 0,08 und in Deutschland von 0,14 auf 0,07. Vgl.: International Energy Agency, Energy Balances of OECD Countries 1997–1998, OECD, Paris 2000.

Tabelle 1.3

Reales Bruttoinlandsprodukt in ausgewählten Regionen der Weltwirtschaft
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	1998	1999	2000	2001
Industrieländer insgesamt	1,7	2,7	3,8	2,8
darunter:				
USA	4,1	4,2	5,3	3,2
Japan	-2,5	0,3	1,8	1,8
Euroraum	2,7	2,4	3,3	2,8
Übriges Westeuropa	2,3	2,1	3,0	2,7
Schwellenländer				
darunter:				
Mittel- und Osteuropa	-0,5	2,6	4,9	3,8
Ostasien ¹⁾	-3,6	6,0	6,8	5,7
Lateinamerika ²⁾	1,9	-0,4	4,2	4,1
Insgesamt ³⁾	1,4	2,7	4,0	3,0
<i>Nachrichtlich: Welthandel, real</i>	4,2	5,0	12,5	9,0

¹⁾ Gewichteter Durchschnitt aus: Südkorea, Taiwan, Indonesien, Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 1999 in US-Dollar. — ²⁾ Gewichteter Durchschnitt aus: Brasilien, Mexiko, Argentinien, Kolumbien, Venezuela, Chile. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 1999 in US-Dollar. — ³⁾ Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 1999 in US-Dollar.

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen der Institute; 2000 und 2001: Prognose der Institute.

sezeitraums ab. Begünstigt wird diese Entwicklung durch den zu erwartenden Rückgang des Rohölpreises.

Risiken

In der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Situation bestehen allerdings erhebliche Risiken für die Konjunktur. Wie bereits oben ausgeführt, würde eine auf Real-einkommenssicherung zielende Lohnpolitik vor dem Hintergrund des jüngsten Ölpreisanstiegs die konjunkturelle Expansion erheblich gefährden. Bereits erste Anzeichen eines lohnpolitischen Fehlverhaltens könnten die Zentralbanken zu einem restriktiveren Kurs veranlassen. Auch besteht die Gefahr, dass die einsetzende Produktionsabschwächung einen kumulativen Prozess auslöst, in dem sich pessimistische Erwartungen wechselseitig verstärken und über die Außenhandelsverflechtungen eine stärkere Abkühlung der Weltkonjunktur als hier erwartet bewirken.

Ein weiteres Konjunkturrisiko besteht darin, dass sich dauerhaft ein deutlich höherer Ölpreis als von den Instituten angenommen einstellen würde. Gegenüber dem hier unterstellten Szenario wäre bei einem längerfristigen Ölpreis von 35 US-Dollar pro Barrel — folgt man den Ergebnissen der Modellrechnungen — mit einer weiteren Verringerung des Produktionsanstiegs in den Industrieländern in der Größenordnung von 0,3 Prozentpunkten zu rechnen. Auch nimmt mit Höhe und Dauer des Ölpreisanstiegs die Gefahr zu, dass es zu einer Lohn-Preis-Spirale kommt; in einem solchen Fall wäre eine geldpolitische Re-

striktion wahrscheinlich, die die Konjunktur erheblich dämpfen würde.

Ein wesentlicher Bestandteil der Prognose ist die nur graduelle Verlangsamung der US-Konjunktur. Käme es wider Erwarten zu einer „harten Landung“, während der die Aktienmärkte einbrechen, die Kapitalströme sich umkehren und das Wechselkursgefüge erschüttert wird, hätte dies erhebliche negative Konsequenzen für den Rest der Welt. Auslöser einer solchen Entwicklung könnten beispielsweise eine beschleunigte Inflation und die dann erforderliche deutliche Zinserhöhung oder das hohe Leistungsbilanzdefizit der USA sein.

Weiterhin kräftiger Produktionsanstieg in den Schwellenländern

In den asiatischen und in den lateinamerikanischen Schwellenländern setzte sich die konjunkturelle Erholung im ersten Halbjahr 2000 in raschem Tempo fort. In Asien expandierte die Produktion abermals kräftig, wenn auch etwas langsamer als im zweiten Halbjahr 1999. Nach wie vor gingen wesentliche Impulse von den Exporten aus; zunehmend wurde die Konjunktur jedoch auch von der Inlandsnachfrage getragen. Angesichts der gestiegenen Rohölpreise sind die außenwirtschaftlichen Überschüsse zwar geschrumpft; sie blieben aber beträchtlich.

Die Erholung von der Wirtschaftskrise 1997/98 ist in den einzelnen Ländern unterschiedlich vorangekommen. Von den besonders schwer betroffenen Ländern ist Südkorea am weitesten fortgeschritten. Aber auch in Malay-

sia und in Thailand war das Niveau der gesamtwirtschaftlichen Produktion zuletzt wieder höher als vor der Krise. In Indonesien stehen dagegen politische Wirren einer raschen wirtschaftlichen Belebung entgegen. Die strukturellen Probleme, die für die Krise mitverantwortlich waren, sind indessen noch nicht beseitigt; teilweise ist der Reformeifer angesichts des wirtschaftlichen Aufschwungs sogar erlahmt.

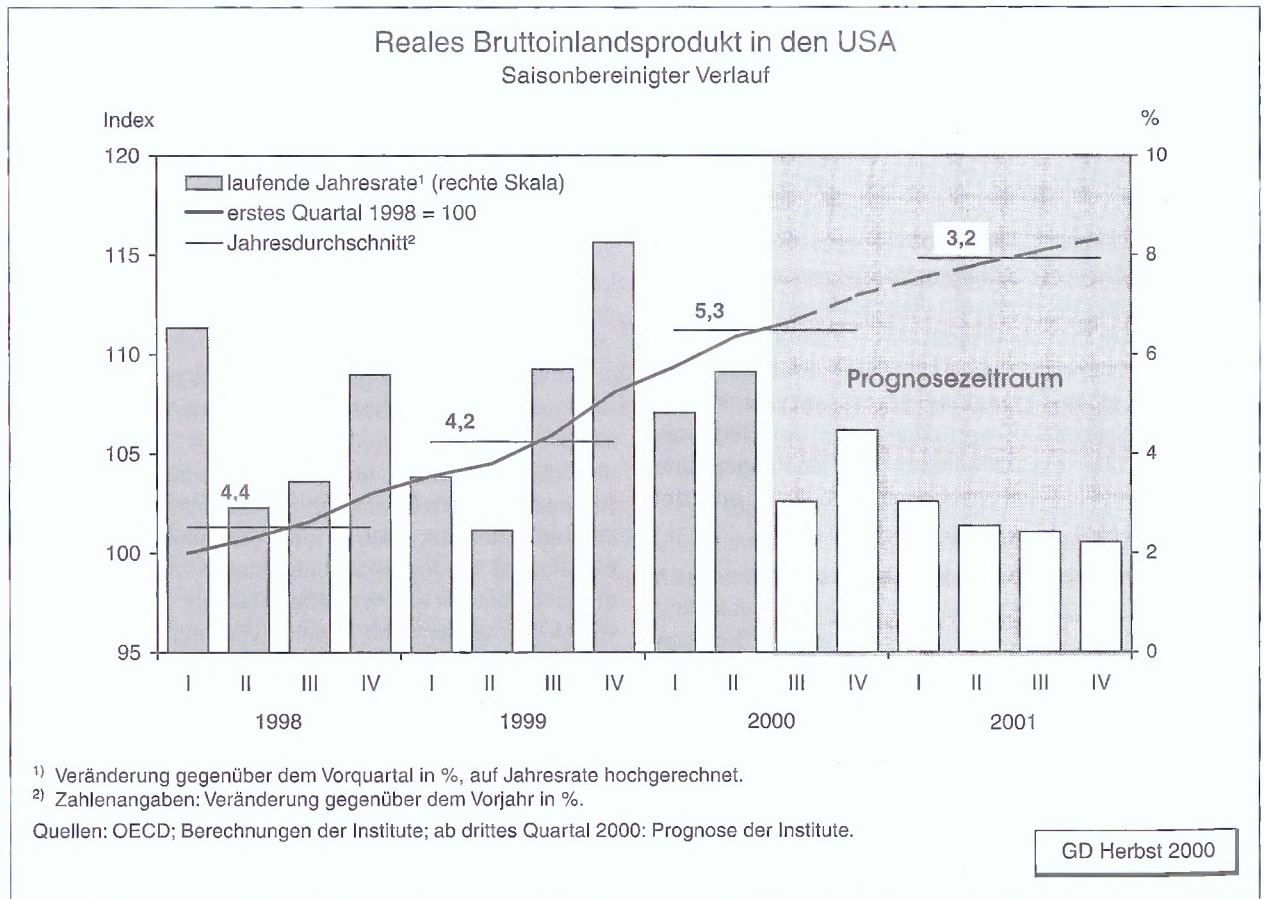
Der Ölpreisanstieg wirkt auf die einzelnen Länder der Region unterschiedlich: Während sich die Terms of Trade in Ländern wie Thailand, den Philippinen und Südkorea in starkem Maße verschlechterten, verbesserten sie sich in Indonesien und Malaysia, da diese Länder Nettoölexporteur sind. Für die Region insgesamt ergibt sich aber ein spürbar dämpfender Effekt.

Vor diesem Hintergrund erwarten die Institute, dass sich das Expansionstempo im kommenden Jahr abschwächen wird. Das reale Bruttoinlandsprodukt dieser Ländergruppe wird im Jahr 2001 um 5,7% steigen, nach 6,8% in diesem Jahr. Der Preisauftrieb dürfte sich mit nachlassenden Teuerungsimpulsen wegen des sinkenden Ölpreises in den meisten Ländern im Jahr 2001 wieder zurückbilden. Nur in Südkorea ist die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung bereits so hoch, dass eine Beschleunigung der Inflation droht.

Der weltweite Aufschwung griff im Verlauf dieses Jahres zunehmend auch auf Lateinamerika über. Lediglich in Argentinien blieb eine deutliche Erholung bislang aus, vor allem weil der hohe reale Außenwert der Währung, die über ein Currency Board an den US-Dollar gebunden ist, die Wettbewerbsfähigkeit heimischer Produzenten beeinträchtigt. Hingegen erholte sich die Konjunktur in den übrigen Ländern Südamerikas zunehmend von der Rezession im vergangenen Jahr. Wichtig war insbesondere, dass es der brasilianischen Regierung gelang, eine fiskalische Konsolidierung einzuleiten, die es erlaubte, die Zinsen deutlich zu senken. Hilfreich war überdies der Anstieg der Rohstoffpreise, insbesondere bei Öl, der dazu beitrug, dass sich die Exporterlöse der Region deutlich erhöhten. In Mexiko kam die lebhaftere Nachfrage aus den USA hinzu, so dass die Produktion hier in besonders raschem Tempo zunahm.

Für den Prognosezeitraum erwarten die Institute ein Anhalten des Aufschwungs in Lateinamerika. Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird in beiden Jahren um reichlich 4% steigen. Dabei dürfte sich die Expansion in Mexiko

Abbildung 1.1



ko mit der erwarteten konjunkturellen Verlangsamung in den USA etwas abschwächen, während sich die Konjunktur in Südamerika infolge niedrigerer Zinsen weiter festigt.

USA: Sanfte Landung deutet sich an

In den USA setzt die Konjunktur offenbar zur Landung an. Die straffere Geldpolitik hat sich bereits auf die inländische Endnachfrage ausgewirkt. Gleichzeitig stiegen aber die Exporte mit dem wirtschaftlichen Aufschwung bei wichtigen Handelspartnern beschleunigt. Auch ein deutlicher Lageraufbau trug dazu bei, dass die gesamtwirtschaftliche Produktion im ersten Halbjahr dieses Jahres mit einer Jahresrate von rund 5,5 % noch sehr kräftig expandierte.

Unverändert stark wurden die gewerblichen Investitionen ausgeweitet. Der private Wohnungsbau, der sich wegen der schon seit Mitte vergangenen Jahres deutlich gestiegenen Hypothekenzinsen verlangsamt hatte, blieb gedrückt. Da die realen verfügbaren Einkommen — vor allem als Folge der ölpreisbedingten Beschleunigung des Preisauftriebs — geringer zunahmen, schwächte sich der Zuwachs beim privaten Konsum ab.

Die Beschäftigung wurde im Verlauf des Jahres merklich verlangsamt ausgeweitet. Das Arbeitsangebot stieg nur wenig, und die Arbeitslosenquote stabilisierte sich bei 4 %. Vor dem Hintergrund der sehr niedrigen Arbeitslosigkeit haben sich die Arbeitskosten mit rund 4,5 % zuletzt um reichlich einen Prozentpunkt rascher erhöht als Ende 1999, weil vor allem die Lohnnebenkosten beschleunigt zunahmen. Die Arbeitskosten stiegen aber auch weiter-

Tabelle 1.4

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in den Industrieländern

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise ³⁾			Arbeitslosenquote ⁴⁾ in %		
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
		1999	2000	2001	1999	2000	2001	1999	2000	2001
Deutschland	9,2	1,6	3,0	2,7	0,6	1,9	1,7	8,3	7,8	7,1
Frankreich	6,2	2,7	3,1	2,8	0,6	1,8	1,6	11,3	9,7	8,8
Italien	5,1	1,4	2,8	2,2	1,6	2,6	2,4	11,3	10,6	10,2
Spanien	2,6	4,0	4,1	3,3	2,2	3,4	3,2	15,9	14,3	13,3
Niederlande	1,7	3,5	4,1	3,3	2,0	2,3	3,1	3,3	2,6	2,6
Belgien	1,1	2,3	3,8	3,0	1,1	2,8	2,5	9,0	8,5	8,0
Österreich	0,9	2,1	3,4	2,7	0,5	1,9	1,7	3,7	3,3	3,0
Finnland	0,6	4,0	5,3	4,3	1,3	2,9	2,2	10,2	9,5	8,8
Portugal	0,5	3,2	3,3	2,8	2,2	2,7	2,5	4,5	4,0	3,4
Irland	0,4	9,8	9,0	6,5	2,5	5,3	4,5	5,7	4,5	4,0
Luxemburg	0,1	7,5	6,0	5,0	1,0	3,5	2,8	2,3	2,2	2,2
EUR 11 ¹⁾	28,2	2,4	3,3	2,8	1,1	2,3	2,1	9,9	9,0	8,3
Griechenland	0,5	3,2	3,7	3,7	2,3	2,6	2,7	10,7	10,0	9,0
EUR 12 ¹⁾	28,8	2,4	3,3	2,8	1,1	2,3	2,1	9,9	9,0	8,3
Großbritannien	6,2	2,2	3,0	2,7	1,3	0,9	1,6	6,1	5,4	5,2
Schweden	1,0	3,5	4,0	3,5	0,6	1,4	1,5	7,2	6,0	5,5
Dänemark	0,8	1,5	2,0	2,0	2,1	2,8	2,4	5,2	4,8	4,8
Europäische Union ¹⁾	36,8	2,4	3,3	2,8	1,2	2,0	2,0	9,1	8,2	7,7
Schweiz	1,1	1,6	3,1	2,7	0,8	1,6	1,4	2,7	2,2	1,9
Norwegen	0,7	0,8	3,1	2,8	2,2	3,2	2,9	3,2	3,5	3,3
Westeuropa ¹⁾	38,6	2,3	3,3	2,8	1,2	2,0	2,0	8,9	8,0	7,5
USA	39,9	4,2	5,3	3,2	2,2	3,4	2,8	4,2	4,0	4,3
Japan	18,7	0,3	1,8	1,8	-0,3	-0,4	0,2	4,7	4,8	4,7
Kanada	2,8	4,2	4,7	3,2	1,7	2,7	2,3	7,6	6,8	7,0
Insgesamt ¹⁾	100,0	2,7	3,8	2,8	1,3	2,1	2,0	6,5	6,0	5,9
<i>Nachrichtlich:</i> Insgesamt, exportgewichtet ²⁾		2,8	3,7	2,9	1,4	2,3	2,2			

¹⁾ Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 1999 in US-Dollar; Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 1999. — ²⁾ Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr von 1999. — ³⁾ Westeuropa (außer Schweiz): Harmonisierter Verbraucherpreisindex. — ⁴⁾ Standardisiert.

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen der Institute; 2000 und 2001: Prognose der Institute.

hin deutlich langsamer als die Produktivität, so dass die Lohnstückkosten seit Herbst 1999 sogar fallen. Inflationsdruck ist dagegen vonseiten der Nachfrage und des Ölpreises entstanden. So sind insbesondere die Dienstleistungspreise merklich beschleunigt gestiegen. Vor allem aber der anhaltende Ölpreisauftrieb hat dazu geführt, dass sich die Teuerung auf der Verbraucherstufe im Vorjahresvergleich von Anfang 1999 bis September 2000 von 1,7% auf zuletzt 3,5% verstärkt hat.

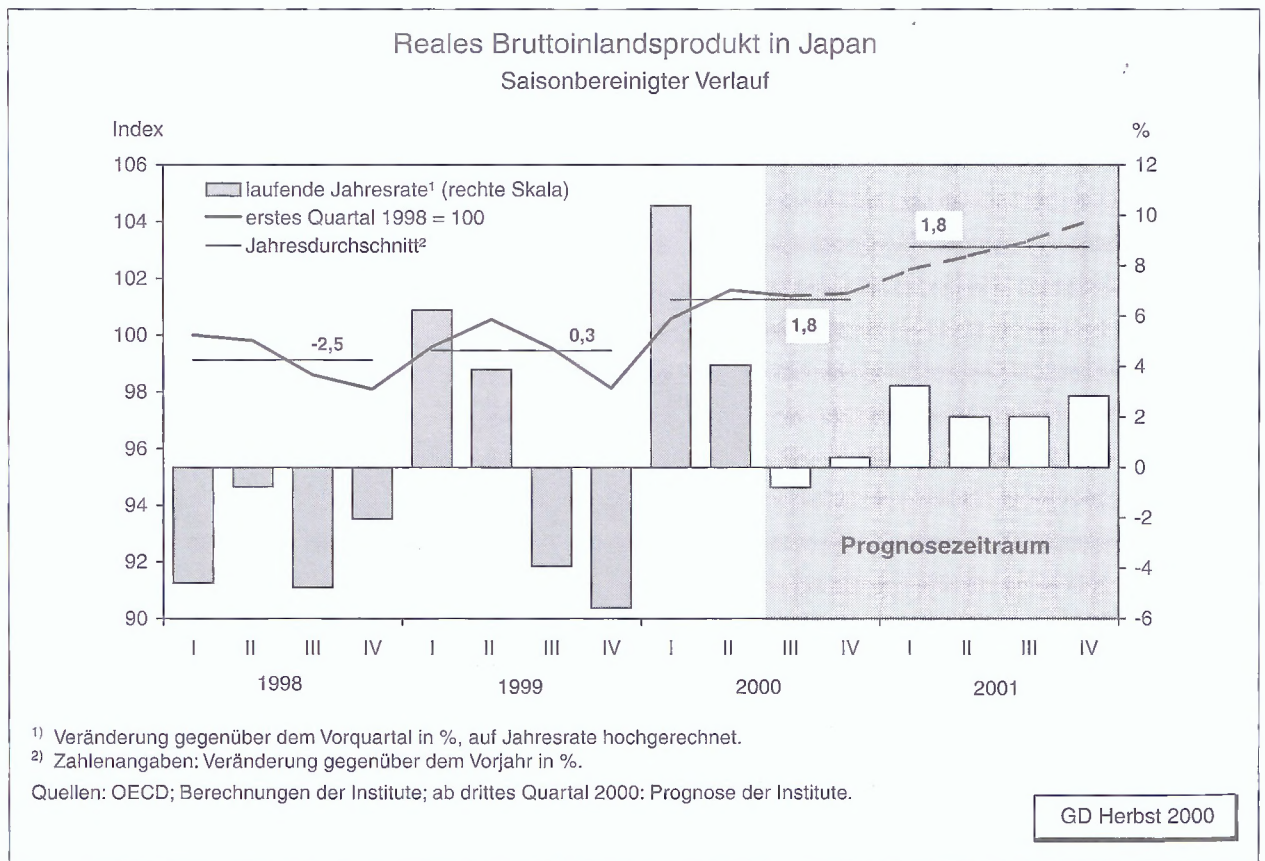
Der Bundeshaushalt dürfte im gerade abgelaufenen Fiskaljahr 1999/2000 mit einem Überschuss von rund 230 Mrd. US-Dollar bzw. 2,3% des Bruttoinlandsprodukts abschließen; der Überschuss wäre damit fast doppelt so hoch wie im Vorjahr (122,7 Mrd. Dollar bzw. 1,3% des Bruttoinlandsprodukts). Zwar war die Finanzpolitik im Laufe des vergangenen Fiskaljahres von der strikten Ausgabenrestriktion — wohl nicht zuletzt im Hinblick auf die anstehenden Präsidentschaftswahlen — abgewichen. Gleichzeitig flossen aber die Einnahmen konjunkturbedingt sehr viel kräftiger. Es ist zu erwarten, dass auch unter der zukünftigen Administration die Rückführung der Staatsschuld Priorität genießt. Im Wahlkampf angekündigte Maßnahmen wie Steuersenkungen würden — soweit sie umgesetzt werden — zudem erst nach Ablauf des

gerade begonnenen Fiskaljahres 2000/2001 wirksam werden. Der Ausgabenzuwachs dürfte im kommenden Jahr eher wieder etwas geringer ausfallen. Gleichzeitig werden allerdings die Einnahmen konjunkturbedingt langsamer zunehmen; insgesamt bleibt die Finanzpolitik im Prognosezeitraum konjunkturalneutral ausgerichtet.

Angesichts der deutlich rascheren Teuerung und der anhaltend hohen Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Ressourcen hat die amerikanische Zentralbank im Mai die Zügel nochmals angezogen: Sie hob den Leitzins um einen halben Prozentpunkt auf 6,5% an. Die kurzfristigen Zinsen liegen damit um knapp zwei Prozentpunkte höher als Anfang 1999. Bei den langfristigen Zinsen fällt der Anstieg mit nur rund einem Prozentpunkt weniger stark aus, auch weil seit Anfang 2000 per saldo Staatsanleihen zurückgekauft wurden. Um einer nachhaltigen Verstärkung der Inflation entgegenzuwirken, dürfte die Zentralbank vor dem Hintergrund der immer noch ausgeprägten Knappheiten am Arbeitsmarkt die Zinsen zum Jahresende um einen viertel Prozentpunkt anheben.

Da die Verschlechterung der monetären Rahmenbedingungen allmählich greift, wird sich die gesamtwirtschaftliche Expansion im Laufe des kommenden Jahres weiter verlangsamen (Abbildung 1.1); die Zuwachsrate des Brut-

Abbildung 1.2



toinlandsprodukts wird dabei unter die des Potentials fallen. Vor allem der private Konsum wird mit einer geringeren Zunahme der realen verfügbaren Einkommen sowie dem Rückgang der Aktienkurse und der damit zu erwartenden Erhöhung der Sparquote in merklich geringerem Tempo ausgeweitet. Angesichts der weniger günstigen Einkommenssituation dürfte der Wohnungsbau stagnieren. Die gewerblichen Investitionen werden bei eingetrübten Absatz- und Ertragsersparungen allmählich an Dynamik einbüßen. Im Gefolge der ruhigeren Gangart der Konjunktur in wichtigen Handelspartnerländern, aber auch bedingt durch die bisherige Dollaraufwertung, wird die Ausfuhr deutlich an Schwung verlieren. Zugleich bremsen die schwächere Expansion der Gesamtnachfrage den Importanstieg. Das Defizit in der Leistungsbilanz dürfte nur noch leicht steigen und in diesem wie im nächsten Jahr bei rund 4 % des Bruttoinlandsprodukts liegen.

Im Jahresdurchschnitt wird die gesamtwirtschaftliche Produktion ihren Vorjahreswert im Jahr 2000 um 5,3 % und im kommenden Jahr um 3,2 % übertreffen. Die Arbeitslosenquote wird im Verlauf des nächsten Jahres leicht zunehmen, und die Teuerungsrate der Lebenshaltung, die sich im Durchschnitt dieses Jahres wegen des gestiegenen Ölpreises auf 3,4 % erhöht, wird 2001 mit dem Wegfall dieses Effekts auf 2,8 % zurückgehen.

Japan: Erholung noch auf schwachem Fundament

Die japanische Wirtschaft ist nach längerer Konjunkturschwäche auf einen moderaten Expansionspfad eingeschwenkt. Im ersten Halbjahr kam die Belebung zum einen von den Exporten; hier konnte Japan besonders von der dynamischen Entwicklung in den asiatischen Schwellenländern profitieren. Zum anderen zog die Binnennachfrage spürbar an. Die privaten Investitionen stiegen in der Grundtendenz, weil sich die Ertragslage trotz der Ölpreisentwicklung verbesserte. Der private Verbrauch erholte sich bei wieder zunehmenden Reallöhnen von der zuvor ausgeprägten Schwäche. Alles in allem stieg das Bruttoinlandsprodukt bis zum Sommer kräftig. Da die gesamtwirtschaftliche Produktion im zweiten Halbjahr 1999 stark eingebrochen war, lag sie im ersten Halbjahr 2000 jedoch nur um 0,8 % über dem entsprechenden Vorjahreswert.³

Im August 2000 ließ die japanische Zentralbank den Zins für Tagesgeld von Null auf etwa 0,25 % steigen.⁴ Sie rückte damit von ihrer Nullzinspolitik ab, obwohl die Deflationstendenzen keineswegs als gebrochen gelten kön-

³ Anzumerken ist, dass die Aussagekraft der japanischen Statistik offenbar durch methodische Mängel eingeschränkt ist.

⁴ Der Diskontsatz wurde bei 0,5 % belassen.

Tabelle 1.5

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Mittel- und Osteuropa

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote in %		
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						1999	2000	2001
		1999	2000	2001	1999	2000	2001			
Polen	28,4	4,1	5,0	4,2	7,3	10,5	8,5	12,0	13,5	14,0
Tschechien	9,7	-0,2	2,5	2,5	2,1	4,0	4,0	8,6	9,5	9,5
Ungarn	8,8	4,5	5,5	5,0	10,0	9,7	8,0	9,7	9,0	8,5
Rumänien	6,2	-3,2	1,0	1,0	45,8	45,0	40,0	11,0	12,0	12,0
Slowakei	3,6	1,9	2,0	3,0	10,6	12,0	9,0	17,5	19,5	20,0
Slowenien	3,7	4,9	5,5	4,5	6,2	9,0	7,0	13,5	12,0	11,5
Bulgarien	2,3	2,4	4,0	4,0	1,4	8,0	5,0	13,8	18,5	18,0
Mitteuropa ¹⁾	62,7	2,6	4,1	3,7	10,6	12,7	10,7	11,6	12,8	13,0
Estland	0,9	-1,1	4,0	4,0	3,3	4,0	3,0	12,0	12,5	11,5
Lettland	1,1	0,1	3,5	3,5	2,4	3,0	3,0	9,7	8,5	7,5
Litauen	2,0	-4,1	2,0	2,5	0,3	1,5	1,5	8,4	11,5	11,5
Baltische Länder	4,0	-2,2	2,9	3,1	1,6	2,5	2,3	9,5	10,7	10,2
Mitteuropa und Baltikum	66,7	2,3	4,0	3,6	10,0	12,1	10,2	11,4	12,7	12,7
Russland	33,3	3,2	6,5	4,0	85,4	19,0	17,0	12,6	10,5	9,5
Insgesamt ¹⁾	100,0	2,6	4,9	3,8	35,1	14,4	12,4	12,1	11,4	10,9
<i>Nachrichtlich:</i> Exportgewicht ²⁾		2,4	4,2	3,6						

¹⁾ Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 1999 in US-Dollar; Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 1999. — ²⁾ Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr in diese Länder von 1999.

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen der Institute; 2000 und 2001: Prognose der Institute.

nen; die Verbraucherpreise sind — trotz des Ölpreisanstiegs — nach wie vor leicht abwärts gerichtet. Die Geldpolitik wird auch nach diesem Zinsschritt expansiv bleiben; eine weitere Zinserhöhung erwarten die Institute für den Prognosezeitraum nicht. Von der Finanzpolitik sind trotz des angekündigten neuerlichen Konjunkturprogramms keine Impulse zu erwarten; es wird lediglich verhindert, dass die öffentliche Nachfrage im Frühjahr 2001 stark zurückgeht.

Bei diesen Rahmenbedingungen setzt sich die konjunkturelle Belebung in moderatem Tempo fort. Im kommenden Jahr wird die Erholung zunehmend vom privaten Sektor ausgehen. Insbesondere die Investitionen expandieren deutlich, angeregt durch verbesserte Absatz- und Gewinnerwartungen. Bei steigenden Realeinkommen und leicht zunehmender Beschäftigung legt auch der private Verbrauch zu. Allerdings verliert der Export wegen der langsameren Gangart der Weltkonjunktur an Fahrt. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird in diesem und im nächsten Jahr um 1,8 % zunehmen. Da nach wie vor erhebliche strukturelle Probleme im Unternehmens- und Bankensektor bestehen, bleibt die Erholung jedoch fragil. Die Verbraucherpreise werden im kommenden Jahr nicht nennenswert steigen.

Leicht verringerter Produktionsanstieg in Mittel- und Osteuropa

In den mitteleuropäischen und den baltischen Staaten haben sich die institutionellen Rahmenbedingungen weiter verbessert, nicht zuletzt im Hinblick auf den angestrebten EU-Beitritt. Die gesamtwirtschaftliche Produktion wurde bis in den Sommer dieses Jahres kräftig ausgeweitet. Erstmals seit Beginn des Reformprozesses nimmt das Bruttoinlandsprodukt in allen Transformationsländern gleichzeitig zu. Gestützt wurde diese Entwicklung von einer starken privaten Nachfrage sowie von außenwirtschaftlichen Anregungen im Zuge der lebhaften westeuropäischen Konjunktur. Die Leistungsbilanzdefizite sind auch wegen der verteuerten Öleinfuhren nach wie vor hoch.

Für den Prognosezeitraum ist mit einer abgeschwächten, aber noch deutlichen gesamtwirtschaftlichen Expansion zu rechnen. Diese wird zumeist von einer lebhaften Inlandsnachfrage getragen; die Investitionstätigkeit der Unternehmen bleibt rege und der private Verbrauch robust. Allerdings wird auch hier die Binnennachfrage durch die gestiegenen Energiekosten gedämpft. Zudem werden aufgrund der nachlassenden Dynamik in Westeuropa und der realen Aufwertung einiger Währungen gegenüber dem Euro die Exporte mit einer etwas geringeren Rate als im Vorjahr expandieren. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird 2001 mit 3,6 % etwas schwächer zunehmen als in diesem Jahr (4,0 %). Der Verbraucherpreisauftrieb lässt im Prognosezeitraum nach, da sich der starke Anstieg von Rohöl- und Lebensmittelpreisen nicht fortsetzen dürfte.

In Russland war die Zunahme der Produktion im ersten Halbjahr 2000 ausgesprochen kräftig; mittlerweile ist das Niveau der wirtschaftlichen Aktivität deutlich höher als vor Ausbruch der Krise im Jahr 1998. Dabei profitierte Russland erheblich von den gestiegenen Weltmarktpreisen für Rohöl und Erdgas. Zudem ist nach der deutlichen realen Abwertung des Rubels im Jahr 1998 die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen erhöht. Bei kräftig zunehmenden Exporten und verbesserten Terms of Trade stieg der Überschuss in der Handelsbilanz stark. Die Investitionen expandierten angesichts der günstigeren Gewinnsituation der Unternehmen deutlich. Zudem legte der private Konsum im ersten Halbjahr 2000 bei um 21 % höheren Reallöhnen im Jahresvergleich merklich zu. Der Verbraucherpreisanstieg, der im Verlauf des vergangenen Jahres erheblich schwächer geworden war, setzte sich mit einer laufenden Jahresrate von 20 % fort. Die Geldmenge wird zwar derzeit mit 55 % wesentlich stärker ausgeweitet. Dies muss aber nicht bedeuten, dass sich der Preisauftrieb beschleunigt, denn gleichzeitig nimmt die Geldhaltung zu, da der Tauschhandel zurückgeht. Mit dem Abklingen des Abwertungseffektes sind bereits erste Anzeichen für ein Abflachen der Expansion in Russland erkennbar. Im Jahr 2000 wird das reale Bruttoinlandsprodukt aufgrund der hohen Zuwachsraten zu Beginn des Jahres um 6,5 % steigen. 2001 wird der Zuwachs mit 4 % geringer ausfallen.

2. Die wirtschaftliche Lage in der Europäischen Union

Abschwächung der Expansion in Großbritannien

Die gesamtwirtschaftliche Produktion expandierte im ersten Halbjahr 2000 kräftig. Das reale Bruttoinlandsprodukt nahm mit einer laufenden Jahresrate von rund 3 % in nahezu unverändertem Tempo zu. Anders als in den meisten Ländern Westeuropas profitierte die Wirtschaft vom Ölpreisanstieg, da Großbritannien Nettoexporteur von Rohöl ist.

Gestützt wurde die Konjunktur bei zunehmender Beschäftigung und merklich steigenden Reallöhnen durch die lebhaftere Nachfrage der privaten Haushalte. Auch der Staatsverbrauch ist erheblich ausgeweitet worden. Die Ausfuhr expandierte, angeregt von der dynamischen Weltkonjunktur und der deutlichen Abwertung des Pfundes gegenüber dem US-Dollar, in deutlich beschleunigtem Tempo. Da sich die Importe weniger stark erhöhten, verkleinerte sich in realer Rechnung der negative Außenbeitrag; das Leistungsbilanzdefizit ging darüber hinaus infolge stark gestiegener Öleinnahmen zurück. Lediglich die Unternehmensinvestitionen verloren an Dynamik; vor allem die Bautätigkeit wurde durch die höheren Zinsen gebremst.

Von der Wirtschaftspolitik gehen im Prognosezeitraum unterschiedliche, insgesamt jedoch annähernd neutrale Wirkungen aus. So ist die Finanzpolitik nach einer längeren Konsolidierungsphase zunehmend expansiv ausgerichtet. Insbesondere werden die Ausgaben deutlich ausgeweitet; das gilt für öffentliche Investitionen und den Staatsverbrauch gleichermaßen. Demgegenüber wurden die geldpolitischen Zügel von der Bank of England seit dem Sommer 1999 gestrafft. Bei deutlich über dem langfristigen Durchschnitt liegenden Realzinsen und inverser Zinsstruktur ist die Geldpolitik jetzt merklich restriktiv. Für die Prognose wird von unveränderten Leitzinsen ausgegangen. Die Zinsen werden angesichts des kräftigen Lohnauftriebs und der mit 5 % sehr niedrigen Arbeitslosenquote wohl sobald nicht gesenkt werden. Eine Zinsanhebung ist aber ebenfalls nicht zu erwarten, da erstens Indikatoren wie der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe, die Entwicklung der Einzelhandelsumsätze sowie Klimaindikatoren auf eine weitere Abflachung der Binnennachfrage hindeuten. Zweitens werden die weniger günstige Weltkonjunktur und die schneller als in den meisten Ländern steigenden Lohnstückkosten den Export spürbar bremsen, dies umso mehr, als der reale effektive Wechselkurs des Pfundes immer noch hoch ist. Und drittens gibt es bei einer Inflationsrate, die — trotz des Ölpreisanstiegs — bis zuletzt unter der von der Geldpolitik angestrebten Preissteigerung von 2,5 % lag, von dieser Seite keinen Anlass zu einer Verschärfung des geldpolitischen Kurses.⁵

Die Konjunktur wird im Laufe des Jahres 2001 allmählich an Dynamik einbüßen, obwohl die staatliche Nachfrage auf breiter Front deutlich expandiert und der private Konsum robust bleibt. Ausschlaggebend ist, dass die Unternehmensinvestitionen aufgrund ungünstiger Absatz- und Ertragsersparungen verlangsamt zunehmen, der Wohnungsbau zinsbedingt weiter an Schwung verliert und die Ausfuhr merklich schwächer steigt. Das reale Bruttoinlandsprodukt expandiert im Jahr 2001 um 2,7 %, nach 3 % im Jahr 2000. Dabei nimmt die Beschäftigung deutlich verlangsamt zu. Der Preisauftrieb dürfte sich nur leicht beschleunigen.

Gebremster Aufschwung im Euroraum

Der konjunkturelle Aufschwung im Euroraum hat sich im ersten Halbjahr fortgesetzt. Das reale Bruttoinlandsprodukt nahm mit einer laufenden Jahresrate von gut 3 ½ % ebenso stark zu wie im zweiten Halbjahr 1999.

Impulse für den Aufschwung kamen weiterhin von der Auslandsnachfrage. Die Ausfuhr expandierte, gestützt durch die anhaltend kräftige Konjunktur in den USA sowie durch die deutliche Erholung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität in den asiatischen Schwellenländern und in den mittel- und osteuropäischen Reformländern, anhaltend kräftig. Anregend wirkte überdies die Abwertung des Euro, mit der sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen verbesserte.

Auch die Binnennachfrage nahm unverändert stark zu. Der private Verbrauch zog, bei zunehmender Beschäftigung und steuerlichen Entlastungen, leicht beschleunigt an. Die Ausrüstungsinvestitionen wurden infolge günstiger Exporterwartungen und einer hohen Kapazitätsauslastung weiter deutlich ausgeweitet. Dagegen nahmen die Bauinvestitionen nur wenig zu. Der Anstieg der staatlichen Konsumausgaben blieb verhalten. Da die Importe infolge der kräftigen Binnenkonjunktur ebenfalls zügig expandierten, erhöhte sich der reale Außenbeitrag trotz der guten Ausfuhrkonjunktur nur geringfügig. Aufgrund verschlechterter Terms of Trade ging der Überschuss in der Handelsbilanz sogar deutlich zurück. Die Leistungsbilanz passivierte sich; in den ersten sieben Monaten dieses Jahres betrug das Defizit 14 Mrd. Euro, nach einem Überschuss von 21 Mrd. Euro im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

⁵ Die Bank of England orientiert sich bei ihrer Geldpolitik am Einzelhandelspreisindex (RPIX). Aus Gründen der Vergleichbarkeit mit anderen EU-Ländern wird in Tabelle 1.4 der HVPI für Großbritannien ausgewiesen. Dieser liegt derzeit unter dem RPIX.

Mit der Produktion hat auch die Beschäftigung spürbar zugenommen, sie stieg bis zum Sommer mit einer Jahresrate von etwa 2%. Die Arbeitslosigkeit ist merklich zurückgegangen. Für den Euroraum sank die Arbeitslosenquote bis zur Jahresmitte auf 9,0%; damit war sie um 0,6 Prozentpunkte niedriger als zu Jahresbeginn. Die Entwicklung der Verbraucherpreise wurde in den vergangenen Monaten maßgeblich durch außenwirtschaftliche Einflüsse bestimmt. Im Sommer beschleunigte sich der Preisauftrieb erneut, als der Ölpreis wieder über 30 US-Dollar pro Barrel stieg und der Euro seine Abwertung gegenüber dem Dollar fortsetzte. Im September war der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) um 2,8% höher als im Vorjahr.

Der Anstieg der Preise sowie die Zinserhöhungen haben das Konjunkturklima bereits verschlechtert. Eine Reihe von Indikatoren deutet darauf hin, dass sich der Produktionsanstieg nach der Jahresmitte deutlich verlangsamt hat. Die Indikatoren, die die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage bei den Unternehmen wie bei den Verbrauchern erfassen, signalisieren eine deutliche Eintrübung der Stimmung. Der stark rückläufige Indikator des Vertrauens im Einzelhandel weist darauf hin, dass beson-

ders der private Verbrauch nun zunehmend durch den ölpreisbedingten Kaufkraftentzug belastet wird.

Moderater Lohnanstieg

Vor dem Hintergrund der gestiegenen Ölpreise kommt der Lohnpolitik im Euroraum eine besondere Bedeutung zu. Aufgrund der ungünstigen Datenlage im Bereich der Lohn- und Einkommensstatistik lässt sich nach wie vor kein Bild der Lohnentwicklung im Euroraum zeichnen, aus dem verlässliche Rückschlüsse auf eventuelle Inflationsgefahren gezogen werden könnten. Zwar erhöhte sich der Arbeitskostenindex im ersten Halbjahr 2000 um 3,5% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum, nach lediglich 2,2% 1999, jedoch sind die Ergebnisse dieses Indikators mit Vorsicht zu interpretieren (Kasten 2.1). Andere Statistiken deuten bisher noch nicht auf eine Beschleunigung der Lohnentwicklung im Euroraum insgesamt hin. So weist beispielsweise der Verdienstindex, der die Bruttolöhne und -gehälter der Arbeitnehmer (ohne Lohnnebenkosten) umfasst, im ersten Halbjahr 2000 in der Tendenz keine höheren Lohnzuwächse als im Vorjahr auf. Ähnliches ist bei den Lohnstückkosten zu beobach-

Kasten 2.1

Zur Interpretation des Arbeitskostenindex im Euroraum

Der Anstieg des Arbeitskostenindex im Euroraum im Jahr 2000 zeichnet bei vordergründiger Betrachtung ein anderes Bild als andere Indikatoren zur Lohnentwicklung. Die Gründe dafür liegen im Wesentlichen in seiner Berechnungsweise: Zum Beispiel weist der Arbeitskostenindex für Deutschland im ersten Halbjahr 2000 eine Zuwachsrate von mehr als 3% aus, nach rund 2% im Jahr 1999. Die Arbeitseinkommen je Stunde in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) zeigen dagegen keine Beschleunigung. Die Differenzen sind auch Folge der unterschiedlichen Abgrenzung: Die VGR erfasst die Gesamtwirtschaft, der Arbeitskostenindex dagegen nur einen Teil der Sektoren, in Deutschland beispielsweise nicht den öffentlichen Dienst, das Gastgewerbe und das Transportwesen. Dies sind aber gerade die Bereiche, die sich derzeit durch unterdurchschnittliche Lohnsteigerungen auszeichnen. Zudem reagiert der Arbeitskostenindex wegen der Art seiner Berechnung sehr empfindlich auf eine Veränderung der durchschnittlichen Arbeitszeit. Er wird berechnet, indem die Summe sämtlicher Arbeitskosten — also einschließlich der Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber — durch die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden dividiert wird. Die für das Gesamtjahr geschätzten Arbeitsstunden werden dabei gleichmäßig auf die Quartale verteilt. Im Jahr 2000 ste-

hen aber in Deutschland drei Arbeitstage weniger zur Verfügung, da einige Feiertage im Unterschied zum Vorjahr nun auf einen Wochentag fallen. Die Zahl der geleisteten Arbeitstage ist deshalb um rund 1 ½% geringer. Der höhere Zuwachs des Arbeitskostenindex im Vergleich zum Vorjahr resultiert folglich nicht aus einer Beschleunigung der Lohnentwicklung, sondern rein statistisch aus einem Rückgang der Arbeitszeit. In anderen Ländern im Euroraum kommt nach Auskunft von Eurostat ein ähnlicher Arbeitstageeffekt im Jahr 2000 zum Tragen. Bei der Interpretation des Arbeitskostenindex ist deshalb zu berücksichtigen, dass eine derartige Entwicklung nur dann zu einer höheren Lohnkostenbelastung der Unternehmen führt und damit eine Gefahr für die Preisstabilität darstellt, wenn wegen der geringeren Zahl von Arbeitstagen auch die Produktion entsprechend zurückgeht, den höheren Lohnkosten je Stunde also eine unveränderte Produktivität je Stunde gegenübersteht. Wahrscheinlich ist jedoch, dass der Produktionsausfall an den Feiertagen zumindest teilweise ausgeglichen wird, so dass sich in der Summe auch eine höhere Arbeitsproduktivität je Stunde ergibt. In diesem Fall steigen die Lohnstückkosten nicht oder nur wenig. In der Tat sind die Lohnstückkosten im Durchschnitt der acht größten Länder im Euroraum im ersten Halbjahr 2000 nicht beschleunigt gestiegen.

ten. Diese nahmen im Durchschnitt von acht Ländern im Euroraum⁶ im ersten Halbjahr aufgrund der konjunkturell bedingten Verstärkung des Produktivitätsanstiegs sogar schwächer zu als im Vorjahr. Die Lohnstückkosten waren dabei in Deutschland und Belgien rückläufig und in Frankreich, Österreich sowie Finnland weitgehend unverändert. In Spanien und den Niederlanden nahmen sie dagegen kräftig zu.

Die bereits abgeschlossenen Tarifverträge sowie Äußerungen der Tarifparteien deuten auf ein Festhalten an einer moderaten Lohnpolitik hin. In Deutschland und in Frankreich wurden in wichtigen Tarifbereichen längerfristige Tarifverträge abgeschlossen, die die Lohnentwicklung bis weit ins nächste Jahr festschreiben.

In Italien stehen in diesem Herbst für gut ein Drittel der Beschäftigten Tarifverhandlungen an. Seit 1993 orientieren sich die Tarifverhandlungen in den einzelnen Branchen grundsätzlich an zentralen Vereinbarungen. Dabei dient als wesentliche Orientierungsgröße für die Lohnsteigerungen eine von den Tarifparteien und der Regierung gemeinsam festgelegte Zielinflationsrate, die so genannte programmierte Inflation. Die derzeitige Rahmenvereinbarung gilt auch noch für das kommende Jahr. Zwar sieht sie keine Kompensation für externe Preisschocks vor, jedoch kann es zu Nachverhandlungen kommen, wenn die aktuelle Inflationsrate deutlich von der abweicht, die der Rahmenvereinbarung zugrunde liegt. Eine Abkehr von dem derzeitigen stabilitätsorientierten Kurs ist, insbesondere in den Bereichen, die im internationalen Wettbewerb stehen, nicht zu erwarten. Die Lohnabschlüsse dürften mit durchschnittlich etwa 3% nur wenig höher sein als im

Vorjahr. Die gesamten Lohnkosten werden etwas weniger steigen, da die Lohnnebenkosten bis 2003 um insgesamt 3 Prozentpunkte gesenkt werden.

In Spanien sehen die bisher ausgehandelten Lohntarifverträge Aufbesserungen von knapp 3% vor. In drei Vierteln der Tarifverträge sind jedoch Revisionsklauseln enthalten, die eine Anpassung ermöglichen, falls die tatsächliche Inflationsrate von der erwarteten abweicht. Ob und in welchem Umfang Gebrauch von diesen Klauseln gemacht wird, ist derzeit noch nicht abzuschätzen. Die Gewerkschaften haben jedoch bereits Nachverhandlungen angekündigt. Bei der erwarteten Abschwächung der gesamtwirtschaftlichen Expansion dürften sie sich jedoch nur begrenzt durchsetzen. Gleichwohl werden die Lohnzuwächse in Spanien über dem europäischen Durchschnitt liegen.

Für den Euroraum insgesamt werden die Bruttolöhne damit nur wenig beschleunigt zunehmen. Unterstützung findet die moderate Lohnpolitik dabei in vielen Ländern von der Finanzpolitik, die Steuersenkungen und geringere Sozialabgaben vorsieht.

Stimulierende Finanzpolitik

Die Defizite in den öffentlichen Haushalten sinken in diesem Jahr erheblich rascher als ursprünglich erwartet.

⁶ Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, die Niederlande, Belgien, Österreich und Finnland.

Tabelle 2.1

Indikatoren zur Situation der öffentlichen Haushalte im Euroraum

	Bruttoschulden ¹⁾				Finanzierungssaldo ¹⁾			
	1998	1999	2000	2001	1998	1999	2000	2001
Deutschland	60,7	61,1	60,0	57,0	-2,1	-1,4	1,5	-1,4
Frankreich	59,7	58,9	58,0	56,5	-2,7	-1,8	-1,3	-0,3
Italien	116,2	115,1	109,5	106,0	-2,8	-1,9	0,0	-1,0
Spanien	65,1	63,7	62,0	60,0	-2,6	-1,1	-0,5	0,0
Niederlande	66,6	62,9	58,0	55,0	-0,7	1,0	1,6	1,1
Belgien	119,6	116,1	110,0	105,0	-0,9	-0,7	0,1	0,0
Österreich	64,0	65,2	64,0	63,0	-2,3	-2,1	-1,7	-0,9
Finnland	48,7	46,6	40,5	37,0	1,3	1,9	4,0	4,5
Portugal	55,7	55,8	55,0	54,0	-2,3	-2,0	-1,6	-1,2
Irland	55,0	50,1	43,0	38,0	2,1	1,9	4,0	3,0
Luxemburg	6,4	6,0	6,0	6,0	3,7	4,4	4,0	3,5
Euroraum ²⁾	73,5	72,2	69,7	67,5	-2,1	-1,3	0,3	-0,5
<i>Nachrichtlich:</i> Griechenland	105,5	104,6	102,0	99,5	-2,5	-1,8	-0,5	0,5

¹⁾ In % des Bruttoinlandsprodukts; Abgrenzung gemäß Vertrag von Maastricht. — ²⁾ Summe der Länder. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 1999 in Euro.

Quellen: Eurostat; 2000 und 2001: Prognose der Institute.

Zum ersten Mal seit den frühen siebziger Jahren dürfte sich für die Länder des Euroraums insgesamt ein leichter Budgetüberschuss ergeben. Auch nähert sich die Schuldenquote in raschen Schritten dem im Maastrichter Vertrag für die einzelnen Länder festgelegten Referenzwert von 60 %. Die Verbesserung der Haushaltslage ergibt sich vor allem aufgrund von Sondereinnahmen aus der Vergabe von Mobilfunklizenzen (UMTS) in Höhe von etwa 1 % des Bruttoinlandsprodukts. Auch kommt es zu konjunkturell bedingten Mehreinnahmen und Minderausgaben. Das — um die Sondereinnahmen bereinigte — strukturelle Defizit verändert sich jedoch kaum; im Vorjahr wurde es noch deutlich reduziert. Insofern haben die Konsolidierungsanstrengungen der Mitgliedstaaten nachgelassen.

Der Ausgabenanstieg ist in diesem Jahr zumeist gering. Hierzu trägt zum einen bei, dass aufgrund der günstigen Arbeitsmarktentwicklung die Sozialausgaben hinter den Haushaltsansätzen zurückbleiben. Zum anderen verringert sich die Schuldenlast. Gleichzeitig nehmen die Steuereinnahmen rasch zu, obwohl die Steuerbelastung in einigen Ländern gesenkt wurde; daraus resultierende Mindereinnahmen werden durch konjunkturell bedingte Mehreinnahmen überkompensiert.

In mehreren Ländern erzielen die öffentlichen Haushalte in diesem und im kommenden Jahr hohe Sondereinnahmen aus dem Verkauf beziehungsweise der Versteigerung von Mobilfunklizenzen. In Deutschland, in Spanien und in den Niederlanden sind die Lizenzen bereits vergeben worden. In Italien und in Österreich steht die Zuteilung in Kürze an. Für den Euroraum insgesamt liegen die Einnahmen in diesem Jahr bei rund einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Im Jahr 2001 werden sie geringer sein, da nur noch in Frankreich erhebliche Erlöse anfallen.⁷

Die Finanzpolitik im Euroraum wird im kommenden Jahr gelockert. In den meisten Ländern werden die Steuern — teilweise deutlich — gesenkt. Vor allem in den drei größten Volkswirtschaften Deutschland, Frankreich und Italien sinkt die Abgabenlast erheblich. Der Akzent liegt auf einer Reduzierung der Einkommensteuersätze. Zusätzlich sollen die Unternehmen entlastet werden. Im Euroraum insgesamt dürfte das Entlastungsvolumen bei ¾ % des Bruttoinlandsprodukts liegen.

Die Ausgaben werden auch 2001 nur wenig ausgeweitet. Zusätzlich sind allerdings in vielen Ländern Ausgleichsmaßnahmen im Hinblick auf den Ölpreisanstieg vorgesehen. Hierzu zählen einmalige oder zeitweilige Heizkostenzuschüsse, Hilfen für die Fischerei und Agrarbetriebe. Ferner beinhalten die Ausgleichsmaßnahmen in einigen Ländern Senkungen der Mineralölsteuer oder der Mehrwertsteuer auf Diesel, Benzin und Heizöl sowie die Aussetzung von geplanten Ökosteuernerhöhungen in den Niederlanden und in Italien. Das Volumen dieser Maßnahmen ist jedoch verhältnismäßig niedrig.

Im nächsten Jahr wird sich ein Defizit der öffentlichen Haushalte im Euroraum in Höhe von etwa 0,5 % des Bruttoinlandsprodukts ergeben. Berücksichtigt man, dass die UMTS-Einnahmen in diesem Jahr rund 1 % und im nächsten Jahr wohl etwa ¼ % des Bruttoinlandsprodukts betragen, so liegt das um diese Erlöse bereinigte Defizit in beiden Jahren bei ¾ %. Aufgrund der erheblichen Steuersenkungen wird das strukturelle Defizit leicht steigen; die Finanzpolitik ist folglich expansiv ausgerichtet. Sie wird damit im nächsten Jahr den Konsolidierungskurs unterbrechen.

Monetäre Rahmenbedingungen wirken neutral

Seit dem Frühjahr hat die EZB die Leitzinsen in vier Schritten um insgesamt 1 ¼ Prozentpunkte — und damit deutlich stärker als von den Instituten erwartet — angehoben. Der Hauptrefinanzierungssatz liegt nun bei 4,75 % und damit um 2 ¼ Prozentpunkte höher als vor einem Jahr. Der Dreimonats-Euribor ist auf 5 % gestiegen (Abbildung 2.1). Der kurzfristige Realzins dürfte etwas über dem Durchschnittswert der vergangenen 25 Jahre für Deutschland liegen.⁸ Damit geht von den kurzfristigen Zinsen eine leicht restriktive Wirkung aus.

Die Rendite zehnjähriger Staatsanleihen im Euroraum verharrt seit Jahresbeginn ungeachtet des Anstiegs der Geldmarktzinsen bei rund 5,5 %. Dämpfend auf die Kapitalmarktzinsen dürften der deutliche Rückgang der Renditen in den USA, eine geringere öffentliche Kreditaufnahme im Euroraum sowie — trotz Ölpreiserhöhung — nach wie vor niedrige Inflationserwartungen für die mittlere Frist gewirkt haben. In realer Rechnung entsprechen die Kapitalmarktzinsen gegenwärtig mit rund 4 % — bei einer auf mittlerer Sicht unterstellten Inflationsrate von 1,5 % — etwa dem langjährigen Durchschnitt für Deutschland.

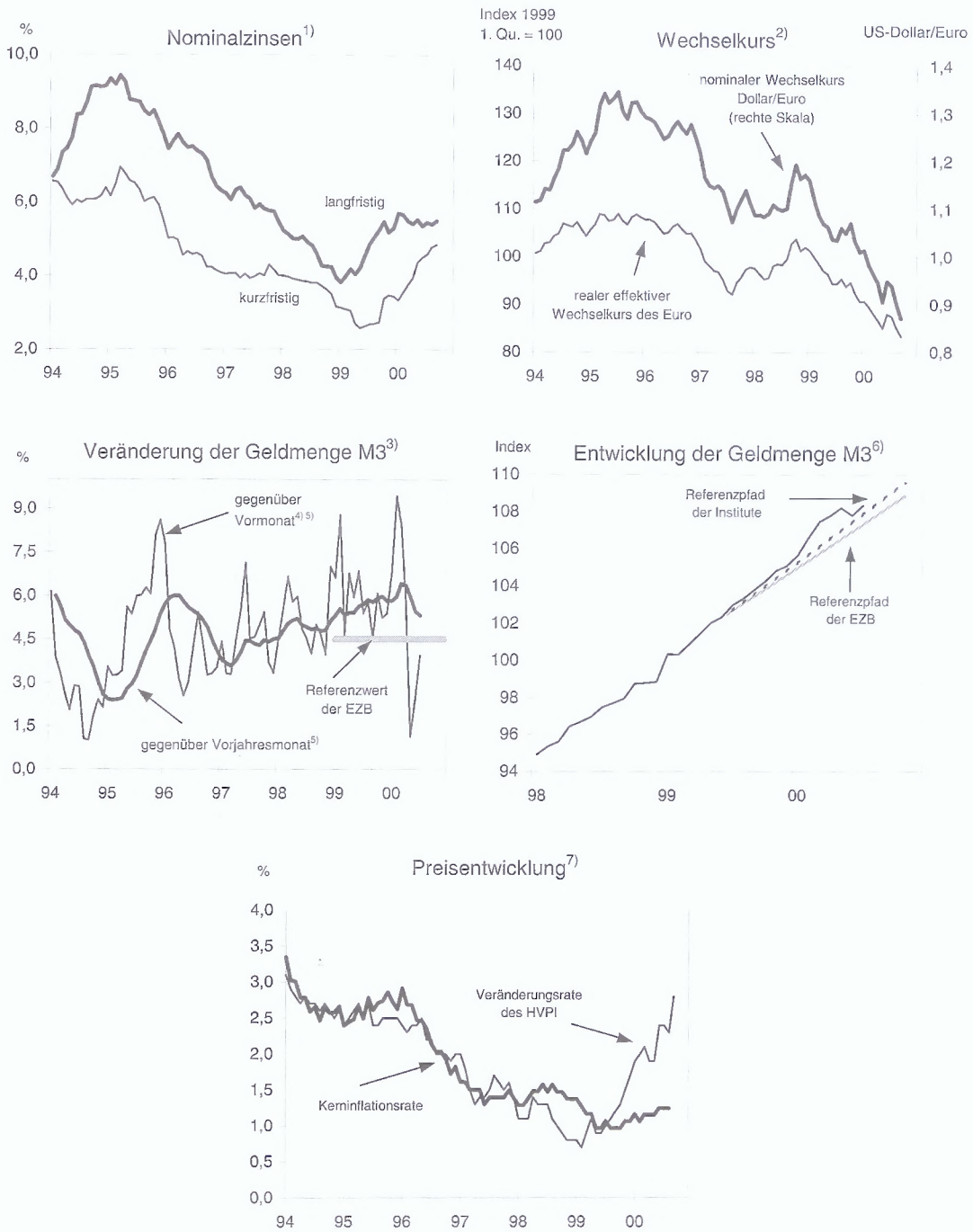
Die Expansion der Geldmenge M3 hat sich nach einem stark beschleunigten Zuwachs im Februar und März deutlich abgeschwächt. In den Monaten Juni bis August nahm M3 mit einer laufenden Jahresrate von nur 3,8 % zu, im

⁷ Nach einer Entscheidung von Eurostat werden die Erlöse im Jahr der Zuteilung in voller Höhe als negative Ausgaben gebucht, unabhängig von den Modalitäten der Zahlungsabwicklung.

⁸ In den meisten Ländern des Euroraums lagen die Nominalzinsen in den vergangenen Jahren zum Teil deutlich über dem Niveau Deutschlands. Diese Differenz reflektierte hauptsächlich höhere Inflationserwartungen bzw. daraus resultierende Erwartungen einer Abwertung der jeweiligen Währung gegenüber der D-Mark. Mit der Übernahme der geldpolitischen Kontrolle durch die EZB und der unwiderruflichen Fixierung der Wechselkurse bestehen derartige Erwartungen nicht mehr. Insofern erscheint es gerechtfertigt, das Realzinsniveau in Deutschland dem längerfristigen Durchschnitt zugrunde zu legen. Vgl.: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1999, Tabelle 3.1.

Abbildung 2.1

Zur monetären Lage im Euroraum



¹⁾ Kurzfristig = 3-Monats-Euribor; langfristig = 10-Jahres-Staatsanleihen. — ²⁾ Vor 1999: ECU. — ³⁾ M3 = Bargeldumlauf, täglich fällige Einlagen, Einlagen mit einer vereinbarten Laufzeit von bis zu 2 Jahren, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von bis zu 3 Monaten, Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und -papiere, Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren; Index, Veränderungsrate in %. — ⁴⁾ Saisonbereinigt, auf Jahresrate hochgerechnet. — ⁵⁾ Zentrierter gleitender Dreimonatsdurchschnitt. — ⁶⁾ Index, saisonbereinigt. — ⁷⁾ HVPI = Harmonisierter Verbraucherpreisindex; Kerninflationsrate = Veränderungsrate HVPI ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel.

Quellen: Europäische Zentralbank; Deutsche Bundesbank; Berechnungen der Institute.

GD Herbst 2000

Vorjahresvergleich betrug der Anstieg noch 5,3 %. Die Zunahme der Geldmenge lag somit zwar weiterhin oberhalb des Referenzwertes der EZB (4,5 %), aber nah an dem Wert, der nach Einschätzung der Institute mittelfristig mit Geldwertstabilität vereinbar ist (5%), zumal damit auch der als unvermeidbar einzustufende primäre Preisniveauschub infolge der Rohölpreiserhöhung finanziert wird.⁹ Zu berücksichtigen ist überdies, dass der Anstieg der Geldmenge im August durch den kurzfristigen Liquiditätsbedarf im Zusammenhang mit der Versteigerung der Mobilfunklizenzen in Deutschland leicht überzeichnet wird.

Konjunkturanregend wirkt der niedrige Außenwert des Euro. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gegenüber Anbietern außerhalb des Euroraums ist damit deutlich höher als im Durchschnitt der neunziger Jahre. Nach der neuerlichen Abwertung des Euro in den vergangenen Monaten haben sich die anregenden Impulse von dieser Seite her sogar noch verstärkt. Im September lag der reale effektive Wechselkurs des Euro rund 10 % niedriger als zu Jahresbeginn. Alles in allem dürften die monetären Rahmenbedingungen konjunkturell neutral wirken.

Die Institute erwarten, dass die EZB den Hauptrefinanzierungssatz im Prognosezeitraum auf seinem jetzigen

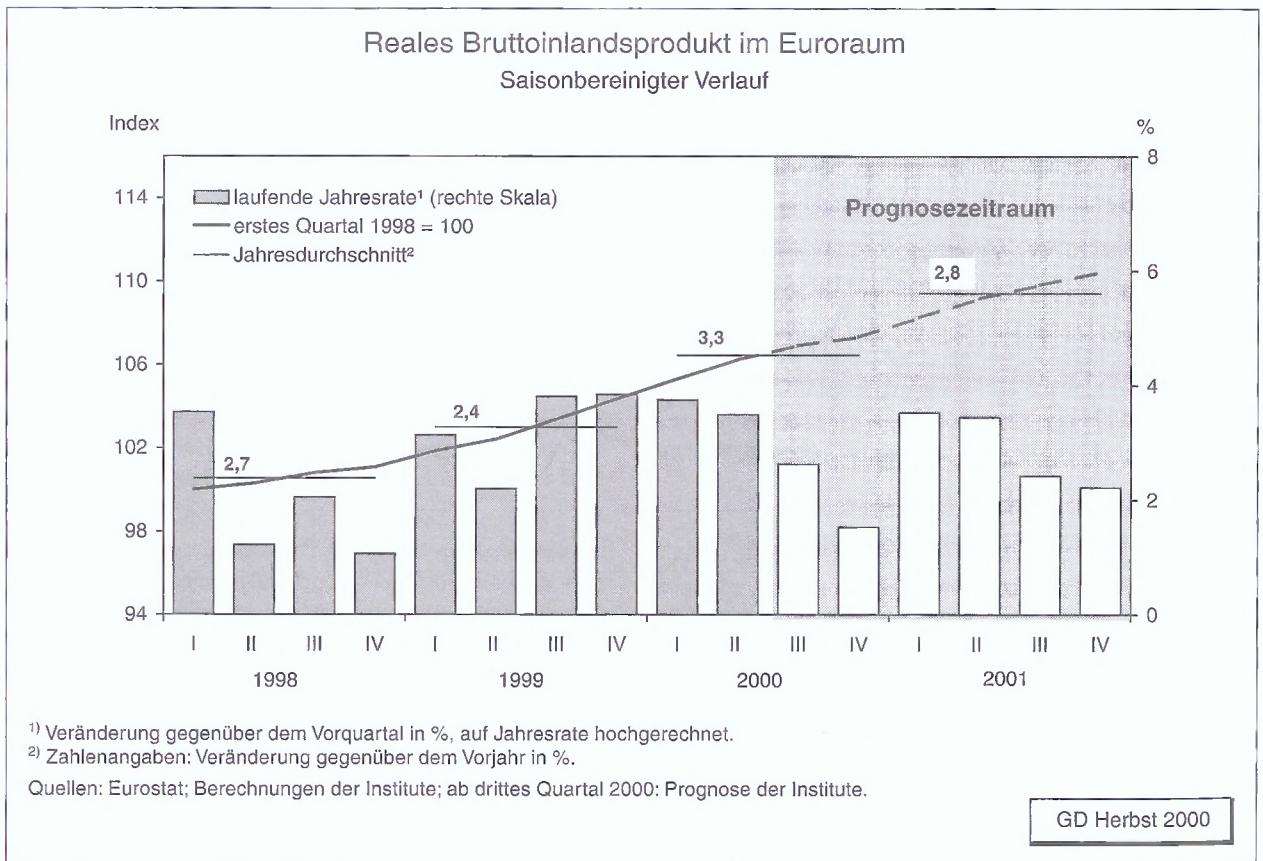
Niveau belässt. Mit einer weiteren geldpolitischen Strafung ist angesichts der konjunkturellen Abflachung nicht zu rechnen, sofern sich der ölpreisinduzierte Preisniveauschub nicht in spürbar höheren Lohnabschlüssen niederschlägt. Letzteres ist nicht zu erwarten. Zudem wird sich der Verbraucherpreisanstieg im kommenden Jahr abflachen. Zwar dürfte die Kerninflation infolge der weiteren Zunahme der Kapazitätsauslastung in der ersten Jahreshälfte noch steigen; bei dem unterstellten Verlauf des Ölpreises wird der Anstieg des HVPI aber schwächer werden. Für den realen effektiven Wechselkurs des Euro ist angenommen, dass er im Prognosezeitraum konstant bleibt. Insgesamt werden die monetären Rahmenbedingungen weiterhin neutral wirken.

Ausblick: Konjunktur verliert an Schwung

Im Prognosezeitraum wird sich die konjunkturelle Grundtendenz im Euroraum infolge der strafferen Geldpolitik und der weltwirtschaftlichen Verlangsamung abfla-

⁹ Eine ausführlichere Beurteilung der aktuellen Geldmengenentwicklung und eine Einschätzung der Institute zur Höhe des Referenzwertes für das Jahr 2001 findet sich im Abschnitt Geldpolitik.

Abbildung 2.2



chen. Verstärkt wird diese Tendenz durch die dämpfenden Effekte des Ölpreisanstiegs. Im nächsten Jahr wirken die expansiven Impulse der Fiskalpolitik stützend.

Maßgeblich für das Abflachen der konjunkturellen Grundtendenz ist die verhaltenere Entwicklung der Nachfrage aus dem Ausland. Zudem lassen die Impulse aus der Abwertung des Euro im nächsten Jahr nach. Der Export wird deshalb im Prognosezeitraum zunehmend an Fahrt verlieren.

Die privaten Haushalte werden zunächst durch den ölpreisbedingten Realeinkommensverlust belastet. Im nächsten Jahr profitieren sie in vielen Ländern jedoch von Steuersenkungen; zudem verbessert sich ihre Realeinkommensposition im späteren Verlauf von 2001 auch durch den zu erwartenden Rückgang des Ölpreises. Der private Verbrauch dürfte — nach einer vorübergehenden Schwäche — durch die Finanzpolitik im nächsten Jahr wieder spürbar angeregt werden.

Die Ausrüstungsinvestitionen nehmen immer noch lebhaft, wenn auch allmählich verlangsamt zu. Zwar wirken die ungünstigeren Absatzaussichten im Auslandsgeschäft bremsend, aber die Verbrauchernachfrage bleibt robust, die Kapazitätsauslastung ist immer noch günstig, und die Unternehmenssteuern werden spürbar gesenkt. Demgegenüber expandieren die Bauinvestitionen nach wie vor sehr verhalten. Der öffentliche Konsum wird, wie schon in den Vorjahren, recht moderat erhöht. Alles in allem dürfte die Binnennachfrage im kommenden Jahr nur geringfügig schwächer expandieren als in diesem Jahr. Daher wird die Einfuhr weiterhin spürbar steigen und der Außenbeitrag im Verlauf des nächsten Jahres allmählich zurückgehen.

Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte unter diesen Bedingungen im nächsten Jahr mit 2,8% weniger stark zunehmen als in diesem Jahr (3,3%). Dabei wird die

Tabelle 2.2

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

	1999	2000	2001
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Reales Bruttoinlandsprodukt	2,4	3,3	2,8
Privater Konsum	2,7	2,8	2,7
Öffentlicher Konsum	1,4	1,4	1,4
Bruttoanlageinvestitionen	5,3	4,9	4,3
Export ¹⁾	4,5	12,2	8,8
Import ¹⁾	6,1	11,3	9,1
Außenbeitrag ²⁾	-0,5	0,5	-0,1
Verbraucherpreise ³⁾	1,1	2,3	2,1
	in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts		
Leistungsbilanzsaldo	0,4	-0,4	-0,4
Budgetsaldo ⁴⁾	-1,3	0,3	-0,5
	in % der Erwerbspersonen		
Arbeitslosenquote ⁵⁾	9,9	9,0	8,3
¹⁾ Exporte und Importe umfassen Waren und Dienstleistungen einschließlich des grenzüberschreitenden Handels innerhalb des Euroraums. — ²⁾ Veränderung des Außenbeitrages gegenüber Vorjahr in % des realen Bruttoinlandsprodukts des Vorjahres. — ³⁾ Harmonisierter Verbraucherpreisindex. — ⁴⁾ Gesamtstaatlich. — ⁵⁾ Standardisiert. Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen der Institute; 2000 und 2001: Prognose der Institute.			

Beschäftigung etwas verlangsamt ausgeweitet und die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt von 9,0% auf 8,3% sinken. Bei dem hier unterstellten Verlauf des Rohölpreises lässt der Anstieg der Verbraucherpreise wieder deutlich nach; im Jahresdurchschnitt dürfte er aber noch 2,1% betragen.

3. Die wirtschaftliche Lage in Deutschland

Überblick

Deutschland befindet sich wie die übrigen Länder im Euroraum in einem kräftigen wirtschaftlichen Aufschwung. In der ersten Hälfte des Jahres 2000 hat sich der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion nochmals beschleunigt; das reale Bruttoinlandsprodukt erhöhte sich gegenüber dem zweiten Halbjahr 1999 mit einer Jahresrate von 3 ½ %. Dabei nahm die Kapazitätsauslastung deutlich zu. Treibende Kraft war erneut der Export, der im Gefolge der dynamischen Weltkonjunktur stark expandierte. Er erhielt überdies Impulse von der anhaltenden Abwertung des Euro. Gefördert durch den Exportboom nahm auch die Binnennachfrage beschleunigt zu. Erheblichen Anteil daran hatte die rege Investitionstätigkeit. Die Bauwirtschaft stand dagegen weiterhin auf der Schattenseite der Konjunktur; die Bauinvestitionen gingen in der ersten Jahreshälfte sogar zurück. Die Zahl der Erwerbstätigen ist im Laufe dieses Jahres merklich gestiegen, die der Arbeitslosen weiter gesunken; die Arbeitslosenquote war im September um reichlich einen Prozentpunkt niedriger als ein Jahr zuvor. Als Folge des Höhenflugs der Ölpreise und der Abwertung des Euro hat sich allerdings die Teuerung spürbar verstärkt; im September betrug der Anstieg der Verbraucherpreise im Vorjahresvergleich 2,5 %.

In Ostdeutschland¹⁰ ist das gesamtwirtschaftliche Expansionstempo weiterhin niedriger als im Westen. Ausschlaggebend dafür ist die anhaltend ungünstige Lage in der Bauwirtschaft; der Rückgang der Bauinvestitionen hat sich erheblich beschleunigt, und ein Ende der Talfahrt ist noch nicht abzusehen. Die Produktion im verarbeitenden Gewerbe stieg dagegen im Laufe dieses Jahres deutlich rascher als in Westdeutschland. Am Arbeitsmarkt gibt es nach wie vor markante Unterschiede: In Westdeutschland ist die Zahl der Arbeitslosen im bisherigen Jahresverlauf weiter zurückgegangen, in Ostdeutschland hat sie dagegen leicht zugenommen; hier blieb die Arbeitslosenquote mehr als doppelt so hoch wie im Westen.

Obwohl Auftragseingänge und Produktion immer noch kräftig steigen, mehren sich die Anzeichen, dass sich die Konjunktur in Deutschland allmählich abkühlt. So hat sich hier, wie in anderen europäischen Ländern, das Geschäftsklima in der Industrie eingetrübt; auch blicken die Verbraucher mit weniger Vertrauen in die Zukunft als zuvor. Offensichtlich schlagen nun die dämpfenden Einflüsse der drastischen Verteuerung von Öl und Ölprodukten mehr und mehr durch, die bisher von den kräftigen Anregungen seitens der Weltkonjunktur überdeckt wurden.

Starker Anstieg der Ölrechnung

Bereits im Frühjahr war von den Instituten als Folge des Ölpreisanstiegs und der Abwertung des Euro eine deutliche Erhöhung der Ölrechnung — hier definiert als Wert der Einfuhr von Rohöl und Mineralölerzeugnissen — konstatiert worden. Für das Jahr 2000 wurde eine Mehrbelastung um rund 20 Mrd. DM prognostiziert; das entspricht rund 0,5 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Im Frühjahr war allerdings noch erwartet worden, dass der Ölpreis bereits im Laufe dieses Jahres wieder nachgeben und im Jahresdurchschnitt 2000 bei 24 US-Dollar pro Barrel und im Jahre 2001 bei 21 US-Dollar liegen werde. Auch war angenommen worden, dass sich der Euro auf dem damals erreichten Niveau fängt. Beide Erwartungen haben sich nicht erfüllt.

Tatsächlich ergibt sich nun ein erheblich stärkerer Anstieg der Ölrechnung.¹¹ Unter den jetzt getroffenen Annahmen wird sie in diesem Jahr um 33 Mrd. DM höher ausfallen als im Jahr 1999 (Abbildung 3.1 und Tabelle 3.1). Das entspricht 0,8 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts. In den Jahren 1999 und 2000 zusammen genommen macht der Entzugseffekt ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Der unmittelbare dämpfende Impuls ist damit allerdings immer noch deutlich geringer als nach den beiden Ölpreisschocks in den siebziger Jahren: 1973/74 und 1979/80 lag der kumulierte Effekt jeweils bei 2,3 %. Ein Grund für den vergleichsweise geringen dämpfenden Effekt des Ölpreisanstiegs auf die Konjunktur ist, dass sich die Ölintensität der Produktion halbiert hat. Maßgeblich hierfür sind die erheblichen Anstrengungen zur Drosselung des Ölverbrauchs und zur Substitution von Öl und Ölprodukten.

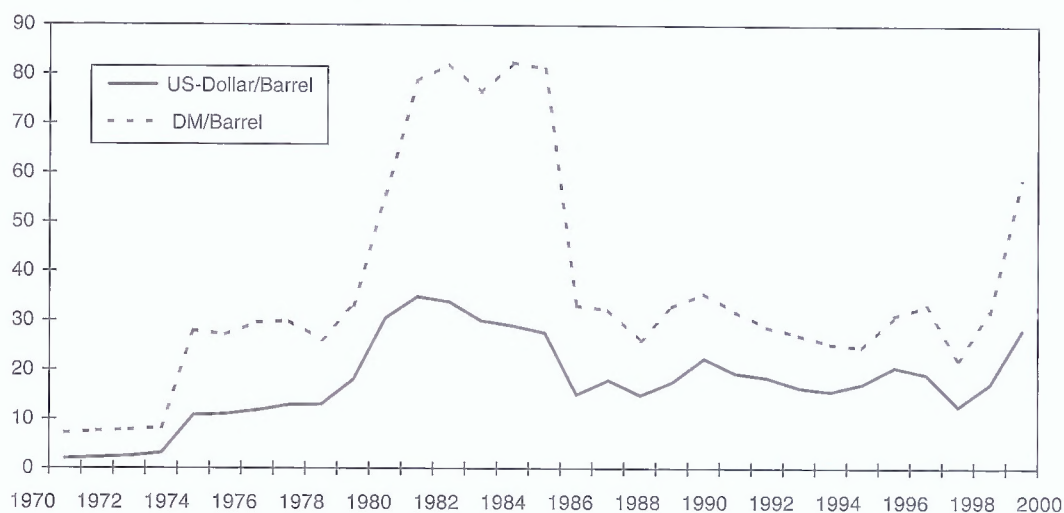
Die Verteuerung der Ölrechnung findet ihren Niederschlag unmittelbar im Preisindex für die Lebenshaltung. Von dem für dieses Jahr zu erwartenden Anstieg der Verbraucherpreise um rund 2 % geht etwa die Hälfte auf das Konto der Heizöl- und Kraftstoffpreise. Der Gesamt-

¹⁰ Für den Vergleich wird hier das Land Berlin zu Westdeutschland gezählt.

¹¹ Unterstellt ist, dass in diesem Jahr das Einfuhrvolumen bei Rohöl und Mineralölerzeugnissen so hoch ist wie 1999, der Ölpreis sich bis Ende dieses Jahres bei 31 US-Dollar pro Barrel hält und der Kurs des Euro gegenüber dem US-Dollar unverändert bleibt. Die hier vorgelegte Ölrechnung enthält die Einfuhren von Rohöl und Mineralölerzeugnissen. Im Gefolge des Ölpreisanstiegs hat sich aber auch der Import von Erdgas seit Anfang 1999 um rund 80 % verteuert. Bezieht man die Erdgasimporte mit ein, fällt der Entzugseffekt stärker aus, als es die reine Ölrechnung signalisiert. Im Rahmen einer umfassenden Energierechnung müssten allerdings auch die Exporte von Mineralölerzeugnissen berücksichtigt werden.

Abbildung 3.1

Entwicklung des Ölpreises



Jahresdurchschnittswerte; 2000 bis einschließlich September.

Quellen: IEA (International Energy Agency); Berechnungen der Institute.

GD Herbst 2000

effekt ist sogar etwas größer, da die mittelbaren Effekte, die sich aus der Überwälzung höherer Energie- und Rohstoffkosten der Unternehmen ergeben, noch nicht berücksichtigt sind.

Der Ölpreisschock und die damit verbundene Verschlechterung der Terms of Trade dämpfen für sich genommen die Konjunktur spürbar. Die Realeinkommensverluste belasten zunehmend den privaten Ver-

brauch. Retardierende Einflüsse sind auch für den Export zu erwarten, weil die Binnennachfrage in den Öl importierenden Ländern beeinträchtigt wird. Über ungünstigere Absatzerwartungen vermindert sich schließlich die Investitionsneigung, zumal die höheren Kosten für Energie und ölabhängige Vorleistungsgüter nicht voll überwältzt werden können. Zwar verbessern sich durch den Ölpreisanstieg die Aussichten für den Export in die Ölförderländer; die Ausfuhren in die OPEC-Staaten und insbe-

Tabelle 3.1

Entwicklung der deutschen Ölrechnung

	1973	1974	1975	1979	1980	1981	1998	1999	2000	2001	
										Basisrechnung	Alternativrechnung
<i>Ölpreis</i>											
in US-Dollar	3,5	11,6	11,4	20,0	32,8	36,4	12,8	17,9	29,0	27,0	35,0
in DM	9,3	30,0	28,1	36,6	59,6	82,0	22,1	31,7	60,9	58,5	75,8
<i>Ölrechnung¹⁾</i>											
in Mrd. DM	15,2	32,8	29,6	49,0	64,8	72,4	30,4	36,8	69,9	67,1	86,5
<i>Veränderung</i>											
in Mrd. DM	4,4	17,6	-3,2	16,5	15,8	7,6	-10,8	6,4	33,1	-2,8	16,6
in % des nominalen BIP	0,5	1,8	-0,3	1,2	1,1	0,5	-0,3	0,2	0,8	-0,1	0,4

¹⁾ Einfuhr von Rohöl und Mineralölzerzeugnissen; in den siebziger und achtziger Jahren Westdeutschland.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesamt für Wirtschaft; Berechnungen der Institute.

sondere nach Russland sind im Laufe dieses Jahres bereits spürbar gestiegen. Nach den Erfahrungen aus den früheren Ölpreisschocks erfordert das „Recycling der Petrodollars“ jedoch einige Zeit. Zudem werden viele Ölländer sicherlich einen Teil der Exporterlöse nutzen, um ihre Auslandsschulden zu tilgen, die in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen hatten.

Der Ölpreisanstieg wirkt zwar auf eine Abkühlung der Konjunktur hin, eine gravierende Beeinträchtigung des Aufschwungs oder sogar ein Abgleiten in eine Rezession wie nach den Schocks in den siebziger Jahren ist aber nicht wahrscheinlich. Dafür spricht schon, dass der unmittelbar dämpfende Impuls jetzt weitaus geringer ist. Zudem hat der Ölpreisschock die deutsche Volkswirtschaft in einer Aufschwungsphase mit annähernder Preisstabilität getroffen. Vor allem ist diesmal die Gefahr inflationsfördernder Zweitrundeneffekte gering. So hat der Ölpreisanstieg nicht auf die Löhne übergreifen; dies gilt auch für den Euroraum insgesamt. Zudem wird durch die diesjährigen Tarifabschlüsse, die relativ moderate Lohnsteigerungen vorsehen, die Lohnentwicklung bis weit in das kommende Jahr hinein geprägt, so dass von daher keine nennenswerten Stabilitätsrisiken bestehen.

Dämpfende Einflüsse von der Geldpolitik — deutliche Impulse von der Finanzpolitik

Es gibt aber auch unabhängig vom Ölpreis Faktoren, die auf ein allmähliches Nachlassen der konjunkturellen

Dynamik hinwirken. Das weltwirtschaftliche Umfeld wird im kommenden Jahr nicht mehr ganz so günstig sein wie bisher. Das Expansionstempo in den Industrieländern und in den Schwellenländern wird sich — wie im weltwirtschaftlichen Teil dieses Gutachtens dargelegt — etwas abschwächen; maßgeblichen Anteil daran hat die ruhigere Gangart der Konjunktur in den USA, die auf andere Länder ausstrahlen wird. Zudem werden die von der bisherigen Abwertung des Euro ausgehenden Impulse schwächer.

Überdies hat die EZB seit Ende vergangenen Jahres — auch als Reaktion auf die Ölverteuerung und die Schwäche des Euro — die geldpolitischen Zügel angezogen und die Leitzinsen in mehreren Schritten, um insgesamt $2\frac{1}{4}$ Prozentpunkte, angehoben. Die davon ausgehenden dämpfenden Wirkungen werden im kommenden Jahr mehr und mehr zum Tragen kommen. Weitere Zinsanhebungen werden von den Instituten für den Prognosezeitraum nicht erwartet. Die langfristigen Zinsen sind seit Anfang dieses Jahres nahezu konstant geblieben und dürften sich bis Ende des nächsten Jahres nicht nennenswert ändern. Bei der hier unterstellten Konstanz des realen Wechselkurses sind die monetären Rahmenbedingungen insgesamt etwa neutral.

Erhebliche Anregungen sind dagegen von der Finanzpolitik zu erwarten. Im kommenden Jahr werden private Haushalte und Unternehmen durch die „Steuerreform 2000“ um 45 Mrd. DM entlastet; das entspricht 1,1 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts.

Kasten 3.1

Annahmen für die Prognose

Der Prognose liegt eine Reihe von Annahmen zugrunde, die ihrerseits zumeist auf prognostischen Überlegungen beruhen, in einigen Fällen jedoch lediglich Setzungen sind. Im Einzelnen wird angenommen:

- Der Aufschwung der Weltwirtschaft setzt sich — wie im weltwirtschaftlichen Teil dieses Gutachtens dargelegt — fort, wenn auch mit etwas verlangsamtem Tempo. Der Welthandel wird in diesem Jahr um 12,5 %, im Jahr 2001 um 9 % zunehmen.
- Der Rohölpreis (Brentöl) wird sich im Laufe des nächsten Jahres von 31 US-Dollar pro Barrel auf 25 US-Dollar zurückbilden; er wird im Durchschnitt des kommenden Jahres mit 27 US-Dollar pro Barrel um 2 US-Dollar niedriger sein als in diesem. Die Weltmarktpreise für Industrierohstoffe ziehen moderat an.
- Der reale effektive Außenwert des Euro bleibt im Prognosezeitraum konstant.
- Die Europäische Zentralbank wird die Leitzinsen bis Ende des kommenden Jahres nicht ändern. Die Kapitalmarktzinsen verharren auf dem derzeitigen Niveau.
- Die Tarifverdienste steigen im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt in diesem und im nächsten Jahr um jeweils reichlich 2 %.
- Die Finanzpolitik, die in diesem Jahr vorrangig auf Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ausgerichtet ist, wird im nächsten Jahr mit der „Steuerreform 2000“ die Abgabenbelastung deutlich verringern. Zudem wird die Ökosteuere reform umgesetzt, und die Maßnahmen zur sozialen Abfederung der gestiegenen Ölpreise werden — wie von der Bundesregierung vorgesehen — verwirklicht.

Konjunktur bei nachlassender Dynamik weiterhin aufwärts gerichtet

Im Prognosezeitraum prägen somit gegenläufige Einflüsse die Konjunktur in Deutschland. Bis zum Jahresende dominieren die Effekte des Ölpreisschocks die Entwicklung von Nachfrage und Produktion; betroffen ist vor allem die Binnennachfrage. Der Export wird zunächst noch von der Abwertung des Euro profitieren. Die retardierenden Effekte des Ölpreisanstiegs werden zwar im Laufe des Jahres 2001 nachlassen, dann kommen aber die dämpfenden Einflüsse aus dem Ausland sowie der strafferer Geldpolitik mehr und mehr zum Tragen. Überlagert wird dies von kräftigen Impulsen der Finanzpolitik, die in der ersten Jahreshälfte 2001 sogar zu einer Beschleunigung der konjunkturellen Expansion führen. In der zweiten Jahreshälfte werden dann aber die dämpfenden Einflüsse wieder stärker durchschlagen. Gleichwohl bleibt die Konjunktur spürbar aufwärts gerichtet, so dass sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter verbessern wird. Mit dem Abbröckeln des Ölpreises und der Stabilisierung des Eurokurses werden die außenwirtschaftlichen Teuerungsimpulse erheblich nachlassen. Bei nur geringfügig steigenden Lohnstückkosten wird die Inflationsrate im Laufe des kommenden Jahres wieder deutlich unter 2 % sinken.

Die hier vorgelegte Prognose ist mit beträchtlichen Risiken behaftet. Schon angesichts der derzeitigen Turbulenzen in Nahost ist nicht auszuschließen, dass sich der Ölpreis im Jahr 2001 auf einem deutlich höheren Niveau hält als hier unterstellt. In diesem Falle wäre statt eines leichten Rückgangs ein weiterer Anstieg der Ölrechnung zu erwarten. Läge der Ölpreis beispielsweise im nächsten

Jahr bei durchschnittlich 35 US-Dollar pro Barrel, dann fiel der Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um knapp einen halben Prozentpunkt geringer aus als in der Prognose dargelegt. Überdies basiert sie auf der Annahme, dass in den USA ein „soft landing“ der Konjunktur gelingt.

Nachlassende Exportdynamik

Der Exportboom hielt bis zuletzt an. In der ersten Jahreshälfte 2000 legten die Ausfuhren von Gütern und Dienstleistungen mit einer Jahresrate von 13½ % zu. Sehr kräftig expandierten die Lieferungen nach Nordamerika und Ostasien (Tabelle 3.2 und Abbildung 3.2). Für die nächste Zeit sind die Perspektiven für die Ausfuhr noch recht günstig: Im verarbeitenden Gewerbe sind die Bestellungen aus dem Ausland bis zuletzt deutlich gestiegen, und die Exporterwartungen der Unternehmen sind nach wie vor optimistisch. Die Exporte von Gütern und Dienstleistungen werden im Jahr 2000 gegenüber dem Vorjahr um 12,5 % zunehmen (Abbildung 3.3).

Im kommenden Jahr wird sich das weltwirtschaftliche Expansionstempo verlangsamen. Überdies lassen die aus der realen Abwertung des Euro resultierenden expansiven Wirkungen nach. Der im europäischen Vergleich langsamere Anstieg der Lohnstückkosten stärkt allerdings die Wettbewerbsposition der deutschen Hersteller gegenüber Konkurrenten aus dem Euroraum. Unter diesen Bedingungen wird sich das Anstiegstempo des Exports deutlich abschwächen; im Jahresdurchschnitt wird die Ausfuhr aber noch um 9,3 % höher sein als im Jahr 2000.

Tabelle 3.2

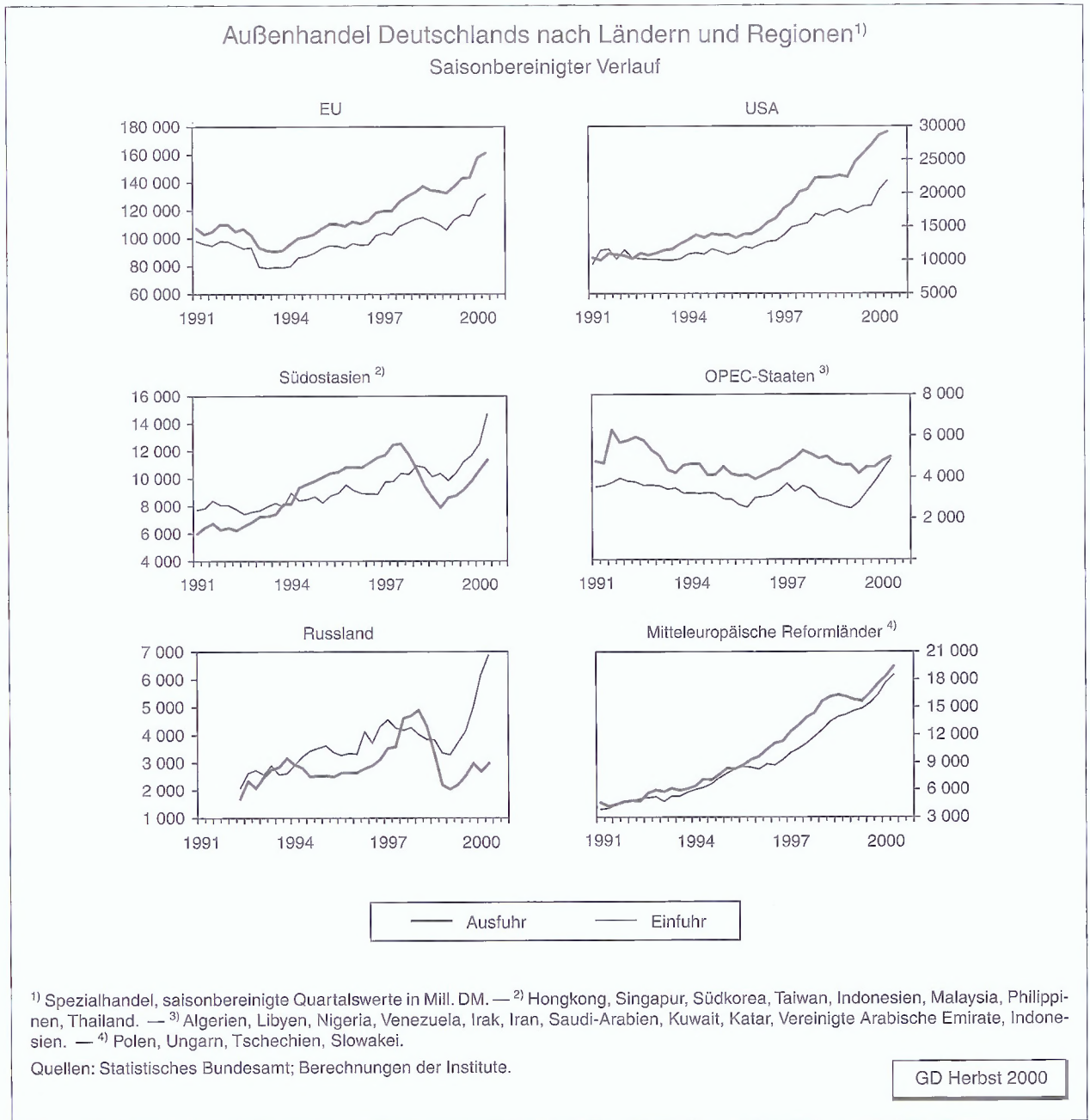
Deutsche Exporte nach Regionen

Ländergruppe	Nominaler Export (Spezialhandel)								
	1998			1999			1. Hj. 2000		
	Mrd. DM	Anteile in %	in % des BIP ¹⁾	Mrd. DM	Anteile in %	in % des BIP ¹⁾	Mrd. DM	Anteile in %	in % des BIP ¹⁾
Insgesamt	955	100,0	25,2	984	100,0	25,4	511	100,0	26,3
EU	540	56,5	14,3	560	56,9	14,4	285	55,8	14,7
EFTA ²⁾	52	5,5	1,4	53	5,4	1,4	27	5,4	1,4
NAFTA ³⁾	104	10,9	2,7	116	11,8	3,0	62	12,1	3,2
Ostasien ⁴⁾	67	7,0	1,8	71	7,2	1,8	38	7,4	1,9
MOE ⁵⁾	89	9,3	2,3	84	8,6	2,2	45	8,8	2,3
Übrige Länder	104	10,9	2,7	100	10,2	2,6	53	10,4	2,7

¹⁾ In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts. — ²⁾ Schweiz, Norwegen, Island, Liechtenstein. — ³⁾ USA, Kanada, Mexiko. — ⁴⁾ Japan, China, Hongkong, Taiwan, Singapur, Thailand, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Südkorea. — ⁵⁾ Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Bulgarien, Rumänien, Russland, Ukraine, Weißrussland.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute.

Abbildung 3.2

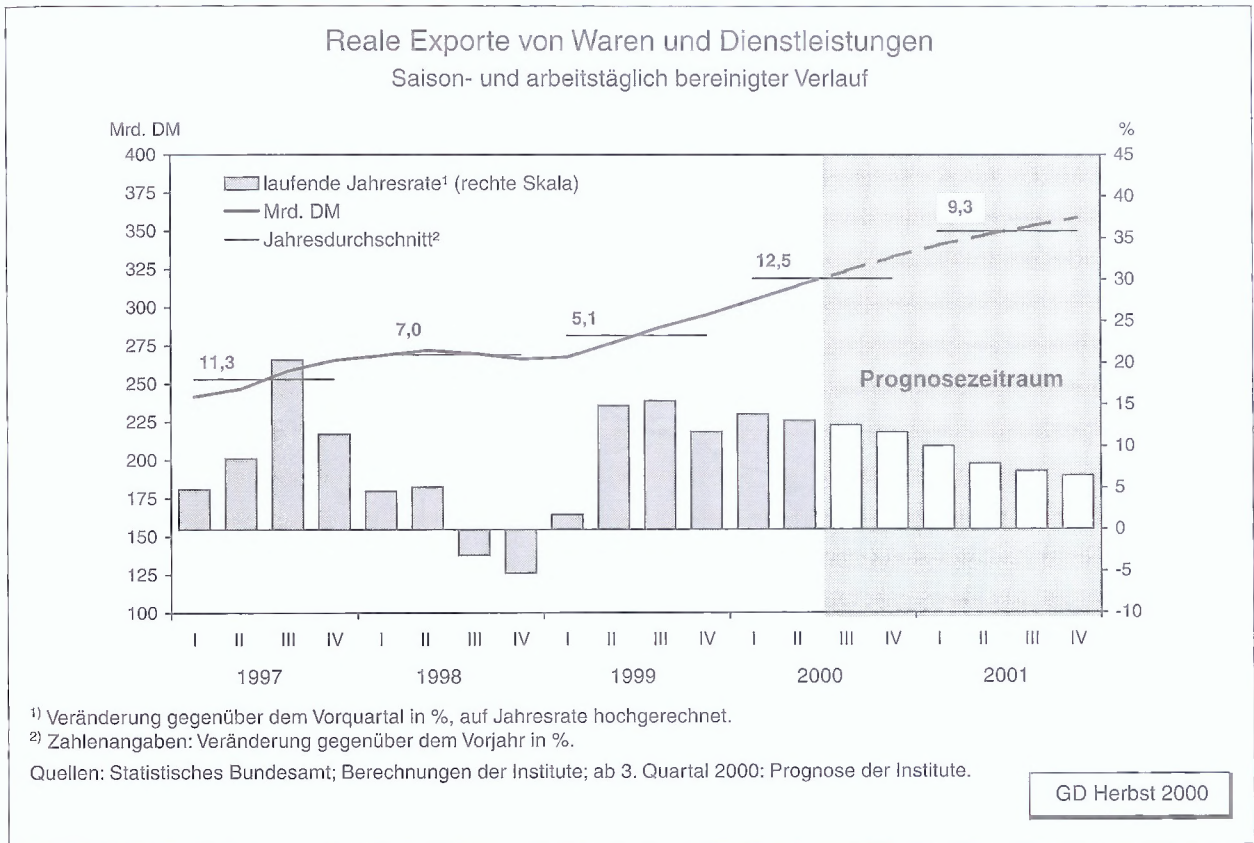


Die Importe wurden im Zuge der lebhaften Konjunktur in Deutschland kräftig ausgeweitet. Die Euroschwäche dürfte die Nachfrage nach ausländischen Waren und Dienstleistungen nur wenig gedämpft haben. Im Prognosezeitraum wird sich mit der Verlangsamung der konjunkturellen Expansion auch die Nachfrage nach Importen leicht abschwächen. Die Einfuhr von Waren und Dienstleistungen wird im Jahr 2000 ihr Vorjahresniveau um 9,7 % übertreffen, im kommenden Jahr um 8,5 %.

Die Importpreise werden im Prognosezeitraum nicht mehr so rasch anziehen wie im bisherigen Jahresver-

lauf. Zwar wirken die Ölpreiserhöhung und die Abwertung des Euro noch einige Zeit nach, doch wird der Preisauftrieb im kommenden Jahr unter den dieser Prognose zugrunde liegenden Annahmen über die Entwicklung des Wechselkurses und des Ölpreises gedämpft. Alles in allem verteuern sich die Einfuhren im nächsten Jahr um 3 % nach 7,6 % in diesem. Die Ausfuhrpreise werden zunächst weiter zügig steigen, nicht zuletzt weil die Exporteure den niedrigeren Außenwert des Euro teilweise für Preiserhöhungen nutzen dürften; im kommenden Jahr werden sich die Spielräume allerdings mehr und mehr verringern. Die Terms of Trade

Abbildung 3.3



verschlechtern sich in diesem Jahr erheblich (Tabelle 3.3); im Verlauf des nächsten Jahres verbessern sie sich wieder spürbar.

Tabelle 3.3

Indikatoren zur Außenwirtschaft¹⁾

	1997	1998	1999	2000	2001
	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr				
Exporte, real	11,3	7,0	5,1	12,5	9,3
Waren	11,4	7,7	5,3	12,9	9,5
Dienstleistungen	10,4	2,2	3,2	9,4	7,3
Importe, real	8,4	8,6	8,1	9,7	8,5
Waren	8,7	9,8	7,9	9,9	8,5
Dienstleistungen	7,3	3,8	8,8	8,9	8,4
Terms of Trade	-1,8	1,9	0,8	-4,2	-0,6
	in Mrd. DM				
<i>Nachrichtlich:</i>					
Außenbeitrag, real	70,2	60,3	32,2	66,8	82,5
Außenbeitrag, nominal	50,1	57,5	37,6	20,3	25,1
Leistungsbilanzsaldo ²⁾	-4,8	-8,0	-35,5	-41,0	-41,0

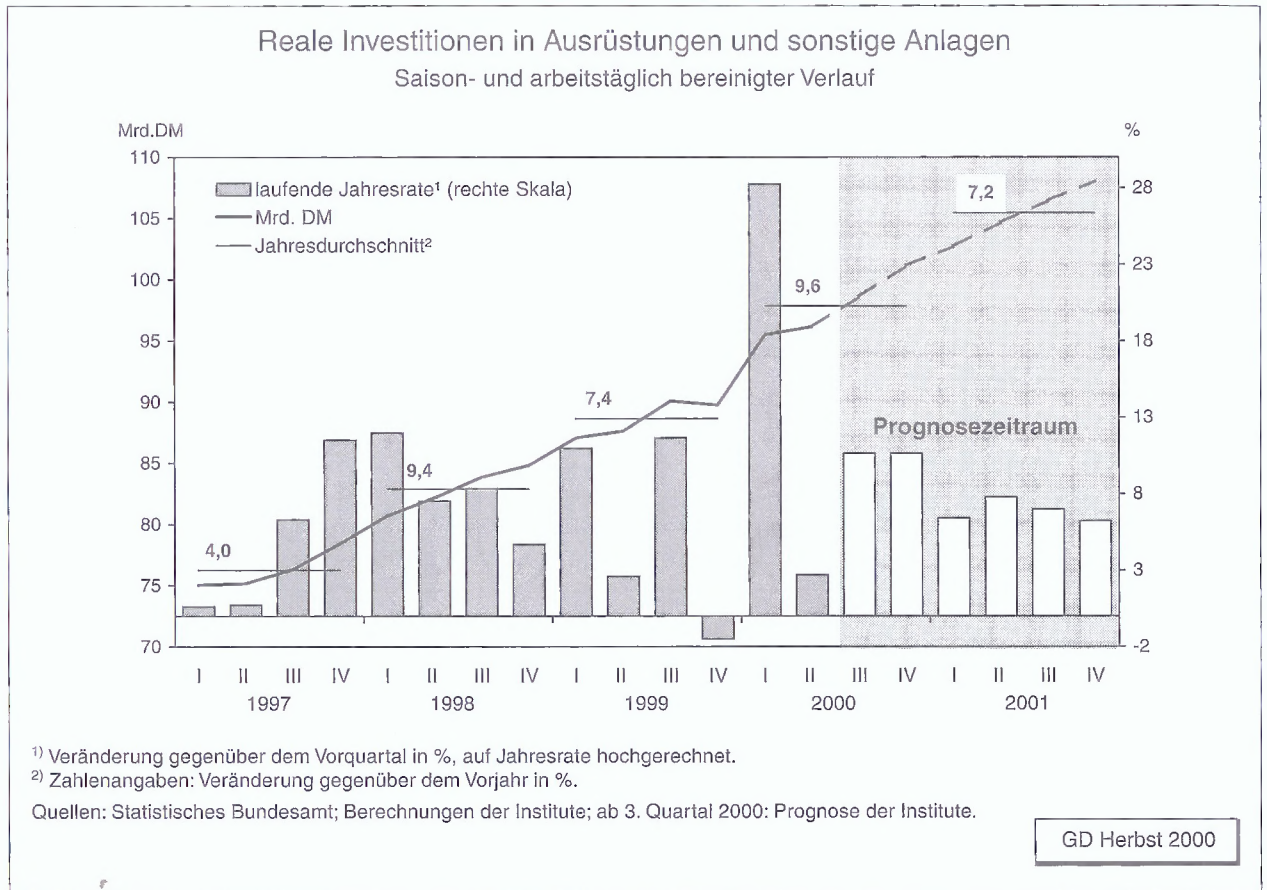
¹⁾ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95). — ²⁾ In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; 2000 und 2001: Prognose der Institute.

Ausrüstungsinvestitionen mit etwas weniger Schwung

Die Ausrüstungsinvestitionen nahmen im ersten Halbjahr 2000 mit einer laufenden Jahresrate von reichlich 14 % äußerst kräftig zu, angeregt vor allem von der stark expandierenden Auslandsnachfrage. Frühindikatoren wie die inländischen Auftragseingänge bei den Investitionsgüterproduzenten deuten darauf hin, dass die Investitionen auch im zweiten Halbjahr noch recht deutlich zulegen werden. Dabei kommt es insbesondere gegen Jahresende zu Vorzieheffekten, weil zu Beginn des nächsten Jahres ungünstigere Abschreibungsbedingungen in Kraft treten.

Im kommenden Jahr wird die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern etwas weniger schwungvoll zunehmen. Zwar geben überdurchschnittlich ausgelastete Kapazitäten in der Gesamtwirtschaft Anlass zu Erweiterungsinvestitionen; auch wirken sich die moderaten Lohnabschlüsse und die Reform der Unternehmensbesteuerung günstig auf die Renditeerwartungen aus. Die Absatzperspektiven werden sich aber im Zuge der konjunkturellen Verlangsamung im In- und Ausland etwas eintrüben. Die Investitionen in sonstige Anlagen werden weiterhin in hohem Tempo expandieren. Alles in allem nehmen die Ausrüstungsinvestitionen einschließlich sonstiger Anlagen in

Abbildung 3.4



diesem Jahr um 9,6% und im nächsten Jahr um 7,2% zu (Abbildung 3.4).

Bauinvestitionen stagnieren

Nach der Belebung der Bauinvestitionen im Jahr 1999 kam es in der ersten Jahreshälfte 2000 zu einem Rückschlag.¹² Besonders stark war der Rückgang bei den Wohnungsbauinvestitionen. Er ist wohl nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass der Kreis der anspruchsberechtigten Haushalte für die Eigenheimzulage zum Jahresanfang 2000 deutlich eingengt wurde. Im Prognosezeitraum wird sich der Wohnungsbau insgesamt bei günstigeren Einkommensperspektiven der privaten Haushalte und unveränderten Hypothekenzinsen weitgehend stabilisieren.

Im Wirtschaftsbau hat sich die Belebung vom vergangenen Jahr bislang nicht fortgesetzt. Hier dämpfen immer noch Leerstände die Bautätigkeit, die nun aber zunehmend verringert werden. Im Prognosezeitraum wird der gewerbliche Bau verhalten ausgeweitet werden; darauf deuten auch die zuletzt aufwärts gerichteten Baugenehmigungen hin (Abbildung 3.5). Hinzu kommt, dass die

Bundesregierung die Zuschüsse für den Ausbau und die Modernisierung des Streckennetzes der Deutschen Bahn AG aufgestockt hat.

Der öffentliche Bau wird im kommenden Jahr weiter eingeschränkt. Zwar werden vom Bund die aus der Schuldentilgung resultierenden Zinsersparnisse zum Teil für zusätzliche Infrastrukturmaßnahmen verwandt, doch engt sich der Finanzierungsspielraum der Gemeinden, auf die rund zwei Drittel der öffentlichen Investitionen entfallen, als Folge der Steuerreform ein.

Insgesamt werden sich die Bauinvestitionen im Prognosezeitraum stabilisieren. Im Jahresdurchschnitt 2000 nehmen sie um 2,5% ab, im nächsten Jahr stagnieren sie (Tabelle 3.4). Dabei beleben sich die Bauinvestitionen in Westdeutschland, während sie in Ostdeutschland — wenn auch in verringertem Tempo — weiter zurückgehen.

¹² Die im September 2000 veröffentlichten Ergebnisse der VGR weisen rückwirkend für die Bauinvestitionen in Westdeutschland eine deutlich günstigere Entwicklung aus. Vor allem die Wohnungsbauinvestitionen wurden nach oben korrigiert. Anstelle eines Rückgangs wird nun für den Zeitraum 1997 bis 1999 ein spürbarer Anstieg ausgewiesen. Diese Entwicklung entspricht weitgehend den damaligen Vorhersagen der Institute.

Abbildung 3.5

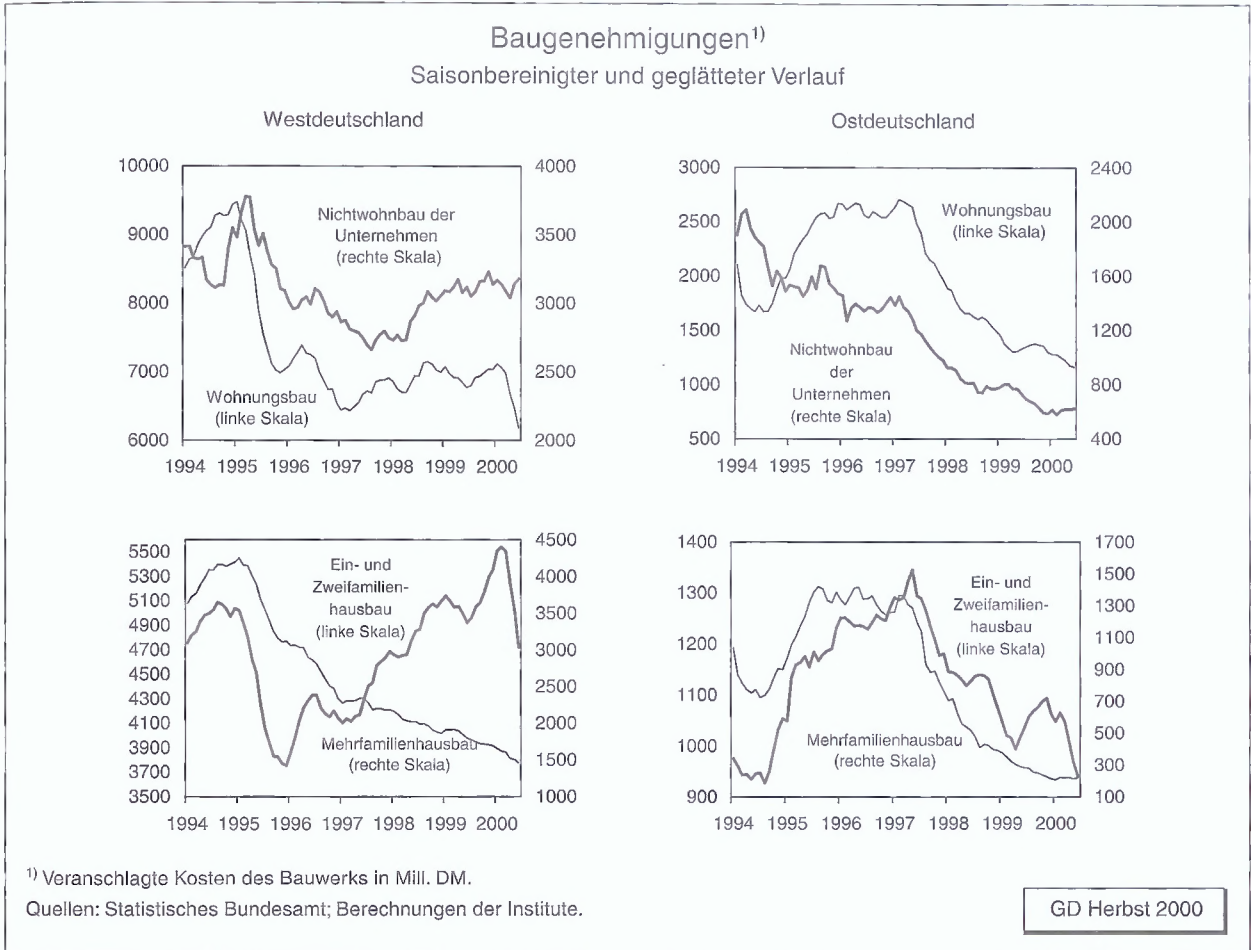


Tabelle 3.4

Reale Bauinvestitionen in Deutschland

	1999	1999	2000	2001
	Anteile in %	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr		
Wohnbauten	57,8	-0,2	-3,5	-0,5
Nichtwohnbauten	42,2	1,4	-1,1	0,3
gewerbliche Bauten	29,7	0	-1,2	1,0
öffentliche Bauten	12,5	4,7	-0,8	-1,4
Bauinvestitionen	100,0	0,5	-2,5	-0,1

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; 2000 und 2001: Prognose der Institute.

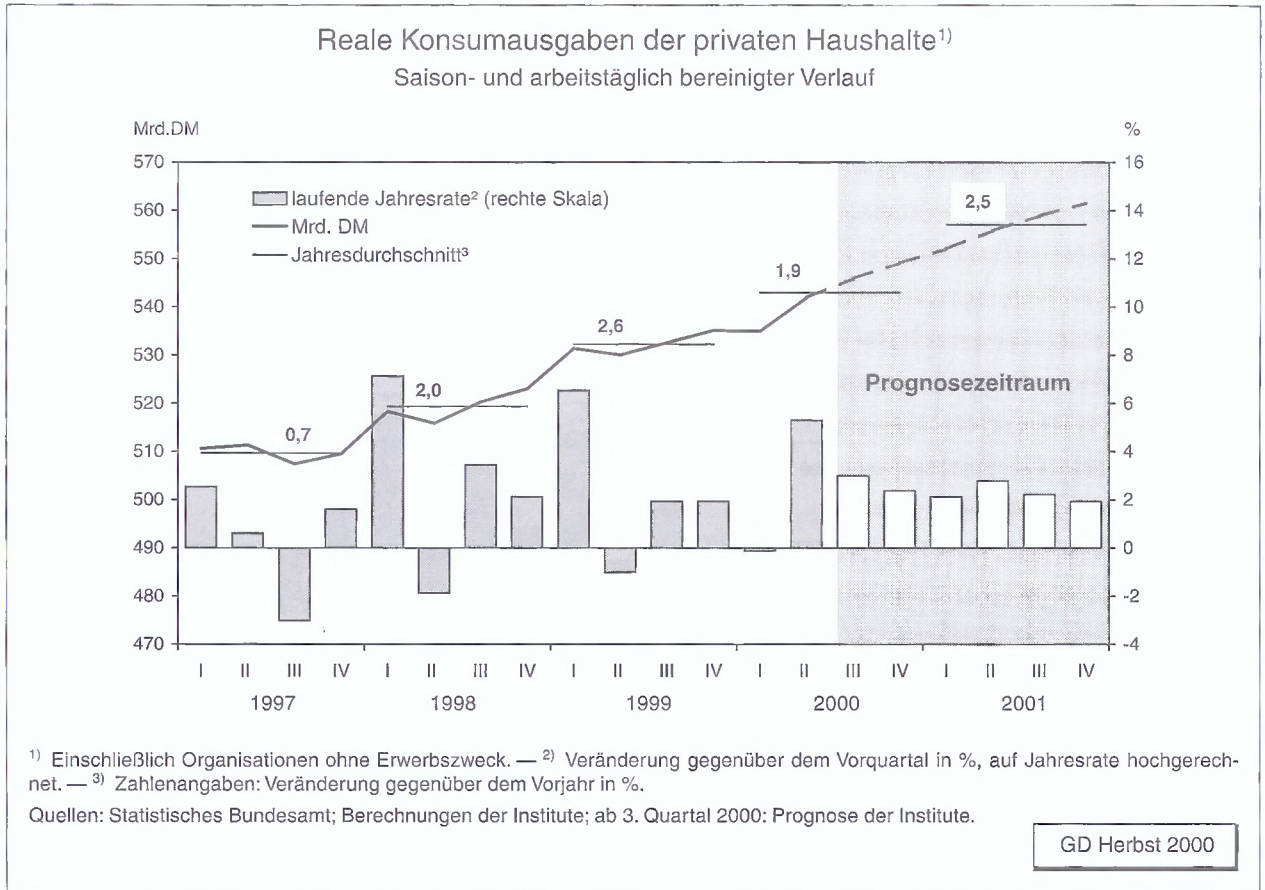
Impulse für den privaten Verbrauch aus der Steuerreform

Im ersten Halbjahr 2000 legte der private Konsum trotz stagnierender real verfügbarer Einkommen leicht beschleunigt zu. Hierin dürften sich die günstigeren Be-

schäftigungsaussichten widerspiegeln. Eine Rolle mag auch gespielt haben, dass die Verbraucher den Ölpreisanstieg nur als temporär angesehen haben. Als Folge des Ölpreisschocks wird das Expansionstempo des privaten Konsums nachlassen; das Konsumklima hat sich bereits verschlechtert. Allein die starke Verteuerung von Heizöl und Kraftstoffen entzieht den privaten Haushalten Kaufkraft in Höhe von einem Prozent des verfügbaren Einkommens. Die Sparquote dürfte — Verbraucherumfragen zufolge — nicht weiter zurückgehen. Insgesamt steigt der private Konsum in diesem Jahr um 1,9 % (Abbildung 3.6).

Im kommenden Jahr werden von der Verringerung der Abgabenbelastung, insbesondere von der Einkommensteuerreform, spürbare Impulse auf den privaten Konsum ausgehen. Die Bruttolöhne und -gehälter werden mit 3,3% im gleichen Tempo wie in diesem Jahr, die Nettolöhne und -gehälter wegen der Steuerentlastung mit 5,3% deutlich kräftiger zunehmen. Die monetären Sozialleistungen werden mit der günstigen Konjunktur unterproportional steigen. Die privaten Haushalte haben im Jahr 2001 voraussichtlich nominal 4,3% und real 2,7% mehr Einkommen zur Verfügung. Die Sparquote wird im

Abbildung 3.6



nächsten Jahr wieder etwas steigen, zumal ein Teil der steuerlichen Entlastungen nicht sofort voll verausgabt werden dürfte. Insgesamt werden die privaten Konsumausgaben 2001 real um 2,5 % zunehmen.

Verbraucherpreisanstieg flacht sich ab

Die Verbraucherpreise sind im Verlauf dieses Jahres beschleunigt gestiegen. Im dritten Quartal erhöhte sich der Preisindex für die Lebenshaltung mit einer laufenden Jahresrate von 3,0 %; der Vorjahreswert wurde um 2,1 % übertroffen. Maßgeblich hierfür waren die starke Erhöhung der Weltmarktpreise für Rohöl und Mineralölprodukte sowie der Wertverlust des Euro. Der Preisindex ohne Energieträger stieg nur mit einer laufenden Jahresrate von 1,1 %. In den letzten Monaten des Jahres wird sich der Preisauftrieb deutlich verringern. Die Gaspreise, die mit Verzögerung den Heizölpreisen folgen, und die Umlagen für Fernwärme werden vorerst noch weiter steigen. Im Jahresdurchschnitt 2000 werden die Verbraucherpreise um 1,9 % anziehen.

Der Preisauftrieb wird im nächsten Jahr abflachen. Zwar wird die diesjährige Ölpreissteigerung noch zu ei-

nem Teil über höhere Preise für heimische Produkte und Dienstleistungen auf die Endverbraucher überwält. Entlastend wirkt aber der erwartete Rückgang des Rohölpreises. Alles in allem verteuert sich die Lebenshaltung im Jahresdurchschnitt 2001 um 1,7 %; die dritte Stufe der Ökosteuer trägt hierzu 0,2 Prozentpunkte bei. Ohne Ausgaben für Heizöl und Kraftstoffe gerechnet, werden die Lebenshaltungskosten 2001 um 1,5 % steigen, nach 0,9 % in diesem Jahr.

Produktionszuwachs etwas schwächer

Die gesamtwirtschaftliche Produktion setzte im bisherigen Jahresverlauf ihre Aufwärtsbewegung beschleunigt fort. In der ersten Jahreshälfte stieg das reale Bruttoinlandsprodukt mit einer Jahresrate von 3,5 %. Vor allem im verarbeitenden Gewerbe nahm die Erzeugung kräftig zu; besonders hoch war dabei die Dynamik im Investitionsgüterbereich. Die gute Industriekonjunktur regte auch die Wertschöpfung bei den Unternehmensdienstleistern kräftig an. Die Bauproduktion sank dagegen deutlich.

Im Prognosezeitraum erhöht sich die Produktion etwas weniger rasch. Bis zum Jahresende erhält die Konjunktur

Tabelle 3.5

**Beiträge der Nachfragekomponenten zum
Anstieg des Bruttoinlandsprodukts
in Prozentpunkten**

	1999	2000	2001
Konsumausgaben	1,5	1,3	1,5
Private Haushalte	1,5	1,1	1,4
Staat	0,0	0,2	0,1
Anlageinvestitionen	0,7	0,6	0,7
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	0,6	0,9	0,7
Bauten	0,1	-0,3	0,0
Vorratsveränderung	0,2	0,2	0,0
Inlandsnachfrage	2,3	2,1	2,3
Außenbeitrag	-0,8	0,9	0,4
Exporte	1,5	3,8	3,1
Importe	-2,2	-2,9	-2,7
Bruttoinlandsprodukt ¹⁾	1,6	3,0	2,7

¹⁾ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.
Quellen: Statistisches Bundesamt; 2000 und 2001: Prognose der Institute.

Kaufkraft (Tabelle 3.5). Im kommenden Jahr lassen die Impulse aus dem Ausland deutlich nach. Dagegen wird die Inlandsnachfrage temporär durch fiskalische Entlastungen stimuliert. Die konjunkturelle Dynamik schwächt sich dabei in der Grundtendenz ab.

Die Industrieproduktion nimmt 2001 um reichlich 4 % zu, nach knapp 6 % im Jahr 2000. Dagegen ist die Produktion im Baugewerbe immer noch leicht rückläufig. Im tertiären Sektor expandieren die Wertschöpfung der konsumnahen Dienstleister und die des Handels verstärkt, während sich der Anstieg bei den Unternehmensdienstleistern etwas abschwächt. Alles in allem wird sich das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland in diesem Jahr um 3 % und im nächsten Jahr um 2,7 % erhöhen (Abbildung 3.7 und Tabelle 3.6).

In Ostdeutschland ist die gesamtwirtschaftliche Produktion in der ersten Jahreshälfte deutlich schwächer gestiegen als im Westen. Maßgeblich hierfür waren der erneut starke Rückgang der Bautätigkeit sowie die etwas geringere Zunahme der Wertschöpfung im tertiären Sektor. Die Produktion im verarbeitenden Gewerbe expandierte dagegen abermals kräftig.

Im Prognosezeitraum wird das Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland etwa mit der gleichen Zuwachsrate ex-

zwar weiter Anregungen durch die Auslandsnachfrage sowie durch die Vorzieheffekte bei den Investitionen; dämpfend wirkt allerdings der ölpreisbedingte Entzug der

Abbildung 3.7

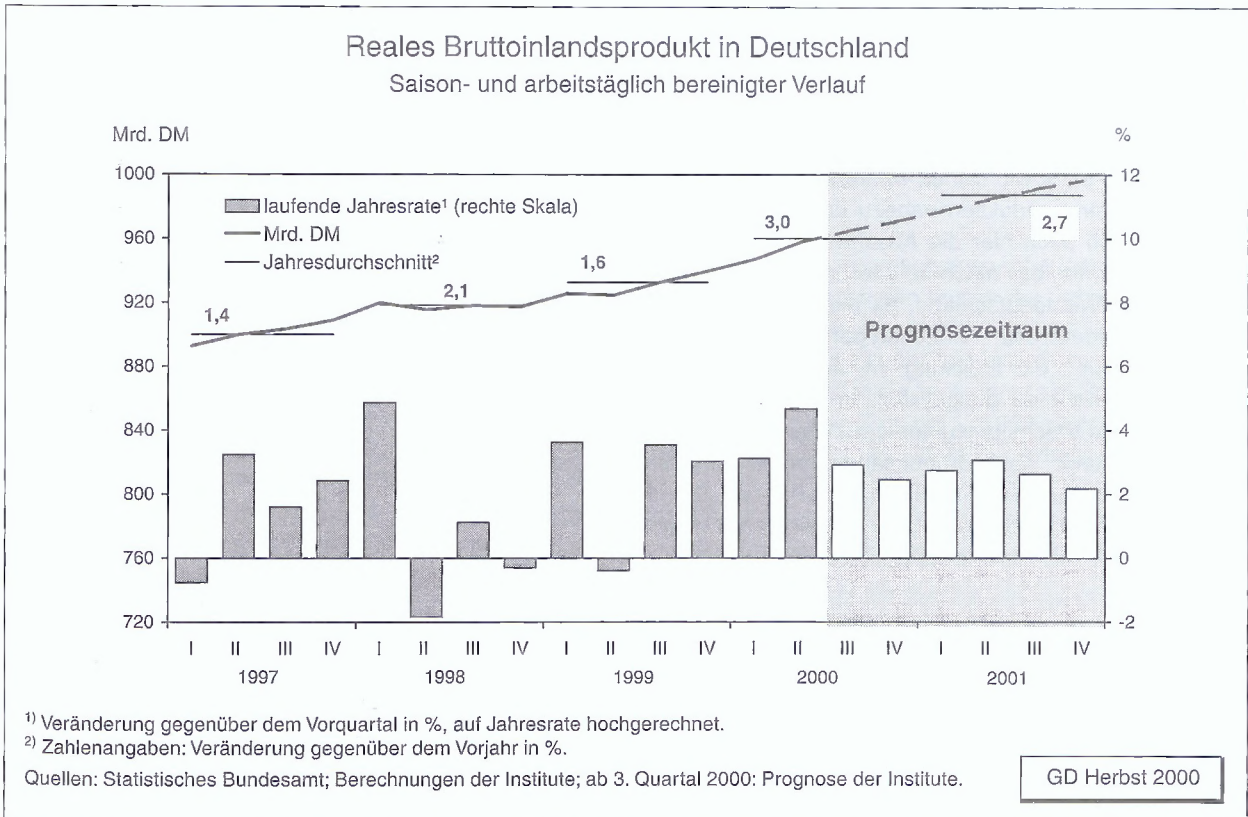


Tabelle 3.6

Eckdaten der Prognose für Deutschland

	1997	1998	1999	2000	2001
Bruttoinlandsprodukt ¹⁾ (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,4	2,1	1,6	3,0	2,7
Westdeutschland ²⁾	1,4	2,3	1,6 ^{a)}	3,1	2,7
Ostdeutschland	1,0	0,7	1,5 ^{a)}	2,0	2,6
Erwerbstätige ³⁾ (1 000 Personen)	37 194	37 540	37 942	38 540	38 920
Arbeitslose (1 000 Personen)	4 384	4 279	4 099	3 890	3 600
Arbeitslosenquote ⁴⁾	10,6	10,2	9,8	9,2	8,5
Verbraucherpreise ⁵⁾ (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,9	1,0	0,6	1,9	1,7
Lohnstückkosten ⁶⁾ (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	-0,8	0,0	0,6	0,0	0,5
Finanzierungssaldo des Staates ⁷⁾ in Mrd. DM	-99,3	-77,8	-55,0	60,4 ^{b)}	-59,5
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	-2,7	-2,1	-1,4	1,5 ^{b)}	-1,4
<i>Nachrichtlich:</i>					
Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung des ESVG 95 (in Mrd. DM)	-101,3	-83,0	-65,8	54,0 ^{b)}	-68,0
in finanzstatistischer Abgrenzung (in Mrd. DM)	-94,5	-54,5	-54,9	66,0 ^{b)}	-66,0
darunter:					
Bund (in Mrd. DM)	-63,4	-56,6	-51,3	76,0 ^{b)}	-47,0
Leistungsbilanzsaldo (in Mrd. DM)	-4,9	-8,0	-35,5	-41,0	-41,0
¹⁾ In Preisen von 1995. — ²⁾ Einschließlich Berlin. — ³⁾ Im Inland: Schätzung der Institute auf Basis der Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder sowie des Mikrozensus. — ⁴⁾ Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). — ⁵⁾ Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. — ⁶⁾ Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen. — ⁷⁾ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95). — ^{a)} Schätzung der Institute auf der Basis der VGR der Länder. — ^{b)} Einschließlich der als Nettoabgang an immateriellen Wirtschaftsgütern gebuchten Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen. Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesanstalt für Arbeit; Arbeitskreis VGR der Länder, Bundesministerium der Finanzen; Deutsche Bundesbank; 2000 und 2001: Prognose der Institute.					

pandieren wie in Westdeutschland. Die Bautätigkeit sinkt in den neuen Ländern im Jahr 2001 nochmals, aber nicht mehr so stark wie bisher, während die hohe Dynamik der Industrieproduktion nahezu unverändert bleibt. Zwar wird sich auch hier die Abschwächung der Weltkonjunktur bemerkbar machen, allerdings nicht in dem Maße wie in Westdeutschland, da die Auslandsabhängigkeit der ostdeutschen Wirtschaft geringer ist. Entsprechend war auch die Erholung im Jahr 2000 in Ostdeutschland nicht so ausgeprägt. Im tertiären Sektor heben sich die Wachstumsunterschiede annähernd auf. Insgesamt steigt das Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland im Jahr 2000 um etwa 2,0 % (Westdeutschland: 3,1 %) und 2001 um 2,6 % (Westdeutschland: 2,7 %).

Anhaltender Beschäftigungsaufbau

Den revidierten Erwerbstätigenzahlen zufolge stieg die Beschäftigung im vergangenen Jahr deutlich stärker als bisher ausgewiesen (Kasten 3.2). Die Zahl der Erwerbstätigen im Inland lag demnach um reichlich 400 000 Per-

sonen über dem Vorjahresniveau, zuvor war lediglich eine Zunahme von knapp 110 000 ausgewiesen worden. Im Verlauf des ersten Halbjahres 2000 erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen weiter um 313 000; ihr Vorjahresstand wurde im Juni sogar um 673 000 übertroffen.

Im verarbeitenden Gewerbe kam der Beschäftigungsabbau in Westdeutschland zum Stillstand, in Ostdeutschland wurde der Personalbestand kräftig aufgestockt. Im Baugewerbe gingen insbesondere im Osten weitere Arbeitsplätze verloren. Erheblich war der Beschäftigungsaufbau vor allem in den Dienstleistungsbereichen. Die Beschäftigungsdynamik wird hier allerdings deutlich überzeichnet, denn die Zunahme beschränkte sich im Wesentlichen auf ausschließlich geringfügig Beschäftigte. Infolge der gesetzlichen Neuregelung solcher Beschäftigungsverhältnisse wurden Zweitjobs auf 630-DM-Basis finanziell unattraktiver, so dass Erwerbstätige mit solchen — in der Statistik nicht gesondert erfassten — Zweitjobs durch ausschließlich geringfügig Beschäftigte ersetzt wurden.

Im Jahresdurchschnitt 2000 wird die Zahl der Erwerbstätigen um 600 000 Personen zunehmen (Abbil-

dung 3.8, Tabelle 3.7). Dabei geht sie in Ostdeutschland nochmals zurück. Das ist jedoch allein auf die Verringerung der durch Beschäftigung schaffende Maßnahmen geförderten Arbeitsplätze um 90 000 zurückzuführen (Abbildung 3.9). Auf dem ersten Arbeitsmarkt dürfte erstmals seit 1995 die Beschäftigung wieder leicht zunehmen. Im Jahr 2001 verlangsamt sich der Beschäftigungsanstieg. Im tertiären Sektor und insbesondere im verarbeitenden Gewerbe wird die Beschäftigung abermals ausgeweitet; im Baugewerbe ist dagegen mit einer weiteren — wenn auch verlangsamt — Abnahme zu rechnen.

Verglichen mit der Erhöhung der Beschäftigung ist die Zahl der registrierten Arbeitslosen im Verlauf des ersten Halbjahrs nur wenig zurückgegangen. Dies erklärt sich

dadurch, dass von der Beschäftigungsaufstockung im tertiären Sektor in erster Linie ausschließlich geringfügig Beschäftigte profitierten, die zuvor nicht als Arbeitslose gemeldet waren.

Im Zuge der immer noch kräftigen Konjunktur wird die Arbeitslosigkeit weiter sinken (Abbildung 3.10). Damit wird die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen Ende 2000 bei 3,81 Mill. liegen, und bis Ende 2001 wird sie auf 3,49 Mill. zurückgehen. Für Ostdeutschland ist in diesem Jahr noch ein geringer Anstieg auf 1,26 Mill., im Verlauf des kommenden Jahres dagegen ein Rückgang auf 1,20 Mill. zu erwarten. Damit wird die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland im Jahr 2001 mit 16,7% um rund zehn Prozentpunkte höher als in den alten Bundesländern sein.

Kasten 3.2

Zur Revision der Erwerbstätigenstatistik

Diagnose und Prognose der Entwicklung am Arbeitsmarkt werden zur Zeit durch erhebliche Korrekturen der amtlichen Erwerbstätigenzahlen erschwert. Die Revisionen resultieren hauptsächlich aus der im April 1999 eingeführten Sozialversicherungspflicht für ausschließlich geringfügig Beschäftigte. Die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten weist nunmehr Zahlen aus, die deutlich höher sind als die zuvor auf Basis des Mikrozensus ermittelten Ergebnisse. Das Statistische Bundesamt korrigierte daraufhin rückwirkend die Zahl der Erwerbstätigen in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Die Erwerbstätigkeit war danach im Jahr 1991 um 695 000 und im ersten Vierteljahr 2000 sogar um 2,23 Mill. höher als nach alter Statistik. Die Revisionen führen dazu, dass auch die Zahlen für das Arbeitsvolumen über den früher ermittelten Werten liegen. Nach der bisherigen Erfassung wurde das Arbeitsvolumen für die vergangenen Jahre zunehmend unterschätzt, die Steigerung der Arbeitsproduktivität wurde — bei kaum revidierten Zahlen zum Bruttoinlandsprodukt — dagegen überschätzt. Die Differenz beim Arbeitsvolumen ist jedoch geringer als die bei den Erwerbstätigen, da es sich bei dem zusätzlich erfassten Personenkreis ausschließlich um geringfügig Beschäftigte handelt.

Die Korrekturen verändern auch die Verlaufsmuster am Arbeitsmarkt. Während nach den vorherigen Zahlen der Beschäftigungsaufbau erst in der zweiten Hälfte 1998 begann, startete er nach den revidierten Daten bereits im Frühjahr 1997. Nach früherem Datenstand nahm die Zahl der Erwerbstätigen seit dem konjunkturellen Tiefpunkt der Beschäftigung bis zum ersten Vierteljahr 2000 um 390 000 zu, nach dem neuen Datenstand um 1,21 Mill.; in der ersten Jahreshälfte 2000 war die Zahl der Erwerbstätigen um 630 000 höher als im Vorjahr (alte Statistik: rund 100 000). Die Zahl der Arbeitslosen hingegen, die nicht revidiert wurde, war lediglich um 175 000 niedriger. Gegenwärtig lässt sich die im Verhältnis zur Zunahme der Erwerbstätigkeit geringe Abnahme der Arbeitslosigkeit nur erklären, wenn vom bisherigen Bild eines sinkenden Erwerbspersonenpotentials abgerückt wird. Dadurch, dass eine immer größere Anzahl von Personen, die bislang nicht als Arbeitssuchende gezählt wurden — wie Schüler, Studenten, Hausfrauen und Rentner —, ein abhängiges Beschäftigungsverhältnis eingehen, verändern sich Umfang und Zusammensetzung des Arbeitskräftepotentials.

Zum Teil erklärt sich die Diskrepanz zwischen der Veränderung der Erwerbstätigkeit und der Arbeitslosigkeit aber auch dadurch, dass Arbeitslose, die „Minijobs“ annehmen, nach den Bestimmungen des deutschen Arbeitsrechts als arbeitslos registriert bleiben können, wenn die geleistete Arbeitszeit 15 Wochenstunden nicht übersteigt. Solche Personen werden nach der jetzigen Statistik also sowohl als arbeitslos als auch als erwerbstätig gezählt.

Abbildung 3.8

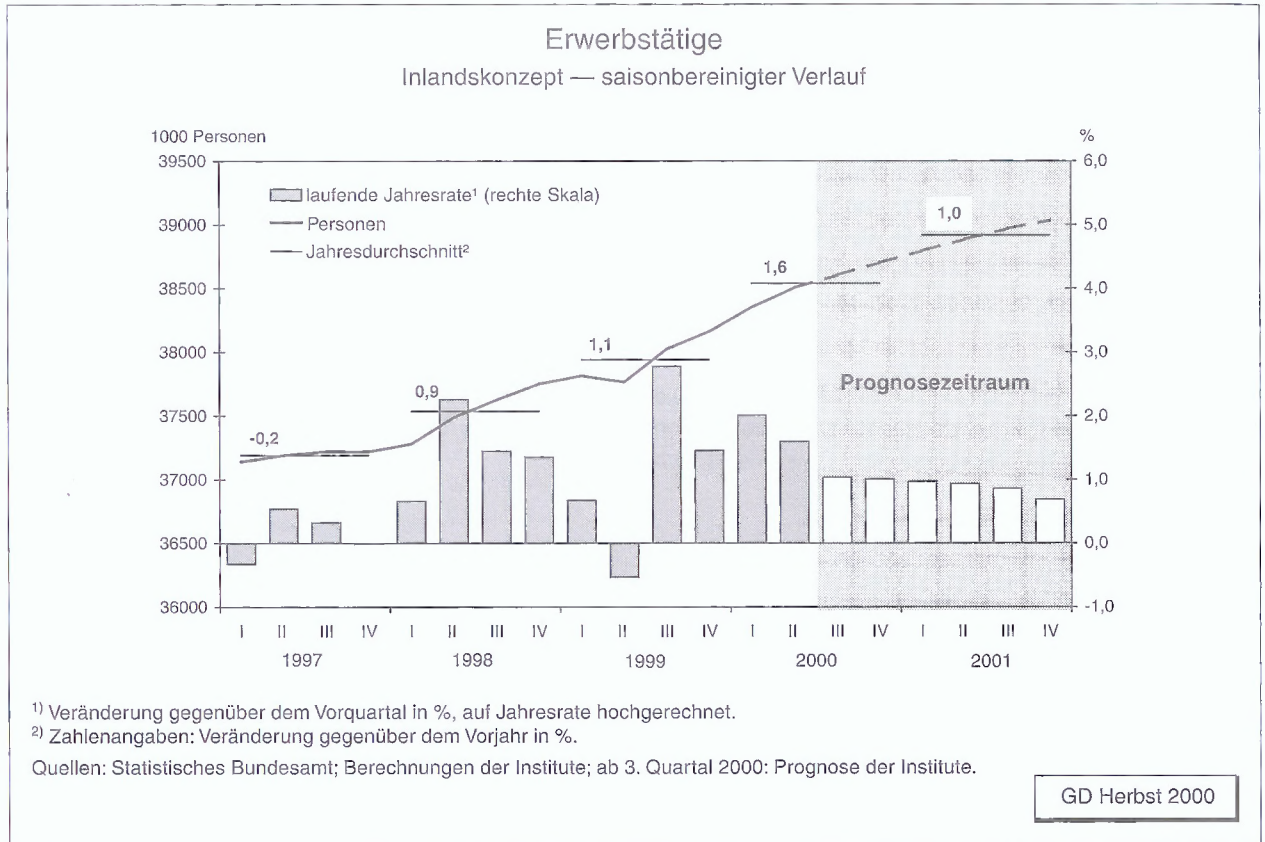


Abbildung 3.9

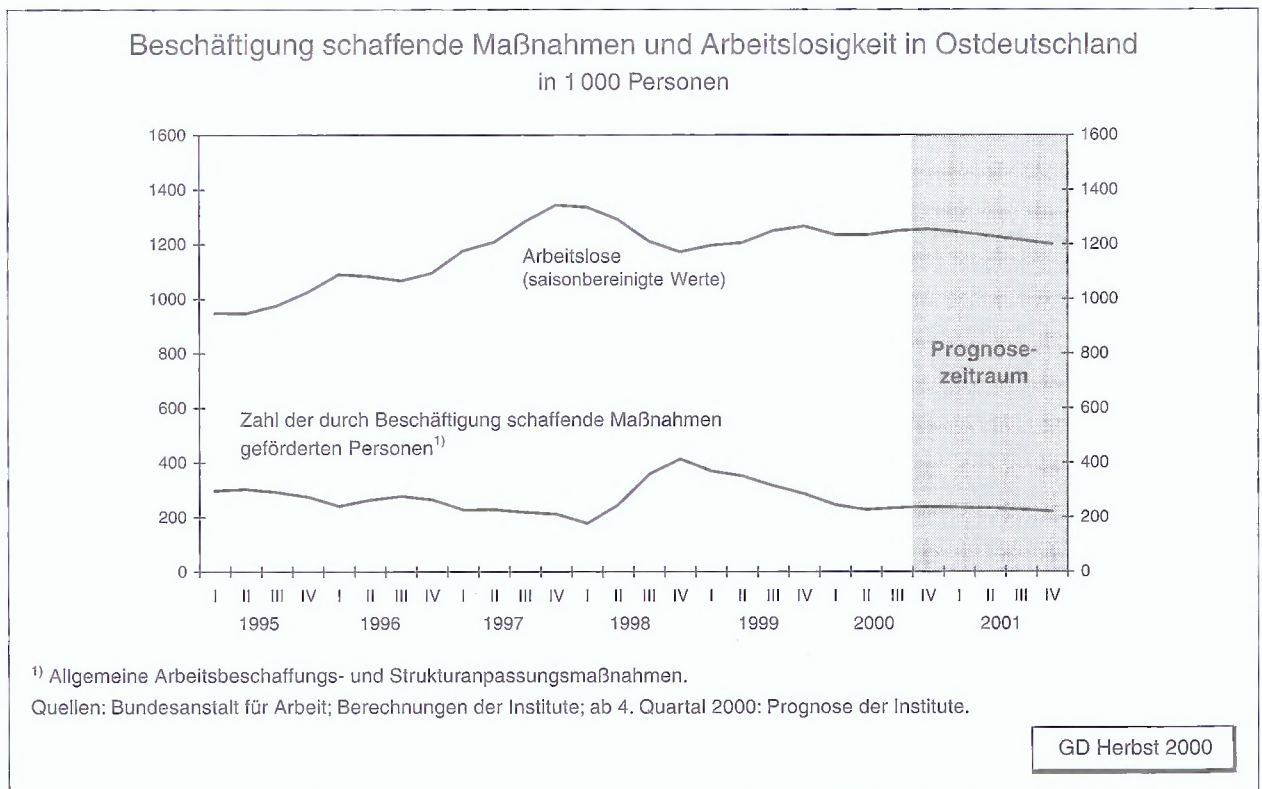


Tabelle 3.7

Arbeitsmarktbilanz
Jahresdurchschnitte in 1 000 Personen

	1997	1998	1999	2000	2001
Deutschland					
Erwerbstätige Inländer	37 131	37 479	37 879	38 480	38 860
Arbeitnehmer	33 217	33 500	33 939	34 520	34 860
Selbständige	3 914	3 979	3 940	3 960	4 000
Pendlersaldo	63	61	63	60	60
Erwerbstätige Inland	37 194	37 540	37 942	38 540	38 920
Arbeitslose	4 384	4 279	4 099	3 890	3 600
Arbeitslosenquote ¹⁾	10,6	10,2	9,8	9,2	8,5
Erwerbslose ²⁾	3 888	3 687	3 428	3 250	2 950
Erwerbslosenquote ³⁾	9,5	9,0	8,3	7,8	7,1
Aktive Arbeitsmarktpolitik					
Kurzarbeit	183	115	119	85	80
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	301	384	430	320	310
Berufliche Vollzeitweiterbildung	400	324	333	325	340
Westdeutschland⁴⁾					
Erwerbstätige Inländer ⁵⁾	30 987	31 339	31 740	32 410	32 760
Arbeitslose	3 135	3 023	2 872	2 640	2 380
Arbeitslosenquote ¹⁾	9,2	8,8	8,3	7,5	6,8
Aktive Arbeitsmarktpolitik					
Kurzarbeit	136	83	93	60	55
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	80	86	100	80	80
Berufliche Vollzeitweiterbildung	234	191	204	195	200
Ostdeutschland					
Erwerbstätige Inländer ⁵⁾	6 144	6 140	6 139	6 070	6 100
Arbeitslose	1 249	1 256	1 227	1 250	1 220
Arbeitslosenquote ¹⁾	16,9	17,0	16,7	17,1	16,7
Aktive Arbeitsmarktpolitik					
Kurzarbeit	47	32	26	25	25
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	221	298	331	240	230
Berufliche Vollzeitweiterbildung	166	133	129	130	140
¹⁾ Arbeitslose in % der inländischen Erwerbsspersonen (Erwerbstätige plus Arbeitslose). — ²⁾ Definition der ILO. — ³⁾ Erwerbslose in % der inländischen Erwerbsspersonen (Erwerbstätige plus Erwerbslose). — ⁴⁾ Einschließlich Berlin. — ⁵⁾ Schätzung der Institute auf Basis der Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder sowie des Mikrozensus. Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesanstalt für Arbeit; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder; 2000 und 2001: Prognose der Institute.					

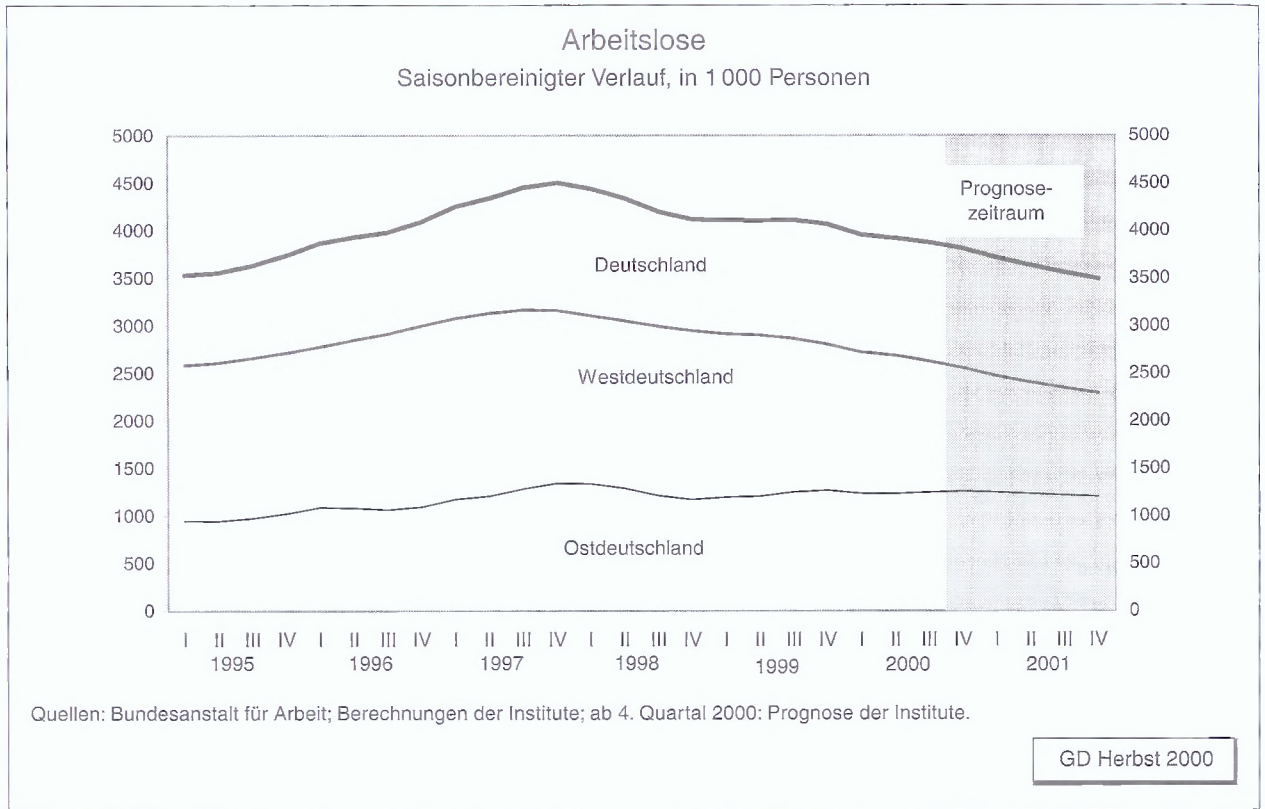
Kräftige Impulse durch die Steuerreform

Die Finanzpolitik wirkt im Jahr 2000 noch leicht dämpfend auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Infolge zahlreicher Einsparmaßnahmen bei Bund, Ländern und Gemeinden nehmen die konjunkturbereinigten Ausgaben des Staates schwächer zu als das nominale Bruttoinlandsprodukt; eine wichtige Rolle spielt dabei das Sparkpaket. Gleichzeitig ändert sich die Abgabenbelastung nicht. Im Jahr 2001 wird der Sparkurs etwas gelockert. So werden verschiedene Sozialleistungen aufgestockt. Auch werden die Aufwendungen für Ausbildung und Forschung sowie für die Verkehrsinfrastruktur merklich steigen. Vor allem aber werden die privaten Haushalte und

Unternehmen durch die Verringerung der Einkommensteuersätze und die Reform der Unternehmensbesteuerung deutlich entlastet. Alles in allem dürfte das strukturelle Budgetdefizit des Staates in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2001 um reichlich einen Prozentpunkt¹³ steigen; die Finanzpolitik wird die Konjunktur also merklich anregen.

¹³ Es handelt sich um diejenige Änderung des Budgetdefizits, die nicht konjunkturell bedingt oder darauf zurückzuführen ist, dass infolge der Versteigerung der Mobilfunklizenzen im Jahr 2000 Einnahmen erzielt wurden und im Jahr 2001 Ausgaben dadurch gemindert werden, dass Schulden des Bundes getilgt werden und damit die Zinsbelastung sinkt.

Abbildung 3.10



Die Personalausgaben des Staates nehmen in diesem und im nächsten Jahr nur wenig zu; Bund, Länder und Gemeinden werden ihren Personalbestand weiterhin reduzieren, und die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst steigen nur schwach. Auch dürften die Konsumausgaben des Staates im laufenden und im kommenden Jahr weiterhin moderat zunehmen. Die Sozialleistungen werden verlangsamt expandieren. Zwar werden das Wohngeld, die BAföG-Leistungen und das Erziehungsgeld angehoben und einmalige Heizkostenzuschüsse an einkommensschwache Haushalte gezahlt, doch werden die arbeitsmarktbedingten Ausgaben infolge der steigenden Beschäftigung weiter sinken. Die Zinsausgaben für die öffentlichen Schulden werden wegen der beträchtlichen Schuldentilgung durch den Bund sowohl 2000 als auch 2001 deutlich abnehmen. Die öffentlichen Investitionen, die – nach einer sprunghaften Zunahme zu Beginn des vergangenen Jahrzehnts – von 1992 bis 1998 um rund ein Viertel zurückgingen, sind im Jahr 1999 erstmals wieder gestiegen und werden in diesem wie im kommenden Jahr weiter, wenn auch nur leicht, ausgeweitet.¹⁴ Zum einen wird die Finanzlage der Gebietskörperschaften trotz der Steuersenkung günstig bleiben. Zum anderen wird der Bund seine Investitionen deutlich aufstocken; ein Teil der Zinsersparnisse infolge des Rückgangs der Verschuldung wird dafür verwendet. Die gesamten Ausgaben des Staates – ohne die im Europäischen System Volks-

wirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) als negative Ausgaben gebuchten UMTS-Erlöse – werden 2000 um 1,7 % und 2001 um 1,4 % steigen. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt gehen sie im kommenden Jahr auf 47,0 % zurück; die Staatsquote wird damit beträchtlich unter dem Mitte der neunziger Jahre erreichten Höchststand liegen.

Die kräftige konjunkturelle Aufwärtsentwicklung lässt das Steueraufkommen im Jahr 2000 stark steigen. Darüber hinaus wird es aber auch durch steuerpolitische Maßnahmen beeinflusst (Tabelle 3.8): So stehen den Mindereinnahmen aus der zweiten Stufe des Steuerentlastungsgesetzes Mehreinnahmen infolge der Verbreiterung der Basis vor allem der Einkommen- und der Körperschaftsteuer gegenüber; zudem wurden die Mineralölsteuer und die Stromsteuer erhöht. Insgesamt sind für das Jahr 2000 Steuereinnahmen in Höhe von 923 Mrd. DM (in finanzstatistischer Abgrenzung) zu erwarten; dies sind rund 11 Mrd. DM mehr, als vom Arbeitskreis Steuerschätzungen im Mai 2000 prognostiziert wor-

¹⁴ Im vergangenen und in diesem Jahr wird das Volumen der Investitionen durch den Verkauf eines Teils der Rohölreserve gedrückt; dies schlägt sich in der VGR als negative Investition des Staates nieder.

den war. Im kommenden Jahr werden Unternehmen und Haushalte durch die „Steuerreform 2000“ deutlich entlastet; für sich genommen bewirken die Unternehmenssteuerreform und die Verringerung der Einkommensteuersätze Mindereinnahmen von rund 45 Mrd. DM (1,1% des Bruttoinlandsprodukts). Infolge der Reform wird das Steueraufkommen etwas niedriger ausfallen als im laufenden Jahr, obgleich die Ökosteuer abermals erhöht wird. Insgesamt dürfte die Steuerquote im kommenden Jahr um reichlich einen Prozentpunkt geringer sein als im Jahr 2000.

Trotz der deutlich höheren gesamtwirtschaftlichen Lohnsumme wird das Beitragsaufkommen der Sozialversicherung sowohl in diesem als auch im kommenden Jahr nur wenig steigen, da der Beitragssatz zur Rentenversicherung zu Jahresbeginn reduziert wurde und im kommenden Jahr weiter leicht zurückgenommen wird. Zudem wurden in diesem Jahr die Renten- und Pflegeversicherungsbeiträge für Arbeitslosenhilfeempfänger

gekürzt, im nächsten Jahr werden die Krankenversicherungsbeiträge für Arbeitslosenhilfeempfänger reduziert. Der Anstieg der gesamten Staatseinnahmen wird sich im kommenden Jahr auf 0,3% abflachen (2000: 2,6%).

Dem konjunkturbedingten Rückgang des Budgetdefizits wirken im laufenden Jahr Sonderfaktoren entgegen, z. B. die reduzierte Gewinnablieferung der Bundesbank und die Zahlungen des Bundes an den Entschädigungsfonds für Zwangsarbeiter in der NS-Zeit. Dem Bund sind aber Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen in Höhe von 99,4 Mrd. DM zugeflossen (Kasten 3.3). Dadurch kommt es in der Abgrenzung des ESVG vorübergehend zu einem Budgetüberschuss des Staates in Höhe von 60 Mrd. DM. Die Überschussquote beträgt damit 1,5%; ohne die Versteigerungserlöse errechnet sich eine Defizitquote von 1,0%. Für das kommende Jahr ist wieder mit Haushaltsfehlbeträgen zu rechnen; das Budgetdefizit wird sich auf 60 Mrd. DM bzw. 1,4% des Bruttoinlandsprodukts belaufen. Der Schuldenstand des öffent-

Tabelle 3.8

Veränderungen von Steuern und Sozialabgaben
Haushaltsentlastungen(+) und -belastungen(-) gegenüber 1999 in Mrd. DM

	2000	2001	2002	2003
Steuern und Sozialabgaben insgesamt	-1,0	-46,4	-36,0	-45,1
Steuern	3,0	-39,3	-25,7	-31,5
Steueränderungsgesetz 1998 und Steuerentlastungsgesetz 1999 vom 19.12.1998, Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 vom 24.3.1999 ¹⁾	-2,6	-1,1	-19,2	-21,3
Gesetz zur Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse vom 24.3.1999	-0,7	-0,7	-0,7	-0,7
Gesetz zum Einstieg in die ökologische Steuerreform vom 24.3.1999	3,9	3,9	3,9	3,9
Gesetz zur Fortführung der ökologischen Steuerreform vom 16.12.1999	5,1	10,4	15,7	21,1
Gesetz zur Verbesserung der Familienförderung vom 22.12.1999 ¹⁾	-0,7	-1,6	-1,6	-1,7
Gesetz zur Bereinigung von steuerrechtlichen Vorschriften vom 22.12.1999	-2,1	-3,7	-3,5	-2,4
Gesetz zur Änderung des Wohngeldgesetzes vom 22.12.1999	0,1	0,4	0,5	0,7
Gesetz zur Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes und des Tabaksteuergesetzes vom 1.12.1999	-	0,5	0,3	-
Reform der Unternehmensbesteuerung gemäß Steuersenkungsgesetz und Entschließung des Bundesrats vom 14.7.2000	-	-17,0	-20,5	-15,4
Reform des Einkommensteuertarifs gemäß Steuersenkungsgesetz und Entschließung des Bundesrats vom 14.7.2000	-	-28,4	1,3	-13,8
Umwandlung der Kilometerpauschale in eine Entfernungspauschale bei gleichzeitiger Erhöhung von 70 Pf auf 80 Pf pro km	-	-2,0	-1,9	-1,8
Sozialabgaben	-4,0	-7,1	-10,3	-13,6
Senkung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung von 20,3 auf 19,5% (1.4.1999), 19,3% (1.1.2000), 19,1% (1.1.2001), 18,9% (1.1.2002) und 18,7% (1.1.2003) ²⁾	-6,0	-9,1	-12,3	-15,6
Einführung der Beitragspflicht für geringfügige Beschäftigungsverhältnisse und für Scheinselbständige	2,0	2,0	2,0	2,0
<i>Nachrichtlich:</i> Erhöhung des Kindergeldes im Rahmen des Gesetzes zur Verbesserung der Familienförderung vom 22.12.1999	-3,8	-3,8	-3,8	-3,8

¹⁾ Ohne Änderungen beim Kindergeld; das Kindergeld wird im ESVG 95 als Sozialleistung, in der Finanzstatistik als negatives Steueraufkommen gebucht. — ²⁾ Fortschreibung für die Jahre 2002 und 2003 entsprechend den Angaben der Bundesregierung.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen; Berechnungen der Institute.

lichen Sektors in Relation zum Bruttoinlandsprodukt wird im Jahr 2000 mit 59,0% erstmals seit 1996 unter dem Referenzwert nach dem Vertrag von Maastricht liegen. Im Jahr 2001 ist mit einer Rückführung auf 57% zu rechnen;

diese deutliche Verringerung ist darauf zurückzuführen, dass rund 64 Mrd. DM der Versteigerungserlöse zu Beginn des kommenden Jahres zur Schuldentilgung eingesetzt werden.

Kasten 3.3

Zur Wirkung der Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunklizenzen auf die öffentlichen Haushalte

Die Erlöse des Bundes aus der Versteigerung von Lizenzen für die Mobilfunkgeneration UMTS (Universal Mobile Telecommunications System) betragen 99,37 Mrd. DM. Diese Erlöse werden zur Tilgung der Staatsschulden eingesetzt und mindern damit die Zinsbelastung dauerhaft um rund 6 bis 7 Mrd. DM jährlich. Diesen Zinersparnissen stehen jedoch Mindereinnahmen gegenüber, da die Lizenznehmer die Anschaffungskosten steuerrechtlich geltend machen können. Bei einer Nutzungsdauer von zwanzig Jahren bestehen Abschreibungsansprüche in Höhe von rund 5 Mrd. DM pro Jahr. Weil Erlöse aus dem Verkauf der Dienstleistungen erst später anfallen, entstehen zumindest in den ersten Jahren erhebliche Steuermindereinnahmen. Vernachlässigt man bei Fremdfinanzierung die Absetzbarkeit von Schuldzinsen und deren Zusetzbarkeit bei den Kreditgebern und unterstellt man ausreichend hohe Gewinne der Lizenznehmer, so ist bei der Gewerbesteuer mit Mindereinnahmen von rund 0,8 Mrd. DM pro Jahr und — bei geänderter Besteuerung der Unternehmensgewinne — bei der Körperschaftsteuer mit Ausfällen von 1,0 Mrd. DM pro Jahr zu rechnen; hinzu kommen 0,1 Mrd. DM Mindereinnahmen beim Solidaritätszuschlag.

4. Zur Wirtschaftspolitik

Überblick

Die deutsche Wirtschaft befindet sich seit 1999 wieder in einem konjunkturellen Aufschwung. Wie schon zuvor in den neunziger Jahren vollzieht sich die Aufwärtsentwicklung nicht stetig. So ist Deutschland — ebenso wie die übrigen Volkswirtschaften im Euroraum — derzeit mit einer drastischen Verteuerung des Erdöls konfrontiert. Die Effekte dieses negativen Angebotschocks sind zwar gravierend; doch erwarten die Institute nicht, dass sich die Konjunktur markant abschwächt oder sogar eine Rezession droht. Unvermeidlich ist jedoch, dass wegen des Anstiegs der Ölpreise ein Einkommenstransfer an die Erdöl exportierenden Länder zu leisten ist. Daran kann die Wirtschaftspolitik nichts ändern. Allerdings sind die wirtschaftspolitischen Instanzen gehalten, die notwendige Anpassung nicht zu erschweren. Einerseits sollte die Geldpolitik keinen restriktiven Kurs einschlagen, etwa um den unvermeidlichen Preisanstieg zu mindern; andererseits sollten die Tarifparteien berücksichtigen, dass sich der Verteilungsspielraum aufgrund der Verschlechterung der Terms of Trade verringert hat. Aus heutiger Sicht ist es wahrscheinlich, dass die deutsche Wirtschaft diese außenwirtschaftlich bedingte Störung gut verkraftet. Darüber hinaus geht es in der Wirtschaftspolitik jedoch um mehr als um die richtige Reaktion auf Schocks. Trotz der Erfolg versprechenden Ansätze in der Finanz- und in der Lohnpolitik ist es nach wie vor erforderlich, die Wachstumskräfte zu stärken und die Perspektiven für den Arbeitsmarkt zu verbessern.

Die Lohnpolitik in Deutschland ist — anders als bei den beiden Ölpreiskrisen in den siebziger Jahren — auf einem Kurs, der die internationale Einkommensumverteilung, die aus dem höheren Ölpreis folgt, erleichtert. Die Lohnabschlüsse, die in den meisten Tarifbereichen auch schon für das kommende Jahr festliegen, haben die Institute bereits im vergangenen Frühjahr als moderat eingestuft. Es besteht aus heutiger Sicht kein großes Risiko, dass versucht wird, den Verlust an Realeinkommen durch höhere Löhne zu kompensieren; eine Diskussion über „Nachschlagsforderungen“, die zwangsläufig zulasten der Beschäftigung gehen würden, findet gegenwärtig kaum statt. In einigen anderen Ländern des Euroraums ist es allerdings noch nicht sicher, dass der moderate Kurs der Lohnpolitik fortgesetzt wird. Die anstehenden Verhandlungen werden zu einer Zeit stattfinden, in der sich die Inflationsrate gegenüber dem Vorjahr beträchtlich erhöht haben wird. Es muss daher den Arbeitnehmern verdeutlicht werden, dass nicht die tatsächliche, sondern nur die um den Ölpreiseffekt bereinigte Inflationsrate in den Abschlüssen berücksichtigt werden darf. Andernfalls käme es zu einem nicht stabilitätsgerechten Anstieg der

Tariflöhne, und die Inflation könnte sich auf einem zu hohen Niveau verfestigen; dann würde die Notenbank ihr Stabilitätsziel nur um den Preis eines stärkeren konjunkturellen Abschwungs erreichen.

Grundsätzlich gilt es in der Lohn- und Arbeitsmarktpolitik in Deutschland, die Bedingungen für mehr Beschäftigung zu verbessern. Während die Lohnabschlüsse im Durchschnitt moderat sind, hat sich die Struktur der Löhne kaum verändert. Dies mindert die Beschäftigungschancen insbesondere für weniger qualifizierte Arbeitskräfte, die von der Erwerbslosigkeit überdurchschnittlich stark betroffen sind.

Die Arbeitsmarktpolitik in Ostdeutschland war bislang wenig erfolgreich, soweit es das Ziel betrifft, im Transformationsprozess den Übergang in den ersten Arbeitsmarkt zu erleichtern. Hier hat sich die Arbeitslosigkeit verfestigt, insbesondere weil es nicht gelingt, auf dem ersten Arbeitsmarkt genügend rentable Arbeitsplätze zu schaffen. Es besteht aber auch das Problem, die berufliche Qualifikation der Arbeitslosen mit den Markterfordernissen in Einklang zu bringen. Am besten findet die notwendige Qualifizierung in den Betrieben selbst statt. Von daher ist es angebracht, über neue Wege der Arbeitsmarktpolitik nachzudenken, mit denen die Beschäftigung von Problemgruppen erhöht werden kann. So könnte der Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt erleichtert werden, indem in stärkerem Ausmaß als bisher zeitlich begrenzt die Einstellung gering Qualifizierter subventioniert wird. Dies dürfte aus mehreren Gründen Vorteile bringen. So wird der Makel gemindert, dass Langzeitarbeitslose oder Arbeitskräfte, die lange durch staatliche Programme „gefördert“ worden sind, scheinbar nicht mehr für einen Arbeitsplatz in der freien Wirtschaft geeignet sind. Auch bei den Unternehmen besteht Unsicherheit über die Qualifikation derjenigen, die bereits sehr lange arbeitslos sind. Durch an diesen Problemgruppen orientierte und zeitlich befristete Subventionen könnten die Unternehmen eher veranlasst werden, gering qualifizierte Arbeitskräfte einzustellen.

In der Finanzpolitik wurden die Weichen für die kommenden Jahre durch die Steuerreform neu gestellt. Insbesondere durch die beschlossenen Senkungen der Grenzsteuersätze werden Wachstum und Beschäftigung angeregt. Allerdings bleibt die Grenzabgabenbelastung des Faktors Arbeit auch nach dieser Reform beträchtlich. Dies liegt vor allem an den hohen Sozialabgaben. Falls sich hier mit abnehmender Arbeitslosigkeit Spielräume für Senkungen ergeben, sollten diese auch genutzt werden.

Für die längerfristige Entwicklung der Sozialabgaben ist es besonders wichtig, wie jetzt die Rentenreform gestaltet wird. Die eigentlich notwendige grundlegende Reform

ist lange Zeit immer wieder aufgeschoben worden. Die demographischen Veränderungen drohen nämlich das Rentensystem aus der Balance zu bringen, und die Unsicherheit über die künftige Abgabenbelastung und die zu erwartenden Rentenbezüge hat zugenommen. Ziel der Reform muss es sein, der jungen Generation Planungssicherheit zu geben und dabei das gesamte System der Altersvorsorge so an die zukünftigen demographischen Veränderungen anzupassen, dass die Altersversorgung gesichert bleibt und gleichzeitig die Abgabenbelastung der jüngeren Generationen nicht zu hoch wird. Der Vorschlag der Bundesregierung, der privaten Vorsorge einen größeren Stellenwert einzuräumen, geht in die richtige Richtung. Andere sinnvolle Änderungen, etwa die nachgelagerte Besteuerung, werden derzeit aber nicht angepackt. Offen ist auch, ob mit der geplanten Senkung des Rentenniveaus um 10 Prozentpunkte¹⁵ die vorgesehene langfristige Begrenzung des Beitragssatzes auf 22% tatsächlich gelingen kann. Dies hängt von der weiteren Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung ab, insbesondere von der Entwicklung der Beschäftigung und der Erwerbsbeteiligung. Darüber hinaus würden die Erfolgchancen einer Rentenreform vergrößert, wenn man die effektive Lebensarbeitszeit erhöhte und nicht — wie in den vergangenen Jahren — fortwährend verminderte.

Der Kurs der Haushaltskonsolidierung wird fortgesetzt. Gleichwohl wird der Prozess der Rückführung der Defizite in den öffentlichen Haushalten im kommenden Jahr unterbrochen, da die erste Stufe der Steuerreform zu Einnahmeausfällen führt. Dies steht nach Ansicht der Institute jedoch nicht im Widerspruch zu den im Stabilitätsprogramm der Bundesregierung gemachten Vorgaben. Allerdings muss danach der angestrebte Pfad hin zum Ausgleich des — um konjunkturelle Schwankungen bereinigten — Staatshaushalts konsequent verfolgt werden, damit die Glaubwürdigkeit der Finanzpolitik nicht leidet. Zentral ist dabei, die Staatsquote nachhaltig zurückzuführen. Nur so kann die Erwartung gefestigt werden, dass die Bürger mittelfristig bei Steuern und Sozialabgaben entlastet werden. Damit die Ausgaben disziplin gewahrt bleibt, sind auch für die kommenden Jahre erhebliche Sparanstrengungen notwendig. Es wäre aber verfehlt, den Rotstift bei den Investitionen anzusetzen. Vielmehr sind im Hinblick auf ein höheres Wachstum mehr Investitionen in Sachkapital, vor allem aber auch in Humankapital erforderlich. Hier ist nach den Versäumnissen in den vergangenen Jahren, als die Ausgaben etwa für die Infrastruktur und im Bildungsbereich zurückgefahren wurden, ein Kurswechsel nötig. Erste Ansätze hierfür sind zu erkennen.

Auch in den übrigen Ländern des Euroraums steht die mittelfristige Konsolidierung der Haushalte im Vordergrund der Finanzpolitik. In dieses Konzept passt, dass die Einnahmen aus dem Verkauf von Mobilfunklizenzen, die

— wie in Deutschland — teilweise beträchtlich sind, ausschließlich zur Tilgung von Staatsschulden verwendet werden. Allerdings wurden nach dem Anstieg der Ölpreise in einigen Ländern Maßnahmen beschlossen, die darauf abzielen, den Effekt für einzelne Gruppen zu mildern. Dies mindert die Glaubwürdigkeit des finanzpolitischen Kurses. Darüber hinaus steht die Finanzpolitik in den einzelnen Ländern durchaus vor unterschiedlichen Herausforderungen. So befinden sich einige Volkswirtschaften in der Hochkonjunktur, und die Inflation liegt dort vielfach erheblich über dem Durchschnitt im Währungsgebiet; dies ist vor allem in denjenigen Ländern der Fall, die sich bereits im Vorfeld der Währungsunion in einer günstigen Konjunkturlage befanden und wo die Zinsen besonders deutlich gesenkt wurden. Diese Divergenzen im Konjunkturverlauf und bei den Inflationsraten sind für die Geldpolitik nur insofern bedeutsam, als sie die durchschnittliche Entwicklung im Euroraum beeinflussen. Die Politik der EZB wird aber erschwert, wenn Länder, in denen Hochkonjunktur herrscht und eine Überhitzung droht, im kommenden Jahr die Steuern senken. Damit wird die Finanzpolitik der Aufgabe nicht gerecht, zur Stabilisierung der Konjunktur in den einzelnen Ländern beizutragen. Vielmehr kommt es im Euroraum zu einem unerwünschten Nachfrageschub, der es der EZB schwieriger macht, Preisniveaustabilität zu wahren.

Die Geldpolitik der EZB war in diesem Jahr aus mehreren Gründen besonders gefordert. So kam es wegen des Anstiegs der Ölpreise und der Schwäche des Euro zu einem Anstieg der Inflationsrate auf über zwei Prozent. Die EZB hat die Leitzinsen mehrmals erhöht, und nicht immer wurde deutlich, dass sie dabei ausschließlich die mittelfristige Inflationsentwicklung im Euroraum im Auge hatte. Zwar nimmt die Preissteigerungsrate durch die höheren Ölpreise und den schwachen Euro auf kurze Sicht zu, eine nachhaltige Überschreitung des Inflationsziels ist damit aber nicht unmittelbar verbunden. Bedeutsam in dieser Hinsicht war vielmehr, dass die Geldmenge lange Zeit rascher gestiegen ist als mittelfristig mit Preisniveaustabilität vereinbar. Hätte die EZB ihre Zinsschritte vorwiegend damit begründet, sie wolle die im Euroraum reichlich vorhandene Liquidität verringern, wäre nicht der Eindruck entstanden, die geldpolitischen Maßnahmen seien unterschiedlich begründet worden oder sie seien nicht nachvollziehbar. Die Zinserhöhungen haben dazu beigetragen, dass die Geldmenge M3 in jüngster Zeit wieder langsamer steigt und sich

¹⁵ Nach den Plänen der Bundesregierung sinkt das Rentenniveau im Verhältnis zum Nettolohn (Standardrente) von derzeit 70 % auf 64 %. Dabei ist allerdings der Beitrag zur privaten Vorsorge von 4 % berücksichtigt, d.h. vom Nettolohn abgezogen. Lässt man dagegen diese private Vorsorgeersparnis bei der Bezugsbasis außer Betracht, um die Angaben mit den bisherigen Berechnungen vergleichbar zu halten, dann sinkt nach den Plänen der Bundesregierung das Rentenniveau auf 60 %.

auf den stabilitätsgerechten Pfad zubewegt. Auch weil sich die Geldmengenerweiterung nun deutlich vermindert hat, halten die Institute aus heutiger Sicht weitere Zinsschritte nicht für notwendig.

Grundsätzlich muss die EZB auf der Basis beider Säulen ihrer Strategie sicherstellen, dass das Stabilitätsziel erreicht wird. Bei der Beschreibung der Inflationsperspektiven durch die EZB entstand häufig der Eindruck, sie bewerte die einzelnen Indikatoren im Zeitablauf unterschiedlich. Sie setzte sich damit der Kritik aus, ihre geldpolitischen Entscheidungen seien nicht nachvollziehbar. Auch aus diesem Grund haben sich die Institute in einem früheren Gutachten dafür ausgesprochen, die EZB sollte aus Gründen der Transparenz der Geldpolitik ihre Inflationsprognosen veröffentlichen. Dazu wird die Notenbank in Kürze vermutlich übergehen. Der Vorteil besteht vor allem darin, dass die EZB die Perspektiven für die Inflation, die die zweite Säule ihrer Strategie bilden, so besser vermitteln kann. Dieses Vorgehen muss allerdings nicht bedeuten, dass Prognosen, die einen Anstieg der Inflation oder sogar ein Überschreiten der Marke von 2 Prozent beinhalten, automatisch zu entsprechenden Zinsschritten führen. Die EZB sollte eine etwaige Diskrepanz zwischen der Prognose und den geldpolitischen Aktionen ausführlich begründen. Auch ist die quantitative Inflationsprognose nur eine von mehreren Entscheidungsgrundlagen für die EZB. Dies muss immer wieder erläutert werden. Beispielsweise kann sich ein Problem ergeben, wenn die veröffentlichte Inflationsprognose eine andere Information liefert als die Geldmenge. Bei einem solchen Konflikt stellt sich sofort die Frage nach der richtigen Gewichtung, und die Strategie könnte erneut in Frage gestellt werden. Generell ist es das Ziel, die Geldpolitik transparenter und besser nachvollziehbar zu machen. Wenn dies durch die Veröffentlichung der Inflationsprognose erreicht wird, wäre die Reputation der EZB gestärkt.

Lohnpolitik

Der Ölpreisschock führt zu einem Anstieg der Verbraucherpreise — unmittelbar über eine Verteuerung des Energieverbrauchs, mittelbar durch die Überwälzung der höheren Produktionskosten. Die höheren Ölpreise stellen die Lohnpolitik nicht nur in Deutschland, sondern im gesamten Euroraum in der gegenwärtigen Situation in eine besondere Verantwortung. Aus diesem Grund wird die Lohnpolitik im Folgenden im europäischen Kontext diskutiert. Es hängt entscheidend von der Reaktion der Lohnpolitik ab, wie die Volkswirtschaft diesen externen Preisschock verarbeitet.

Ein Anstieg des Ölpreises bedeutet einen unvermeidlichen Realeinkommensverlust zugunsten der Öl exportierenden Länder. Damit stellt sich binnenwirtschaftlich die Frage, wer den Verlust zu tragen hat. Versuchten die Ar-

beitnehmer, mittels erhöhter Lohnabschlüsse den Real-
einkommensverlust zu kompensieren, würden sie letztlich
mehr verlieren als gewinnen. Zusätzlich zu den Kosten für
den Produktionsfaktor Energie würden dann auch die
Kosten für den Faktor Arbeit steigen. Geben die Unter-
nehmen diese höheren Produktionskosten in den Preisen
weiter, ist nicht nur der vermeintlich gesicherte Reallohn
wieder durch Inflation aufgezehrt, sondern die Zentral-
bank muss zudem zur Einhaltung ihres Stabilitätsziels
ihre Politik straffen. In der Folge ergeben sich wahr-
scheinlich hohe Einkommens- und Beschäftigungsverluste.
Auch wenn die Unternehmen die höheren Kosten nicht
überwälzen können, bleibt das Ergebnis letztlich gleich.
Zwar wird eine Inflationsbeschleunigung vermieden,
doch sinken die Gewinne der Unternehmen und damit
auch ihre Investitionen — mit entsprechend negativen
Folgen für Wachstum und Beschäftigung. Zu einem
solchen lohnpolitischen Fehlverhalten kam es nach
den beiden früheren Ölpreisschocks, die jeweils
europaweit in eine schwere Rezession mündeten.

Günstiger für die Konjunktur ist es, die Reallohn-
einbußen durch den Ölpreisschock hinzunehmen. In
diesem Fall steigen lediglich die Kosten für den
Produktionsfaktor Energie. Auch dann stellt sich
die Frage, ob und inwieweit die Unternehmen diesen
Kostenanstieg zu überwälzen vermögen. Gelingt
dies nicht, ist auch hier eine Gewinnkompression
unvermeidlich. Doch wird diese geringer ausfallen
als im oben geschilderten Fall. Entsprechend
milder wird dann der Rückgang von Produktion
und Beschäftigung sein.¹⁶ Können die Unter-
nehmen hingegen die gestiegenen Kosten überwälzen,
vermindern sich der Reallohn und damit die
Nachfrage der privaten Haushalte stärker. Auch
dies führt zu einem Rückgang von Produktion
und Beschäftigung. Weil jedoch der kostensteigernde
Impuls der höheren Ölpreise auch in diesem Fall
nicht durch Lohnerhöhungen verstärkt wird, sind
die realwirtschaftlichen Folgen des Ölpreisschocks
weniger gravierend.

Um also die dämpfenden Effekte des Ölpreisschocks
möglichst gering zu halten, darf der stärkere
Preisauftrieb nicht in die anstehenden Lohn-
verhandlungen einfließen. Es könnte insbeson-
dere von den Gewerkschaften erhebliche An-
strengungen erfordern, ihre Mitglieder davon
zu überzeugen, dass reale Einkommensverluste
infolge der höheren Ölpreise hinzunehmen sind.
Merklliche Steuerentlastungen in vielen Län-
dern des Euroraums, die die Nettolöhne weiter
deutlich steigen lassen, dürften dieses Vor-
haben, namentlich in Deutschland, erleichtern.

Wie im Abschnitt zur Europäischen Union in
diesem Gutachten dargelegt, sind die Aussichten,
dass es zu ei-

¹⁶ Dabei ist unterstellt, dass der Einkommenseffekt des Gewinnrückgangs den Substitutionseffekt des niedrigeren relativen Faktorpreises für Arbeit dominiert.

ner solchen stabilitätsgerechten Reaktion kommt, in den einzelnen Ländern insgesamt eher günstig. Insbesondere die auf eine längere Frist festgelegten moderaten Lohnabschlüsse in Deutschland und Frankreich sind ein Anzeichen dafür, dass der Lohnanstieg im Euroraum insgesamt auf einem maßvollen Pfad bleibt.

Die moderaten Lohnabschlüsse sind vor allem deshalb bemerkenswert, weil sie auf eine fundamentale Änderung in der Lohnbildung im Euroraum insgesamt hinweisen. In früheren Jahrzehnten führte eine Lohn-Preis-Spirale in manchen Ländern — z. B. in Italien — durch Indexierungsklauseln automatisch zu einer entsprechend höheren Inflation. Dagegen bleiben die Lohnzuwächse derzeit moderat, obwohl sich der Preisauftrieb beschleunigt. Sogar die deutlich sinkende Arbeitslosigkeit im Euroraum, die die Verhandlungsposition der Arbeitnehmer eigentlich merklich stärkt, führt zurzeit nicht zu spürbar höheren Lohnzuwächsen. Dies deutet darauf hin, dass die Arbeitsmärkte in Europa flexibler geworden sind.

Ein wichtiges Element der Lohnpolitik, das Vertrauen im Hinblick auf eine Vermeidung von Nachschlägen zum Ausgleich der Realeinkommensverluste erzeugt, sind Tarifverträge mit einer längeren Laufzeit, z. B. von zwei Jahren. Dies schafft nicht nur eine sicherere Kalkulationsbasis für die Unternehmen, sondern ist auch für die anderen Träger der Wirtschaftspolitik, insbesondere für die Notenbank, ein Signal, dass trotz Ölpreisschock keine gravierenden Gefahren für die Preisstabilität auf mittlere Sicht bestehen. Deshalb sollte in jenen Ländern, in denen Tarifverhandlungen bald anstehen, der Weg moderater längerfristiger Tarifverträge beschritten werden. Die Nominallöhne müssen dabei nicht überall gleich stark steigen. Vielmehr sind in Ländern wie Portugal, die im Zuge ihres Aufholprozesses zum Rest des Euroraumes höhere Produktivitätszuwächse aufweisen, kräftigere Lohnzuwächse stabilitätsgerecht.

Wenn auch die Einschätzung der Lohnentwicklung für den Euroraum insgesamt positiv ist, so geben Tarifvereinbarungen in einzelnen Ländern, insbesondere in Spanien, Anlass zur Sorge. Vor allem die Möglichkeit, Tarifverträge nachzuverhandeln, falls die tatsächliche Inflationsrate über der erwarteten liegt, stellt eine Gefahr für eine stabilitätsgerechte Lohnentwicklung dort dar. Denn sie könnte dazu führen, dass der externe Inflationsimpuls in eine Lohn-Preis-Spirale mündet. Primär würde dies die wirtschaftliche Entwicklung in Spanien belasten, da spanische Unternehmen gegenüber anderen Regionen im Euroraum preislich weniger wettbewerbsfähig wären. Wenn ein solches Verhalten jedoch entweder von den übrigen Tarifparteien im Euroraum oder von der EZB als der Beginn allgemeiner kompensatorischer Lohnerhöhungen verstanden werden sollte, wären deutliche Zinserhöhungen nicht zu vermeiden. Um eine Reaktion zu verhindern, die zu einer Stabilisierungskrise führen könnte, muss die Lohnpolitik im Euroraum jetzt klaren Kurs halten.

Die Finanzpolitik ist in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre auf einen strikten Konsolidierungskurs eingeschwenkt. Während das Defizit 1996 noch bei 122 Mrd. DM bzw. 3,4 % des Bruttoinlandsprodukts lag, wird es ohne Berücksichtigung der Einmaleinnahmen aufgrund der UMTS-Erlöse im laufenden Jahr noch 40 Mrd. DM bzw. 1 % des Bruttoinlandsprodukts betragen; unter Einbeziehung dieser Einmaleinnahmen entsteht sogar ein Finanzierungsüberschuss in Höhe von 1,5 % des Bruttoinlandsprodukts. Im kommenden Jahr gehen von der Finanzpolitik deutlich expansive Wirkungen auf die Konjunktur aus. Bedeutsam sind die Senkung der Steuersätze und die Reform der Unternehmensbesteuerung mit Entlastungen von 45,4 Mrd. DM. Die übrigen Abgabentlastungen und -belastungen halten sich etwa die Waage (Tabelle 3.8).

Diese Entlastungen bei den Abgaben werden den inzwischen hohen Belastungen der privaten Haushalte und der Unternehmen aufgrund der Ölverteuerung entgegenwirken. Die Abgabensenkung ist dem Volumen nach sogar größer als der Anstieg der Ölrechnung. Da von den höheren Ölpreisen konjunkturendämpfende Wirkungen ausgehen, ist der Zeitpunkt der Steuerreform aus konjunktureller Sicht günstig.

Im Jahr 2001 wird sich aufgrund der Steuerreform und des Wegfalls der UMTS-Erlöse wieder ein gesamtstaatliches Defizit — in Höhe von 1,4 % des Bruttoinlandsprodukts — ergeben. Falls die Ausgabendisziplin anhält, wird die Defizitquote in den Folgejahren erneut sinken, und zwar aufgrund höherer Steuereinnahmen und arbeitsmarktbedingter Minderausgaben vermutlich sogar etwas rascher als im Stabilitätsprogramm vorgesehen.¹⁷

Auch in Zukunft sollte die Priorität der Finanzpolitik bei der Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen liegen. Zwar ist die Steuerreform in dieser Hinsicht ein Schritt in die richtige Richtung, doch bleiben die gesamte Abgabenquote und insbesondere die Grenzabgabenbelastung des Faktors Arbeit auch danach hoch.¹⁸ Künftige Finanzierungsspielräume beim Staat, insbesondere bei der Sozialversicherung, sollten genutzt werden, um die Grenzabgabenbelastung des Faktors Arbeit weiter zu senken. Dies würde auch die Abwanderung in die Schattenwirtschaft bremsen.

Zur Verbesserung der Angebotsbedingungen der Wirtschaft ist nicht nur eine Senkung staatlicher Abgaben, sondern auch eine Verbesserung der Infrastrukturausstat-

¹⁷ Die Bundesregierung strebt für das Jahr 2004 einen ausgeglichenen Haushalt an; für 2002 und 2003 werden Defizitquoten von 1 % bzw. von ½ % zugrunde gelegt.

¹⁸ Zu der kritischen Würdigung der Steuerreform vgl. das Frühjahrsgutachten 2000 der Institute: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2000, April 2000.

tung notwendig. Bei den öffentlichen Investitionen hat die Sparpolitik der vergangenen Jahre deutliche Spuren hinterlassen. Als Folge dieser Politik hat sich mittlerweile in Westdeutschland in vielen Bereichen der öffentlichen Infrastruktur ein Investitionsbedarf aufgestaut. Hinzu kommt, dass in Ostdeutschland bei den Infrastruktureinrichtungen (insbesondere im Verkehrsbereich) immer noch ein erheblicher Rückstand gegenüber dem Westen besteht. Nachholbedarf gibt es aber nicht nur beim staatlichen Sachkapital, sondern — dies zeigt der Engpass an Spezialisten im IT-Bereich — auch in Bildung und Forschung. Zusätzliche Ausgaben in diesen Bereichen könnten dazu beitragen, dass die Volkswirtschaft auf einen höheren Wachstumspfad einschwenkt. All dies erfordert weitere Umschichtungen in den öffentlichen Haushalten.

Zur Ökosteuer

Angesichts der Ölverteuerung ist die Diskussion um die Ökosteuer neu entbrannt. Dabei geht es vorrangig um die Frage, ob und wie die Regierung auf diesen Preisschock von außen reagieren soll. Davon unabhängig ist die grundsätzliche Frage, ob das gegenwärtige Konzept der Ökosteuer einschließlich der Verzahnung mit den Rentenbeiträgen sinnvoll ist und auf Dauer beibehalten werden sollte.

Was die erste Frage betrifft, so ist klar, dass die Volkswirtschaft als Ganzes die jetzt höhere Ölrechnung bezahlen muss. Eine Senkung der Mineralölsteuer würde lediglich bedeuten, dass der Staat die Belastung von den Ölverbrauchern auf die Allgemeinheit umverteilt. Dies wäre der falsche Weg. Der jetzt entstandene zusätzliche Druck, den Ölverbrauch zu reduzieren und auf andere Energieträger umzusteigen, würde verringert, was den ökologischen Zielen entgegenlaufen würde. Hinzu kommt, dass es bei niedrigeren Mineralölsteuern in den Abnehmerländern den Ölproduzenten leichter fiele, den Ölpreis hochzuhalten. In beiden Fällen käme die Mineralölsteuersenkung letztlich gar nicht beim Verbraucher an, sondern nützte lediglich den ÖLstaaten bzw. den Mineralölkonzernen, während die öffentlichen Haushalte belastet würden. Vor diesem Hintergrund ist es sehr problematisch, dass einige EU-Länder als Reaktion auf die höheren Ölpreise die Mineralölsteuer senken oder Subventionen gewähren.

Auch in Deutschland wurden von der Regierung staatliche Hilfen beschlossen, die im Widerspruch zu der ökologischen Steuer- und Abgabenreform stehen. Während die Umwandlung der Kilometerpauschale in eine von dem gewählten Verkehrsmittel unabhängige Entfernungspauschale für sich genommen auf eine Senkung des gesamtwirtschaftlichen Energieverbrauchs hinwirkt, stehen deren Anhebung von 70 auf 80 Pfennig je Kilometer (Mindereinnahmen 2 Mrd. DM) und die Einführung eines

einmaligen Heizkostenzuschusses für Einkommensschwache (1,2 Mrd. DM) diesem Ziel entgegen. Damit wird die ursprünglich beabsichtigte Lenkungsfunction der Ökosteuer weiter aufgeweicht, und es wird für die Regierung schwieriger, die vorgesehene Erhöhung der Ökosteuer zu begründen. Da die weiteren Stufen der Ökosteuer schon beschlossen sind, könnte eine Aussetzung als Abkehr vom ursprünglichen Reformkonzept interpretiert werden. Zudem würde sich die Steuerpolitik von den relativ volatilen Bewegungen des Ölpreises abhängig machen. Auch würde die Planungssicherheit durch eine solche Politik gefährdet.

Zwar sollte die Regierung an dem früher beschlossenen Ökosteuergesetz festhalten. Sie sollte die Diskussion aber zum Anlass nehmen, das gegenwärtige Konzept zu überdenken, denn es hat einige grundlegende Mängel. Zu berücksichtigen ist nämlich, dass die Ökosteuer nur den Verbrauch einzelner Energieträger mehr oder weniger undifferenziert belastet und nicht auf den Schadstoffausstoß abstellt. So werden die besonders emissionsreiche Kohle und auch das schwere Heizöl von der Ökosteuer ausgenommen, während beispielsweise das weniger umweltschädliche Erdgas besteuert wird. Aus ökologischer Sicht sollte die Steuerbelastung an den Schadstoffemissionen ansetzen. Ferner sind zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen bestimmte energieintensive Branchen weitgehend von der Ökosteuer freigestellt; auch wird Flugbenzin aus Wettbewerbsgründen von der Ökosteuer ausgenommen, während der öffentliche Nahverkehr und die Deutsche Bahn belastet werden. Es ist daher nicht zu erwarten, dass die Ökosteuer in der bisherigen Form die Umweltbelastung deutlich senkt.

Mit dem Ökosteuerkonzept soll sowohl dem umweltpolitischen Ziel Rechnung getragen werden wie auch dem Ziel, die Arbeitskosten zu senken; letzteres wird dadurch erreicht, dass die Einnahmen aus der Ökosteuer zur Senkung der Rentenbeiträge verwendet werden. Beide Ziele sind wichtig, doch wirft die enge Verzahnung Probleme auf. Würde das Hauptziel einer ökologischen Steuerreform, nämlich die Verringerung der Schadstoffbelastung, tatsächlich erreicht, wäre dies mit einer Senkung des Ökosteueraufkommens verbunden. Dem steht aber die Zielsetzung entgegen, ein dauerhaft hohes Aufkommen zur Senkung der Lohnnebenkosten zu erzielen. Allerdings wird im nächsten Jahr der Beitragssatz zur Rentenversicherung trotz der weiteren Erhöhung der Ökosteuer nur geringfügig sinken (von 19,3% auf 19,1%), weil ein Teil der zusätzlichen Ökosteuererinnahmen, die sich auf reichlich 5 Mrd. DM belaufen dürften, zur Vermeidung einer sonst fälligen Beitragserhöhung verwendet wird. Schließlich wird durch diese Art der Rentenfinanzierung auch das Versicherungsprinzip verletzt. So dürfte der im Zuge der Ökosteuerreform schrittweise aufgestockte Bundeszuschuss an die Rentenversicherung auf Dauer über die versicherungsfremden Leistungen hinausgehen.

Um ökologischen Erfordernissen stärker Rechnung zu tragen, sind die bestehenden Mängel des bisherigen Reformkonzepts zu beseitigen. Die Ökosteuer sollte durch eine schadstoffabhängige Besteuerung ersetzt und die Ausnahmetatbestände sollten weitestgehend eingeschränkt werden. Zur Erhöhung der ökologischen Effizienz könnte die Kraftfahrzeugsteuer abgeschafft und die Mineralölsteuer, die an der Nutzung des Autos anknüpft, entsprechend angehoben werden. Bei den Autobahnen könnte man — wie in vielen Nachbarstaaten auch — stärker auf das Instrument der Straßenbenutzungsgebühren setzen.

Geldpolitik

Die Europäische Zentralbank hat im vergangenen Jahr begonnen, die Zinsen anzuheben; im laufenden Jahr hat sie den Kurs mit sechs weiteren Schritten fortgesetzt.¹⁹ Während sie die ersten Erhöhungen mit der Besserung der Konjunktur begründete, wurde bei den jüngsten beiden Schritten verstärkt auf die gestiegenen Risiken für die Preisstabilität angesichts der weiteren Ölpreiserhöhung und der anhaltenden Abwertung des Euro verwiesen. Der Preisauftrieb hat sich in der Tat deutlich beschleunigt; die Anstiegsrate des HVPI gegenüber dem Vorjahr betrug im September 2,8 %. Sie liegt damit deutlich höher als das mittelfristige Ziel der EZB, das mit „unter 2 %“ festgesetzt wurde. Auch in den kommenden Monaten wird sich der Preisanstieg im Euroraum über 2 % bewegen.

Nach Meinung der Institute sollte die EZB die Geldpolitik gleichwohl nicht weiter straffen. Bei den derzeit höheren Preissteigerungsraten ist nämlich zu berücksichtigen, dass sie vorwiegend von der Verteuerung des Rohöls verursacht sind. Dieser Preisschock von außen sollte von der EZB hingenommen werden. Andernfalls müssten die Inlandspreise im Euroraum entsprechend schwächer steigen oder sogar sinken, was nur über einen deutlichen Konjunkturrückgang zu erreichen wäre. Der konjunkturdämpfende Effekt, der von der Ölverteuerung ausgeht, sollte von der Geldpolitik nicht noch verstärkt werden. Wie an anderer Stelle des Gutachtens dargelegt, sind im Euroraum die monetären Rahmenbedingungen einschließlich des Wechselkurses derzeit etwa konjunkturneutral. Nach Auffassung der Institute gibt es gegenwärtig keinen Anlass, die Leitzinsen weiter zu erhöhen.

Handlungsbedarf für weitere Zinserhöhungen ergäbe sich nur dann, wenn Gefahr bestünde, dass sich der ölpreisbedingte Anstieg des Preisniveaus zu einer dauerhaft höheren Inflationsrate verfestigt. Dies wäre insbesondere der Fall, wenn die Tarifpartner mit Blick auf die kräftigen Preissteigerungen von ihrem bisher moderaten lohnpolitischen Kurs abrückten. Bei einer dann drohenden Lohn-Preis-Spirale müsste die EZB ihren Kurs spürbar straffen. Zu einem derartigen lohnpolitischen Fehlverhalten und einer entsprechend restriktiven Geldpolitik kam

es im Zuge früherer Ölpreisschocks, was jeweils eine Stabilisierungsrezession zur Folge hatte.

Gegenwärtig erscheint ein solches Szenario allerdings wenig wahrscheinlich. Wie an anderer Stelle dieses Gutachtens dargelegt, ist die lohnpolitische Situation im Durchschnitt des Euroraums derzeit aus stabilitätspolitischer Sicht recht günstig, und bisher gibt es keine Anzeichen, dass sich dies im nächsten Jahr wesentlich ändert. Der von der Ölpreiserhöhung verursachte Preisanstieg wird daher vorübergehender Natur sein.

Gerade in Zeiten temporärer Preisschocks ist es wichtig, mit Hilfe einer Inflationsprognose die voraussichtliche Preisentwicklung über einen längeren Zeitraum zu veranschaulichen. Ab Ende 2000 wird die EZB vermutlich zweimal jährlich eine Inflationsprognose veröffentlichen. Dies wurde vielfach, unter anderem auch von den Instituten, empfohlen.²⁰ Die Prognose soll vom Stab der EZB unter Hinzuziehung makroökonomischer Modelle erstellt und unter der technischen Annahme unveränderter Zinsen abgeleitet werden. Es handelt sich also um ein „Preisszenario bei gegebener Geldpolitik“ und nicht um eine Wahrscheinlichkeitsprognose, wie sie von den Instituten und anderen Prognostikern abgegeben wird; letztere berücksichtigen auch erwartete Zinsänderungen. Mit Hilfe ihrer bedingten Inflationsprognose kann die EZB deutlich machen, ob sie beispielsweise angesichts kurzfristiger Preisschübe bei unveränderter Geldpolitik ihr mittelfristiges Ziel gefährdet sieht oder nicht. Die Inflationsprognose ist damit ein Maßstab, an dem die EZB ihre Geldpolitik ausrichten kann. Das geldpolitische Handeln oder Nicht-Handeln wird dann für die Öffentlichkeit besser nachvollziehbar. Dies kann das Vertrauen in die Geldpolitik erhöhen und die Erwartungen der Wirtschaftssubjekte stabilisieren.

Die Veröffentlichung der unter diesen Annahmen zu erwartenden Preisentwicklung muss entsprechend erläutert werden, damit es nicht zu Missverständnissen und einer Verunsicherung der Öffentlichkeit kommt. So muss die Unsicherheit, die einer Prognose naturgemäß zugrunde liegt, von Anfang an deutlich gemacht werden. Die Prognose ist zudem nur eine von mehreren Entscheidungsgrundlagen für die Geldpolitik und keinesfalls mechanistisch als Handlungsanweisung für den EZB-Rat zu verstehen. Schließlich wird es weiterhin notwendig sein, die geldpolitischen Entscheidungen mit Blick auf beide Säulen der geldpolitischen Strategie, also einer umfas-

¹⁹ Der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte, der am 9. April 1999 von 3 % auf 2,5 % gesenkt worden war, wurde am 5. November 1999 wieder auf 3 % erhöht und dann weiter am 4. Februar 2000 auf 3,25 %, am 17. März auf 3,5 %, am 28. April auf 3,75 %, am 9. Juni auf 4,25 %, am 1. September auf 4,5 % und am 7. Oktober auf 4,75 %.

²⁰ Vgl. das Herbstgutachten 1999 der Institute: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1999, Oktober 1999.

senden Analyse der Preisperspektiven und der Geldmengenentwicklung, abzuleiten und zu erklären.

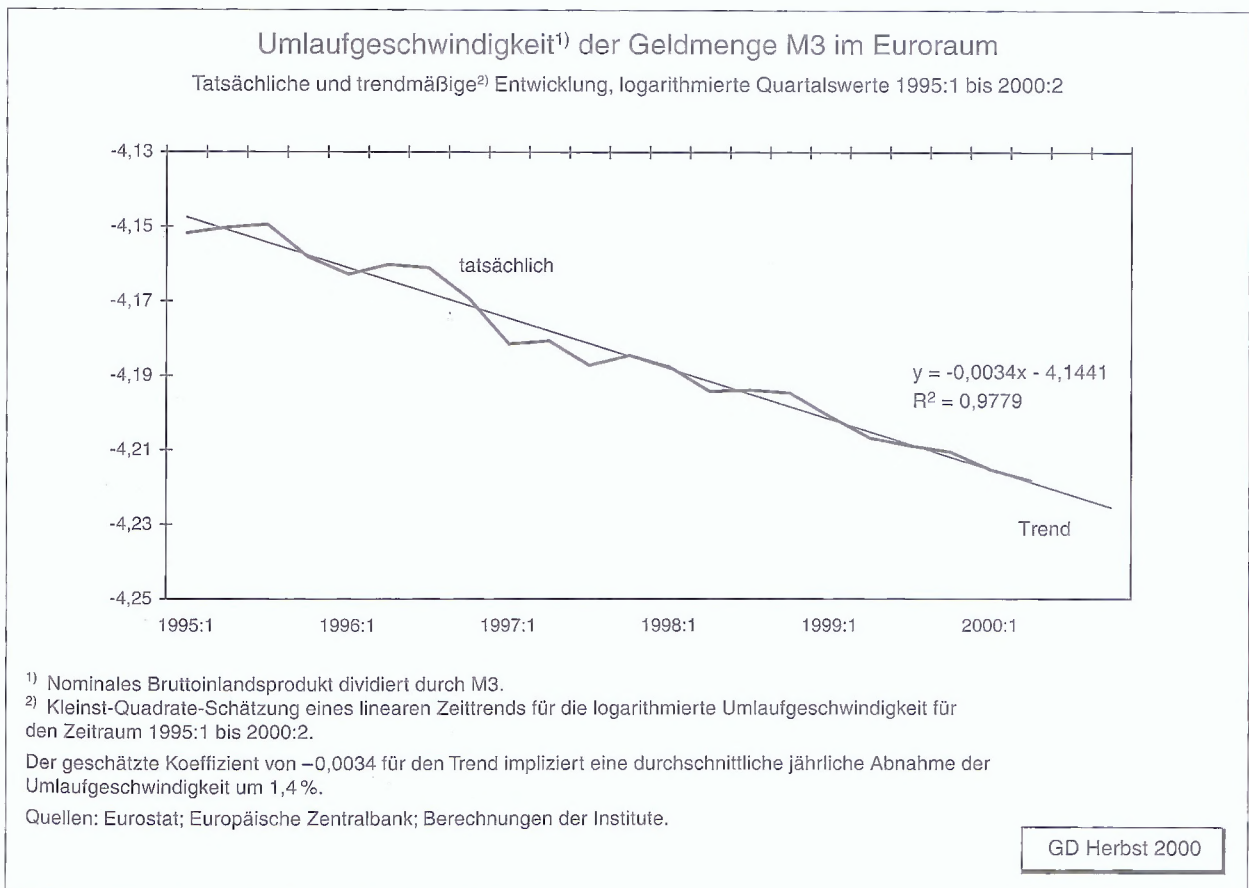
Die Expansion der Geldmenge M3 hat sich nach der Beschleunigung im Frühjahr im weiteren Jahresverlauf wieder verlangsamt. Allerdings lag sie in den Monaten Juni bis August im Vorjahresvergleich noch mit 5,3 % um knapp einen Prozentpunkt über dem Referenzwert von 4 ½ %. Nach Auffassung der Institute stellt dies aber keine Gefahr für das mittelfristige Preisziel der EZB dar. Bei der Beurteilung der Abweichung des Geldmengenwachstums vom Referenzwert ist nämlich zu berücksichtigen, dass sich die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes im Trend um etwa einen halben Prozentpunkt stärker verlangsamt, als von der EZB bei der Ableitung des Referenzwertes unterstellt wurde. Die trendmäßige Abnahme der Umlaufgeschwindigkeit betrug im Zeitraum zwischen dem ersten Quartal 1995 und dem zweiten Quartal dieses Jahres 1 bis 1 ½ % (Abbildung 4.1).²¹ Die EZB ging dagegen bei der Ableitung des Referenzwertes von 4 ½ % von einer trendmäßigen Verlangsamung der Umlaufgeschwindigkeit von nur ½ bis 1 % aus. Der Unterschied in den Ergebnissen resultiert aus den unterschiedlichen Schätzzeiträumen. So betrachtet die EZB die Zeit seit Beginn der achtziger Jahre. Offenbar hat es aber — wenn

man einen linearen Trend unterstellt — in den vergangenen zwei Jahrzehnten eine Änderung der Trendrate gegeben. Die Institute halten es für sinnvoll, die jüngere Entwicklung heranzuziehen, denn in den neunziger Jahren dürften eher die Bedingungen geherrscht haben, wie sie auch in der Währungsunion gelten.

Wie schon in ihren früheren Gutachten empfehlen die Institute daher, wegen der stärkeren Verlangsamung der Umlaufgeschwindigkeit den Referenzwert für das Geldmengenwachstum künftig auf 5 % statt auf 4 ½ % festzusetzen. Bei den übrigen Bestimmungsgrößen des Referenzwertes, dem Zuwachs des Produktionspotentials und dem mittelfristigen Preisanstieg, werden dabei die gleichen Werte unterstellt wie bei der EZB. Wenn die EZB den Referenzwert für das Jahr 2001 entsprechend höher ansetzt, sollte sie allerdings deutlich machen, dass dies keine Lockerung der Geldpolitik darstellt, sondern damit lediglich dem trendmäßigen Anstieg der Geldnachfrage besser Rechnung getragen wird.

²¹ Ein nahezu identischer Wert ergibt sich, wenn man als Stützzeitraum den gesamten Bereich zugrunde legt, für den Daten zum Bruttoinlandsprodukt nach ESGV 95 existieren, also den Zeitraum von 1991 bis 2000.

Abbildung 4.1



Die EZB hat ihre jüngsten Zinsschritte unter anderem auch mit den Preisrisiken aufgrund der Schwäche des Euro begründet. Bei einer Abwertung der Währung ist zwischen den direkten und den indirekten Preiswirkungen zu unterscheiden. Ähnlich wie bei den Ölpreisen gilt auch für die übrigen Importpreise, dass Gefahren für die Preisstabilität beispielsweise dann drohen, wenn es zu Zweitrundeneffekten über höhere Löhne kommt. Dies ist derzeit nicht wahrscheinlich. Zusätzliche Preisrisiken können sich durch die Abwertung dadurch ergeben, dass die Exporte sehr stark angeregt werden und überdies die Preisüberwälzungsspielräume der inländischen Produzenten ausgeweitet werden, weil der Wettbewerbsdruck von den jetzt teureren Importprodukten abnimmt. Für die geldpolitisch relevante mittelfristige Inflationsentwicklung dürften diese Effekte gewichtiger sein als der Anstieg der Energiepreise. Sie bleiben nämlich nicht auf einen engen Bereich begrenzt, sondern sind tendenziell mit der Gefahr eines Anstiegs der zugrunde liegenden Inflationsdynamik verbunden.

Angesichts dieser Risiken ist es verständlich, dass die EZB die Schwäche des Euro mit Sorge betrachtet. Allerdings sind die direkten und indirekten Preiserhöhungseffekte der bisherigen Abwertung des Euro nach Einschätzung der Institute nicht so groß, dass sie das mittelfristige Stabilitätsziel der EZB gefährden.

Ende September hat die EZB im Verbund mit anderen Zentralbanken erstmals den Versuch unternommen, den Euro gegenüber dem US-Dollar über eine sterilisierte Devisenmarktintervention zu stützen. Auch wenn diese Intervention lediglich als „Signal“ gedacht war, besteht immer das Risiko des Fehlschlags. So ist es zuletzt erneut zu einem Einbruch des Eurokurses gekommen. Marktinterventionen sind nur sinnvoll, wenn anschließend gegebenenfalls weitere und auch größere Aktionen folgen. Ob sich die anderen Notenbanken daran wieder beteiligen, ist zumindest offen. Eine nachhaltige Korrektur des Eurokurses im Wege einer Intervention am Devisenmarkt kann allerdings nur gelingen, wenn dadurch die Einschätzung der Finanzmärkte über die weitere Kursentwicklung grundlegend verändert wird. Die Wechselkurs-erwartung der Marktteilnehmer dürfte auch davon abhängen, wie diese das gegenwärtige Kursniveau im Vergleich zu den Fundamentalfaktoren einschätzen. Die Bestimmung des von den Fundamentalfaktoren her gerechtfertigten Wechselkurses ist generell schwierig. Dieser hängt unter anderem auch von den Erwartungen über die Kaufkraftverhältnisse der Länder, Unterschiede in den Zinsen und der zukünftigen wirtschaftlichen Dynamik ab. Der Eurokurs ist für das Stabilitätsziel der EZB aber letztlich nicht entscheidend. Um die interne Preisstabilität zu erhalten, steht ihr mit der Zinspolitik ein wirksames Instrument zur Verfügung.

Die drastische Abwertung des Euro seit Beginn des Jahres 1999 ist für die meisten Beobachter überraschend.

Vielfach wird behauptet, dass der derzeitige Kurs eine erhebliche Unterbewertung darstellt, die Märkte also losgelöst von den wirtschaftlichen Rahmendaten agieren. Andere wiederum behaupten, der Euro sei fundamental schwach. Sicher ist, dass es keine eindeutige Erklärung für den Wechselkursverlauf gibt. Ein endgültiges Urteil lässt sich derzeit auch schon deshalb nicht fällen, weil es in der Vergangenheit an den Devisenmärkten wie auch an den übrigen Finanzmärkten immer wieder zu markanten Kursänderungen gekommen ist, die sich häufig abrupt umkehrten. Dies ist auch gegenwärtig für den Euro nicht auszuschließen.

Generell befindet man sich in einer schwierigen Situation, wenn man behauptet, die Marktakteure bewerteten eine Währung — oder andere Aktiva wie beispielsweise Aktien — völlig falsch. Einiges könnte aber doch für eine fundamentale Schwäche des Euro gegenüber dem US-Dollar sprechen. Naheliegender ist es, auf die hohe Dynamik in den USA zu verweisen. So hat die Stärke der amerikanischen Wirtschaft in den vergangenen Jahren immer wieder überrascht. Die hohen Produktivitätsgewinne sprechen für eine hohe Attraktivität von Anlagen in den USA und mithin für einen starken Dollar. Ob dies auf Dauer so sein wird und ob daher das amerikanische Leistungsbilanzdefizit weiterhin problemlos finanziert werden kann, ist offen. Die positive Einschätzung bezüglich des Dollar kann sich durchaus ändern, wenn es, wie die Institute erwarten, zu einer deutlichen Verlangsamung der Konjunktur in den USA kommt. Dann tritt auch das hohe strukturelle Leistungsbilanzdefizit möglicherweise wieder stärker in den Vordergrund, was den Dollarkurs zusätzlich schwächen dürfte.

Die Wirtschaftspolitik in Europa kann durchaus dazu beitragen, dass die Schwäche des Euro überwunden wird. Die EZB sollte ihren stabilitätspolitischen Kurs strikt einhalten und dies der Öffentlichkeit auch klar vermitteln. Hier hat es in der Vergangenheit hin und wieder Irritationen für die Märkte gegeben, die den Euro kurzfristig unter Druck gesetzt haben. Einen generellen Vertrauensverlust in die Geldpolitik gibt es aber offensichtlich nicht, denn die langfristigen Zinsen sind niedrig und lassen nicht erkennen, dass es eine ungewöhnlich hohe Risikoprämie für Anlagen in Euro gibt. In ihrem Stabilitätsskurs braucht die EZB allerdings die Unterstützung aller wirtschaftspolitischen Instanzen in Europa, vor allem durch ein stabilitätsgerechtes Verhalten in der Finanzpolitik und in der Lohnpolitik. Hier hat sich — wie auch in diesem Gutachten dargelegt — nach Auffassung der Institute vieles verbessert. Auch stellen sich die Wachstumsaussichten günstiger dar als noch vor einigen Jahren.

Aus alledem lässt sich zwar nicht ableiten, dass schon bald mit einer deutlichen Umkehr des Wechselkurses zu rechnen ist. Zahlreiche Modelle sprechen jedoch dafür, dass mittelfristig der Eurokurs merklich über seinem jetzigen Wert liegen dürfte.

Ostdeutschland — Zehn Jahre nach der Vereinigung

Aufholprozess stockt

Zehn Jahre nach der Herstellung der staatlichen Einheit ist die wirtschaftliche Lage in den neuen Ländern trotz Fortschritten in einzelnen Bereichen insgesamt nach wie vor unbefriedigend. Nach dem Zusammenbruch der DDR und dem Transformationsschock infolge der Währungsunion kam die Wirtschaft in Ostdeutschland schnell in Schwung; die gesamtwirtschaftliche Produktion expandierte in der ersten Hälfte der neunziger Jahre mit 9,5 % pro Jahr kräftig. Selbst am Arbeitsmarkt überwogen Mitte des vergangenen Jahrzehnts nach dem massiven Abbau unrentabler Arbeitsplätze vorübergehend die Neueinstellungen. Die Euphorie über die hohen Wachstumsraten veranlasste seinerzeit die OECD dazu, Ostdeutschland zur dynamischsten Wirtschaftsregion in Europa zu erklären.

Die Wirtschaftsforschungsinstitute haben diese Einschätzung nicht geteilt und bereits frühzeitig nach der Vereinigung darauf aufmerksam gemacht, dass diese positive Entwicklung noch keinen nachhaltigen Aufholprozess darstellt.²² Tatsächlich flachte bald das Wachstum der Wirtschaft ab. Die Arbeitslosenquote verharrte bei knapp 20 %, einem Stand, der trotz massiver Entlastungsmaßnahmen durch die Arbeitsmarktpolitik doppelt so hoch war wie in Westdeutschland.

In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre wuchs das Bruttoinlandsprodukt nur noch mit durchschnittlich 1,4 % pro Jahr und damit langsamer als in Westdeutschland. Der Aufholprozess kam somit nicht nur zum Stillstand; gemessen am Pro-Kopf-Einkommen fiel der Osten sogar zurück. An diesem Befund hat sich zu Beginn des neuen Jahrzehnts wenig geändert. Der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in den neuen Ländern verstärkt sich in diesem Jahr, er bleibt aber niedriger als in Westdeutschland. So stockt der Aufholprozess das vierte Jahr in Folge, und die Produktion je Einwohner verharrt bei 61 Prozent des Standes in Westdeutschland.

Kernprobleme auf der Angebotsseite

Nach wie vor liegt das Grundproblem der Wirtschaft in Ostdeutschland in den unzureichenden Angebotsbedingungen. Schon bei der Vereinigung waren die Startbedingungen der unter erheblichem Anpassungsdruck stehenden Unternehmen schlecht. Durch den Umstellungskurs für laufende Transaktionen, der einer kräftigen Aufwertung der Mark der DDR gleichkam, und durch die ohne Rücksicht auf den Produktivitätsabstand durchgeführte schnelle Lohnangleichung während der ersten Jahre der Währungsunion wurde die Rentabilität der Unter-

nehmen weiter extrem gedrückt. Ein wirtschaftlicher Zusammenbruch war die zwangsläufige Folge.

Die Probleme auf der Angebotsseite wurden zunächst durch umfangreiche Subventionen und die hohen öffentlichen Investitionen in die Infrastruktur überdeckt. Hinzu kamen erhebliche steuerliche Vergünstigungen zur Verbesserung der Rentabilität im Immobilienbereich. Diese Maßnahmen begründeten den Boom in der Bauwirtschaft. Es war aber von vornherein klar, dass all dies nicht zuletzt aus fiskalischen Gründen nur vorübergehenden Charakter haben konnte. Entscheidend wäre deshalb gewesen, dass die staatliche Alimentierung nach einer Übergangszeit zu einem sich selbst tragenden Aufholprozess geführt hätte. Dazu wäre insbesondere eine Lohnentwicklung notwendig gewesen, die den Übersteigerungen zu Beginn der Wirtschafts- und Währungsunion Rechnung getragen und den Unternehmen die Möglichkeit gegeben hätte, rasch wettbewerbsfähig zu werden. Dies geschah aber nicht. Daher ist es nicht verwunderlich, dass nach dem Rückgang der Bauaktivität der Aufholprozess schließlich zum Erliegen kam.

Schlüsselrolle der Lohnpolitik

Bei der Rückkehr auf den Aufholpfad spielen die Tarifparteien eine wichtige, vielleicht sogar die entscheidende Rolle. Um den Aufholprozess wieder in Gang zu bringen, müssen sie insbesondere eine Strategie zur Verbesserung der Angebotsbedingungen verfolgen. Dabei gilt es, die Erwartung der Investoren darauf auszurichten, dass Ostdeutschland in Zukunft eine dynamische und hochproduktive Region wird. Würden in diesem Prozess allerdings Lohnzuwächse vereinbart werden, die die erwarteten Produktivitätszuwächse vorwegnehmen, würden genau diese Erwartungen enttäuscht werden. Solange das Lohnniveau nicht durch die Produktivität der Unternehmen gedeckt ist bzw. die Gewinne der Unternehmen verhältnismäßig gering sind, ist folglich Lohnzurückhaltung angebracht.

Eine Schlüsselstellung in der Lohnpolitik nimmt dabei das Verhalten der Tarifparteien im öffentlichen Dienst ein. In diesem Bereich ist der Abstand der effektiv gezahlten Löhne, die hier im Wesentlichen gleich den Tariflöhnen sind, zum Westen mit am geringsten. Da der Personalbesatz je Einwohner in den Ländern und Gemeinden Ostdeutschlands größer als im Westen ist, belasten die Personalkosten die öffentlichen Haushalte im Osten besonders stark. Das engt die Investitionsspielräume bei Ländern und Kommunen ein, zumal die Gebietskörperschaften in den neuen Ländern inzwischen höher verschuldet sind als die

²² Ein erstes größeres Fazit wurde von den Instituten fünf Jahre nach der Vereinigung gezogen. Vgl.: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1995, Oktober 1995.

Tabelle 4.1

Indikatoren für den wirtschaftlichen Aufholprozess in Ostdeutschland (ohne Berlin)

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
	Alte Bundesländer (mit Berlin) = 100								
Bruttoinlandsprodukt (nominal) je Einwohner	33,1	42,1	51,0	57,4	60,1	61,8	61,7	60,9	61,2
Ausrüstungsinvestitionen (nominal) je Einwohner ¹⁾	58,8	71,1	93,6	102,3	105,6	109,0	98,5	92,9	90,9
Bauinvestitionen (nominal) je Einwohner ¹⁾									
Insgesamt	70,3	103,1	131,0	164,1	175,7	180,7	172,8	153,2	147,3
Wohnbauten	45,8	61,7	81,2	110,0	131,2	143,2	140,7	121,4	115,3
Nichtwohnbauten	97,1	151,5	194,9	241,7	240,5	237,7	223,2	205,1	198,9
Bruttoanlagevermögen je Einwohner ^{1) 2)}	42,5	46,0	49,9	53,8	57,6	61,3	65,1	68,5	70,6
Arbeitnehmerentgelt je Beschäftigten	49,3	63,2	70,4	73,2	74,3	75,2	75,8	76,0	77,7
Arbeitsproduktivität ³⁾	41,4	53,2	60,9	64,8	65,8	67,5	68,2	67,9	68,8
Lohnstückkosten ⁴⁾	118,9	118,9	115,5	113,0	112,9	111,4	111,1	112,0	112,9
<i>Nachrichtlich:</i> Nominale Lohnstückkosten ⁵⁾	143,9	128,0	117,3	113,3	112,9	111,4	111,3	112,4	113,6
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
Bevölkerung									
Neue Bundesländer		-1,3	-0,7	-0,6	-0,4	-0,4	-0,3	-0,4	-0,5
Alte Bundesländer		1,2	1,0	0,5	0,4	0,4	0,3	0,1	0,2
Erwerbstätige (Inland)									
Neue Bundesländer		-13,3	-2,9	2,5	1,9	-0,8	-1,5	0,0	0,0
Alte Bundesländer		1,0	-1,1	-0,7	-0,1	-0,2	0,1	1,1	1,3
Bruttoanlagevermögen ¹⁾									
Neue Bundesländer		9,7	9,6	8,9	8,2	7,4	7,1	6,4	5,5
Ausrüstungen		18,5	16,7	15,1	11,4	8,6	8,3	7,3	6,7
Bauten		6,1	6,3	5,8	6,4	6,7	6,5	5,9	4,8
Alte Bundesländer		3,7	2,8	2,1	1,8	1,6	1,6	1,7	3,1
Ausrüstungen		4,7	3,0	1,6	5,3	1,2	1,4	1,9	4,1
Bauten		3,0	2,7	2,5	-0,8	2,0	1,7	1,6	2,3
<p>¹⁾ Angaben für die neuen Bundesländer (einschließlich Berlin-Ost) bzw. die alten Bundesländer (einschließlich Berlin-West). — ²⁾ Jahresdurchschnittliches Bruttoanlagevermögen in der gewerblichen Wirtschaft (ohne Wohnungsvermietung und ohne Land- und Forstwirtschaft, Fischerei) in Preisen von 1991 je Einwohner. — ³⁾ Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen. — ⁴⁾ Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je abhängig Beschäftigten bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen. — ⁵⁾ Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je abhängig Beschäftigten bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt zu jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen.</p> <p>Quellen: Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder; ifo Investorenrechnung; Berechnungen der Institute.</p>									

in den alten Ländern. Das Vorseilen des öffentlichen Dienstes vor der Lohnentwicklung des Privatsektors ist damit ein gravierendes Hindernis für einen sich selbst tragenden Aufschwung. Dadurch werden der öffentlichen Hand Kosten auferlegt, die sie nicht aus eigener Steuerkraft finanzieren kann. Die schnelle Lohnangleichung in diesem Bereich ist also nicht nur das falsche Signal für die Wirtschaft, sondern mindert zugleich die Effizienz der Transfers in den ostdeutschen Ländern. Soweit die Transfers dazu dienen, den Nachholbedarf bei Investitionen zu decken, sollte eine Zweckbindung dieser Mittel vorgenommen werden. Die Lohnentwicklung im öffentlichen Sektor muss zudem der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung folgen und nicht vorseilen. Nur dann können

die Gebietskörperschaften ihre Investitionen und ihre laufenden Ausgaben stärker aus eigener Kraft finanzieren.

Aus alledem ergibt sich, dass die Lohnzuwächse in Ostdeutschland im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt auf längere Zeit nicht höher als in Westdeutschland sein dürfen. Allerdings sind je nach Leistungsstärke der Unternehmen Differenzierungen sinnvoll, auch um den Einsatz eines qualifizierten und hochmotivierten Personals zu sichern. Nur dann kann über die höheren Produktivitätszuwächse im Osten eine wettbewerbsfähige Wirtschaft entstehen, durch die allein eine Annäherung der realen Einkommen zwischen Ost und West zu erreichen ist. Zugleich bleibt die Erwartung erhalten, dass Ostdeutschland kein Niedriglohngebiet ist.

Hohe Produktivitätszuwächse erforderlich

Um längerfristig hohe Produktivitätssteigerungen zu erreichen, müssen vor allem Investitionen in neue Maschinen und Ausrüstungen, weniger in Gebäude, angeregt werden. Aufgrund der Investitionszusagen im Zuge der Privatisierung der früheren Staatsbetriebe sowie der einschlägigen Förderprogramme in der ersten Hälfte der neunziger Jahre wuchs der Bestand an Anlagevermögen in der Wirtschaft schnell. Die Kapitalausstattung je Arbeitsplatz erhöhte sich im Durchschnitt deutlich, auch wegen des niedrigen Niveaus zu Beginn der Transformation. Sie beträgt mittlerweile drei Viertel des Standes in Westdeutschland. Dieses Ergebnis wird allerdings dadurch relativiert, dass die Zahl der Erwerbstätigen, die sich in Ostdeutschland drastisch verringert hat, als Bezugsgröße dient. Hinzu kommt, dass die Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt mit 58 % inzwischen geringer als in Westdeutschland ist. Bezieht man die gestiegene Ausstattung Ostdeutschlands mit einem modernen Produktionsapparat auf die Zahl der Einwohner, die hier ersatzweise als Bezugsgröße für die Erwerbsfähigen stehen, so liegt die Anlagenintensität noch weiter hinter der Westdeutschlands zurück, auch wenn der hohe Modernitätsgrad des Kapitalstocks in Ostdeutschland einen Teil des Abstandes wettmacht.

Soll die Produktivitätslücke weiter geschlossen werden, ohne dass dies über weitere Entlassungen erreicht wird, muss der Kapitalstock im Osten für lange Zeit stärker zunehmen als im Westen. Im gewerblichen Bereich ist ein solcher Prozess im Gange. Dort hat sich der Kapitalstock trotz nachlassender Investitionstätigkeit in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre um 6,5 % pro Jahr vergrößert (Westdeutschland: 2 %). Hier bildet sich offenbar ein Wachstumspotential für den Osten heraus. Dies spricht dafür, dass ein Aufholprozess zwar nicht gesamtwirtschaftlich, aber doch in wichtigen Sektoren stattfindet.

Gleichwohl wird es angesichts des großen Abstandes noch lange dauern, bis eine spürbare Angleichung an die wirtschaftlichen Standards im Westen erreicht sein wird. Zu stark sind die gesamtwirtschaftlichen Belastungen durch die rückläufigen Aktivitäten im Bausektor, zu wenig gefestigt ist auch bisher die Wettbewerbsposition der ostdeutschen Anbieter. Konjunkturelle Rückschläge können angesichts der geringen finanziellen Reserven vor allem kleinerer ostdeutscher Unternehmen vergleichsweise mehr Insolvenzen verursachen als im Westen. Auch die Infrastruktur weist noch immer erhebliche Defizite im Vergleich zum Westen auf.

Deshalb ist eine Fortsetzung der staatlichen Investitionsförderung — allerdings mit einer anderen Ausrichtung — notwendig. Hatte der Staat anfangs die Investitionstätigkeit der Unternehmen in großer Breite gefördert, um Nachteile für alle auszugleichen, ist die Unternehmenslandschaft heute heterogener. Dies muss sich in der Art

der Förderung niederschlagen. Leistungsstarke Unternehmen bedürfen keiner Unterstützung mehr, sie würde hier nur Mitnahmeeffekte erzeugen. Daher ist die besondere Förderung der Unternehmensinvestitionen grundsätzlich zu überdenken. Sie sollte nur insoweit fortgesetzt werden, als ein Ausgleich für immer noch bestehende Nachteile bei der Infrastruktur notwendig ist. Dies ist im Rahmen der allgemeinen Regionalförderung möglich.

Arbeitsmarktpolitik muss neu konzipiert werden

Die bisherige Arbeitsmarktpolitik ist nicht sehr effizient. Neuere Studien belegen, dass die Teilnehmer von Umschulungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ihre Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt nicht verbessern, weil sie z. B. schon im Vorfeld der Maßnahmen ihre Arbeitssuche einstellen und ihre Mobilität abbauen.²³ Zudem werden die Teilnehmer an diesen Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik offensichtlich durch ihre Teilnahme stigmatisiert, und Unternehmen bevorzugen andere Arbeitssuchende. Vielfach sind die Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik auch sozialpolitisch motiviert, so z. B. um einen Anspruch auf Arbeitslosigkeit zu erneuern. Vor diesem Hintergrund ist zu prüfen, ob die Mittel für diese Programme nicht effizienter verwendet werden können. Gewährte man den Teilnehmern Lohnkostenzuschüsse für die Beschäftigung in einem Unternehmen, könnten ihre Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt erheblich steigen. Um eine permanente Subventionierung zu vermeiden, müssten diese Zuschüsse zeitlich begrenzt und degressiv gestaltet sein. Zwar würde es zu Mitnahmeeffekten seitens der Unternehmen kommen, indem sie lediglich ohnehin geplante Einstellungen durchführen oder auch indem sie die Arbeitnehmer nach Reduzierung oder Ablauf der Subventionszahlungen wieder entlassen. Doch würden durch ein solches Programm die Beschäftigungschancen für eine große Problemgruppe des Arbeitsmarktes erhöht.

Weiterhin Infrastrukturförderung notwendig

Ob darüber hinaus nach Auslaufen des Solidarpaktes im Jahr 2004 noch ein Sonderprogramm für das Fördergebiet Ostdeutschland eingerichtet werden muss, scheint nachgelagert. In dem Maße, wie die Ausdifferenzierung zwischen leistungsstarken und leistungsschwachen Regionen in Ostdeutschland fortschreitet und erstere Anschluss an die Regionen in Westdeutschland finden, werden auch die Bedingungen und Möglichkeiten für einen

²³ Vgl. hierzu z. B. Schneider, H. u.a.: Die Effizienz der Arbeitsmarktpolitik in den neuen Bundesländern. Eine Bilanz der Vergangenheit und Ansätze für künftige Reformen. In: IWH-Sonderheft 3/2000, S. 81 ff.

speziellen Nachteilsausgleich zugunsten Ostdeutschlands als Ganzem schwinden.

Ostdeutschland bleibt auch in den kommenden Jahren auf finanzielle Zuflüsse aus Westdeutschland angewiesen. Die Entwicklung des Wirtschaftspotentials in Ostdeutschland liegt nicht nur im Interesse der neuen, sondern auch der alten Länder. Ein dauerhaftes Zurückbleiben der ostdeutschen Wirtschaft würde soziale Folgekosten auslösen, die letztlich der Westen tragen müsste. Der Staat muss dort seine Anstrengungen erhöhen, wo er unmittelbare Verantwortung zur Verbesserung

der Qualität des Standortes Ostdeutschland trägt, nämlich im Bereich der öffentlichen Infrastruktur. Vom Konsolidierungskurs der öffentlichen Haushalte waren auch die Investitionsausgaben betroffen. Seit 1999 sind die Bauinvestitionen der öffentlichen Auftraggeber ebenfalls im Osten rückläufig. Laut Studien mehrerer Wirtschaftsforschungsinstitute werden aber selbst nach dem Jahr 2004 noch erhebliche Mittel gebraucht, bis der Rückstand in der Ausstattung Ostdeutschlands mit modernen Anlagen der Infrastruktur aufgeholt sein wird. Eine neue Infrastrukturoffensive ist also notwendig.

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
 Vorausschätzung für die Jahre 2000 und 2001
Bundesrepublik Deutschland

	1999	2000	2001	2000		2001	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

1. Entstehung des Inlandsprodukts
 Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Erwerbstätige	1,1	1,6	1,0	1,7	1,5	1,1	0,9
Arbeitszeit, arbeitstäglich	-0,9	-0,3	-0,3	-1,6	1,0	-0,2	-0,4
Arbeitstage	0,5	-0,9	-0,3	0,8	-2,5	-0,5	-0,1
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	0,6	0,3	0,4	0,8	-0,1	0,4	0,3
Produktivität ¹⁾	0,9	2,7	2,3	2,4	2,9	2,3	2,3
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995	1,6	3,0	2,7	3,3	2,7	2,7	2,6

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen
 a) Mrd.DM

Konsumausgaben	2979,2	3071,7	3181,7	1482,6	1589,1	1541,5	1640,3
Private Haushalte ²⁾	2241,1	2319,3	2415,0	1124,8	1194,6	1176,5	1238,5
Staat	738,0	752,4	766,7	357,8	394,5	365,0	401,8
Anlageinvestitionen	827,0	851,8	883,3	406,4	445,4	422,7	460,7
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	352,0	385,3	414,2	181,1	204,1	195,9	218,3
Bauten	475,1	466,5	469,1	225,2	241,3	226,8	242,4
Vorratsveränderungen ³⁾	33,4	44,0	43,3	40,6	3,4	35,0	8,3
Inlandsnachfrage	3839,6	3967,5	4108,4	1929,5	2037,9	1999,2	2109,2
Außenbeitrag	37,6	20,3	25,1	15,3	5,0	15,2	9,9
Exporte	1141,6	1323,1	1481,1	638,6	684,6	730,8	750,3
Importe	1104,0	1302,8	1456,0	623,3	679,5	715,6	740,4
Bruttoinlandsprodukt	3877,2	3987,8	4133,4	1944,8	2043,0	2014,4	2119,1

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	2,7	3,1	3,6	2,8	3,4	4,0	3,2
Private Haushalte ²⁾	2,9	3,5	4,1	3,0	4,0	4,6	3,7
Staat	2,2	1,9	1,9	2,1	1,8	2,0	1,8
Anlageinvestitionen	2,5	3,0	3,7	3,8	2,2	4,0	3,4
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	6,1	9,5	7,5	9,3	9,6	8,2	6,9
Bauten	0,0	-1,8	0,6	-0,2	-3,2	0,7	0,4
Inlandsnachfrage	3,0	3,3	3,6	3,2	3,5	3,6	3,5
Exporte	4,5	15,9	11,9	17,3	14,6	14,4	9,6
Importe	6,7	18,0	11,8	18,3	17,7	14,8	9,0
Bruttoinlandsprodukt	2,5	2,9	3,7	3,0	2,7	3,6	3,7

3. Verwendung des Inlandsprodukts in Preisen von 1995
 a) Mrd.DM

Konsumausgaben	2838,8	2887,6	2947,5	1415,6	1471,9	1446,5	1500,9
Private Haushalte ²⁾	2132,1	2171,6	2226,4	1060,3	1111,3	1089,6	1136,8
Staat	706,7	716,0	721,0	355,3	360,6	356,9	364,1
Anlageinvestitionen	838,8	861,2	888,8	411,0	450,3	425,3	463,5
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	357,0	391,4	419,7	184,0	207,4	198,4	221,3
Bauten	481,7	469,8	469,2	227,0	242,8	227,0	242,2
Vorratsveränderungen ³⁾	21,0	26,8	26,3	25,4	1,4	20,0	6,3
Inlandsnachfrage	3698,5	3775,6	3862,6	1852,0	1923,7	1891,9	1970,8
Außenbeitrag	32,2	66,8	82,5	31,8	34,9	43,5	39,0
Export	1133,5	1274,9	1392,9	620,7	654,2	686,7	706,2
Import	1101,3	1208,2	1310,4	588,9	619,3	643,2	667,2
Bruttoinlandsprodukt	3730,7	3842,4	3945,1	1883,8	1958,6	1935,3	2009,8
nachrichtlich:							
Bruttonationaleinkommen	3703,3	3828,4	3927,1	1878,9	1949,5	1928,3	1998,8

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	1,9	1,7	2,1	1,7	1,8	2,2	2,0
Private Haushalte ²⁾	2,6	1,9	2,5	1,7	2,0	2,8	2,3
Staat	-0,1	1,3	0,7	1,6	1,0	0,4	1,0
Anlageinvestitionen	3,3	2,7	3,2	3,7	1,8	3,5	2,9
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	7,4	9,6	7,2	10,0	9,3	7,8	6,7
Bauten	0,5	-2,5	-0,1	-0,9	-3,9	0,0	-0,3
Inlandsnachfrage	2,4	2,1	2,3	2,1	2,1	2,2	2,4
Exporte	5,1	12,5	9,3	14,3	10,8	10,6	7,9
Importe	8,1	9,7	8,5	10,5	8,9	9,2	7,7
Bruttoinlandsprodukt	1,6	3,0	2,7	3,3	2,7	2,7	2,6
nachrichtlich:							
Bruttonationaleinkommen	1,4	3,4	2,6	3,6	3,1	2,6	2,5

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 2000 und 2001

Bundesrepublik Deutschland

	1999	2000	2001	2000		2001	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (1995 = 100) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben ²⁾	0,3	1,6	1,6	1,3	1,9	1,8	1,4
Konsumausgaben des Staates	2,3	0,6	1,2	0,4	0,8	1,6	0,9
Anlageinvestitionen	-0,8	0,3	0,5	0,1	0,5	0,5	0,5
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-1,1	-0,2	0,3	-0,6	0,3	0,3	0,2
Bauten	-0,5	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
Exporte	-0,5	3,0	2,5	2,6	3,4	3,4	1,5
Importe	-1,3	7,6	3,0	7,1	8,1	5,1	1,1
Bruttoinlandsprodukt	0,9	-0,1	1,0	-0,3	0,0	0,8	1,1

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. DM

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²⁾	2 897,5	2 998,6	3 103,5	1 456,0	1 542,6	1 512,5	1 591,0
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	399,0	408,3	420,2	194,1	214,3	199,1	221,1
Bruttolöhne und -gehälter	1 661,3	1 715,5	1 772,5	801,5	914,0	827,0	945,5
Übrige Primäreinkommen d. priv. Haushalte ⁴⁾	837,2	874,8	910,8	460,5	414,3	486,4	424,4
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	378,1	384,8	401,9	190,3	194,5	191,7	210,2
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3 275,7	3 383,5	3 505,4	1 646,3	1 737,2	1 704,2	1 801,2
Abschreibungen	570,2	588,3	608,0	292,5	295,8	302,2	305,9
Bruttonationaleinkommen	3 845,9	3 971,8	4 113,4	1 938,8	2 033,0	2 006,4	2 107,1
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2 871,2	2 960,6	3 061,3	1 437,2	1 523,5	1 484,4	1 576,9
Arbeitnehmerentgelt	2 060,3	2 123,8	2 192,7	995,5	1 128,3	1 026,1	1 166,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	810,9	836,8	868,6	441,6	395,2	458,3	410,3

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²⁾	2,7	3,5	3,5	3,5	3,5	3,9	3,1
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	1,9	2,3	2,9	2,0	2,6	2,6	3,2
Bruttolöhne und -gehälter	2,5	3,3	3,3	3,2	3,3	3,2	3,4
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	1,2	1,5	2,3	1,3	1,7	2,1	2,5
Übrige Primäreinkommen d. priv. Haushalte ⁴⁾	3,5	4,5	4,1	4,5	4,5	5,6	2,4
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	-0,6	1,8	4,4	3,1	0,5	0,7	8,1
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2,3	3,3	3,6	3,4	3,2	3,5	3,7
Abschreibungen	2,2	3,2	3,3	3,1	3,2	3,3	3,4
Bruttonationaleinkommen	2,3	3,3	3,6	3,4	3,2	3,5	3,6
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	1,4	3,1	3,4	3,1	3,1	3,3	3,5
Arbeitnehmerentgelt	2,4	3,1	3,2	3,0	3,2	3,1	3,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	-1,2	3,2	3,8	3,3	3,1	3,8	3,8

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte²⁾

a) Mrd. DM

Masseneinkommen	1 705,9	1 762,8	1 833,4	841,1	921,7	873,4	960,0
Nettolöhne und -gehälter	1 062,0	1 100,9	1 159,3	511,7	589,1	538,4	620,9
Monetäre Sozialleistungen	782,3	794,8	807,4	395,6	399,2	401,5	405,9
abzügl.: Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	138,4	132,9	133,2	66,3	66,6	66,5	66,7
Übrige Primäreinkommen der priv. Haushalte ⁴⁾	837,2	874,8	910,8	460,5	414,3	486,4	424,4
Sonstige Transfers ⁵⁾	- 74,1	- 85,3	- 81,0	- 42,6	- 42,7	- 41,0	- 40,0
Verfügbares Einkommen	2 469,0	2 552,3	2 663,2	1 259,0	1 293,3	1 318,9	1 344,4
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	19,4	19,0	19,5	8,7	10,3	9,0	10,5
Konsumausgaben	2 241,1	2 319,3	2 415,0	1 124,8	1 194,6	1 176,5	1 238,5
Sparen	247,3	251,9	267,7	143,0	109,0	151,4	116,3
Sparquote (%) ⁶⁾	9,9	9,8	10,0	11,3	8,4	11,4	8,6

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	2,9	3,3	4,0	3,4	3,3	3,8	4,2
Nettolöhne und -gehälter	2,6	3,7	5,3	3,7	3,6	5,2	5,4
Monetäre Sozialleistungen	2,5	1,6	1,6	1,6	1,7	1,5	1,7
abzügl.: Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	-1,2	-3,9	0,2	-4,6	-3,3	0,4	0,1
Übrige Primäreinkommen der priv. Haushalte	3,5	4,5	4,1	4,5	4,5	5,6	2,4
Verfügbares Einkommen	2,6	3,4	4,3	3,1	3,6	4,8	3,9
Konsumausgaben	2,9	3,5	4,1	3,0	4,0	4,6	3,7
Sparen	0,3	1,9	6,3	3,7	-0,3	5,9	6,8

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
 Vorausschätzung für die Jahre 2000 und 2001
Bundesrepublik Deutschland

	1999	2000	2001	2000		2001	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁷⁾ a) Mrd. DM							
Einnahmen							
Steuern	936,0	979,8	968,2	479,2	500,6	475,8	492,4
Sozialbeiträge	733,6	743,2	758,5	356,2	387,0	364,5	394,0
Vermögenseinkommen	32,7	26,9	28,3	16,1	10,8	17,6	10,7
Sonstige laufende Transfers	28,2	27,5	27,6	13,3	14,2	13,2	14,4
Vermögenstransfers	17,0	18,0	18,6	8,5	9,5	8,7	9,8
Verkäufe	80,3	80,6	80,9	37,9	42,7	38,1	42,8
Sonstige Subventionen	2,2	2,3	2,1	0,9	1,4	0,8	1,4
Insgesamt	1 830,0	1 878,2	1 884,2	912,1	966,2	918,7	965,5
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸⁾	439,4	451,7	463,1	217,1	234,6	222,2	240,9
Arbeitnehmerentgelte	322,8	324,3	327,1	149,3	175,0	151,4	175,7
Vermögenseinkommen	137,3	135,5	134,3	64,9	70,6	64,3	70,0
Subventionen	67,6	66,3	66,0	29,7	36,6	29,4	36,6
Monetäre Sozialleistungen	731,9	742,7	753,3	370,0	372,8	374,8	378,4
Sonstige laufende Transfers (ohne an SV)	63,1	66,5	64,4	30,4	36,1	29,9	34,5
Vermögenstransfers	54,3	61,0	65,3	27,8	33,2	30,9	34,4
Bruttoinvestitionen	71,4	72,0	73,0	30,7	41,3	31,3	41,7
Nettozugang nichtproduzierter Vermögensgüter	-2,9	-102,2	-2,8	-1,1	-101,1	-1,1	-1,7
Insgesamt	1 885,0	1 817,8	1 943,7	918,7	899,1	933,1	1 010,5
Finanzierungssaldo	-55,0	60,4	-59,5	-6,6	67,0	-14,4	-45,1

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	7,3	4,7	-1,2	7,1	2,4	-0,7	-1,6
Sozialbeiträge	0,8	1,3	2,1	0,9	1,6	2,3	1,8
Vermögenseinkommen	0,3	-17,6	5,2	-20,9	-12,2	8,9	-0,4
Sonstige laufende Übertragungen	-0,2	-2,6	0,3	-5,8	0,6	-0,7	1,2
Vermögenstransfers	-0,6	5,9	3,1	9,5	2,8	2,5	3,6
Verkäufe	-2,2	0,4	0,4	0,8	0,0	0,6	0,2
Sonstige Subventionen	6,3	4,1	-6,1	-6,5	11,8	-10,5	-3,5
Insgesamt	3,9	2,6	0,3	3,5	1,8	0,7	-0,1
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸⁾	2,9	2,8	2,5	3,3	2,3	2,3	2,7
Arbeitnehmerentgelte	1,0	0,5	0,9	0,1	0,8	1,4	0,4
Vermögenseinkommen	0,9	-1,3	-0,9	-5,9	3,3	-0,9	-0,9
Subventionen	-2,5	-2,0	-0,4	-4,3	-0,1	-1,0	0,1
Monetäre Sozialleistungen	2,4	1,5	1,4	1,4	1,5	1,3	1,5
Sonstige laufende Transfers (ohne an SV)	17,5	5,5	-3,2	15,3	-1,6	-1,6	-4,5
Vermögenstransfers	1,5	12,3	7,1	18,8	7,3	11,4	3,6
Bruttoinvestitionen	4,1	0,8	1,4	-3,7	4,4	2,1	0,9
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	2,5	-3,6	6,9	1,6	-8,3	1,6	12,4

¹⁾ Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigenstunde. — ²⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. — ³⁾ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen. — ⁴⁾ Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen. — ⁵⁾ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers. — ⁶⁾ Sparen in % des verfügbaren Einkommens, einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. — ⁷⁾ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. — ⁸⁾ Einschließlich sonstiger Produktionsabgaben. — ⁹⁾ Im 2. Halbjahr 2000 einschließlich der als Nettoabgang an immateriellen Wirtschaftsgütern gebuchten Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen der Institute; 2. Halbjahr 2000 und 2001: Prognose der Institute.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948.

- Nr. 152 **Selbstverpflichtungen der Industrie zur CO₂-Reduktion.** Von Michael Kohlhaas und Barbara Praetorius. 192 S. 1994. (3-428-08075-0). DM 76,— / öS 555,— / sFr 76,—.
- Nr. 153 **Wirtschaftliche Auswirkungen einer ökologischen Steuerreform.** Von Stefan Bach, Michael Kohlhaas, Volker Meinhardt, Barbara Praetorius, Hans Wessels und Rudolf Zwiener. 234 S. 1995. (3-428-08292-3). DM 84,— / öS 613,— / sFr 84,—.
- Nr. 154 **Transferleistungen in die neuen Bundesländer und deren wirtschaftliche Konsequenzen.** Von Volker Meinhardt, Bernhard Seidel, Frank Stille und Dieter Teichmann. 104 S. 1995. (3-428-08293-1). DM 64,— / öS 467,— / sFr 64,—.
- Nr. 155 **Technologische Zusammenarbeit von Berliner Unternehmen mit den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas.** Von Alexander Eickelpasch und Ingo Pfeiffer. 100 S. 1995. (3-428-08411-X). DM 64,— / öS 467,— / sFr 64,—.
- Nr. 156 **Demonstrationszentren für Faserverbundkunststoffe.** Von Friederike Behringer, Heike Belitz, Kurt Hornschild und Hans Wessels. 246 S. 1995. (3-428-08577-9). DM 86,— / öS 628,— / sFr 86,—.
- Nr. 157 **Regionale Strukturpolitik unter den veränderten Rahmenbedingungen der 90er Jahre.** Von Martin Gornig, Bernhard Seidel, Dieter Vesper, Christian Weise (DIW) in Zusammenarbeit mit Hans-Jürgen Ewers, Carl Friedrich Eckhardt, Rainer Magnan (GIB). 152 S. 1996. (3-428-08715-1). DM 74,— / öS 540,— / sFr 74,—.
- Nr. 158 **Polen und die Osterweiterung der Europäischen Union.** Von Fritz Franzmeyer und Christian Weise. 201 S. 1996. (3-428-08768-2). DM 82,— / öS 599,— / sFr 82,—.
- Nr. 159 **Zwischenbilanz der Strukturfondsinterventionen und anderer EU-Programme in den neuen Bundesländern — Gemeinsamkeiten und Unterschiede.** Von Kathleen Toepel. 71 S. 1996. (3-428-08870-0). DM 64,— / öS 467,— / sFr 58,—.
- Nr. 160 **Arbeits- und Betriebszeiten In Deutschland: Analysen zu Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung.** Von Frank Stille und Rudolf Zwiener. 153 S. 1997. (3-428-09209-0). DM 74,— / öS 540,— / sFr 67,—.
- Nr. 161 **Transformation des Wirtschaftssystems in den mittel- und osteuropäischen Ländern: Außenwirtschaftliche Bedingungen und Auswirkungen.** Von Dieter Schumacher, Harald Trabold und Christian Weise (Hrsg.). 435 S. 1997. (3-428-09239-2). DM 148,— / öS 1.080,— / sFr 131,—.
- Nr. 162 **Energiepreise als Standortfaktor für die deutsche Wirtschaft.** Von Jochen Diekmann, Manfred Horn und Hans-Joachim Ziesing. 220 S. 1997. (3-428-09333-X). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 163 **Sonderregelungen zur Vermeidung von unerwünschten Wettbewerbsnachteilen bei energieintensiven Produktionsbereichen im Rahmen einer Energiebesteuerung mit Kompensation.** Von Stefan Bach, Michael Kohlhaas, Barbara Praetorius, Bernhard Seidel und Rudolf Zwiener. 224 S. 1998. (3-428-09378-X). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 164 **Gesamtwirtschaftliche und regionale Effekte von Bau und Betrieb eines Halbleiterwerkes in Dresden.** Von Heike Belitz und Dietmar Edler. 127 S. 1998. (3-428-09450-6). DM 106,— / öS 774,— / sFr 94,—.
- Nr. 165 **Umwelt und empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung. Beiträge und Diskussionsberichte zu einer Tagung der Projektgruppe „Das Sozio-oekonomische Panel“ am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.** Hrsg. von Jürgen Schupp und Gert Wagner. 199 S. 1998. (3-428-09457-3). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 166 **Evaluierung wettbewerbsorientierter Fördermodelle — Das Regionalprogramm für strukturschwache ländliche Räume in Schleswig-Holstein.** Von Martin Gornig und Kathleen Toepel. 166 S. 1998. (3-428-09477-8). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.
- Nr. 167 **Auswirkungen der Europäischen Währungsunion auf die deutsche Wirtschaft.** Von Sebastian Dullien und Gustav A. Horn. 95 S. 1999. (3-428-10017-4). DM 98,— / öS 715,— / sFr 89,—.
- Nr. 168 **E-Commerce — Erfolgsfaktoren von Online-Shopping in den USA und in Deutschland.** Von Brigitte Preißl und Hansjörg Haas unter Mitarbeit von Christian Rickert. 112 S. 1999. (3-428-10076-X). DM 106,— / öS 774,— / sFr 94,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin

Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200

DIW-Internet-Homepage: <http://www.diw.de>

Präsident: Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Gustav A. Horn, Dr. Kurt Hornschild, Wolfram Schrettl, Ph. D.,
Dr. Bernhard Seidel, Prof. Dr. Gert G. Wagner, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Kurt Geppert, Jochen Schmidt, Dieter Teichmann.

Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2000.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin / Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv, Hamburg /
ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München / Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel /
Institut für Wirtschaftsforschung Halle / Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: Druckerei Conrad GmbH, Oranienburger Str. 172, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 210,—, vierteljährlich DM 65,—, Einzelnummer DM 15,—

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304